Heft 11 November 1992 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Maastricht: Alle Wege Europas führen nach Deutschland
- Multikultur: Rassismus für den gehobenen Bedarf
- Deutsches Giftgas: Peenemünde in Nahost
- Zonen-Kommandeur: Tucholsky auf den Müll!

in konkret November 1992

von Konkret

an Konkret

rr (realo realissimo) von Hermann L. Gremliza

Multirassismus von Wolfgang Pohrt

»Seit der Wiedervereinigung ist das Land eigentlich ein Kandidat für Prozesse, wie sie sich in Jugoslawien abgespielt haben und in der Tschechoslowakei sich anbahnen, wobei die Trennung der Ostdeutschen von den Westdeutschen sogar leichter durchzuführen wäre als die der Kroaten von den Serben, weil keine strittigen Gebietsansprüche existieren.« Überlegungen zur moralischen Regression der Ostdeutschen und zum Zusammenhang von Multikultur und Rassenkunde

»Jeder ist uns der Nächste« X von Archiv für Sozialpolitik

Zehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

»Euthanasie geprobt« von Oliver Tolmein

Die von deutschen Akademikern engagiert betriebene »Euthanasie«-Debatte zeitigt Folgen: In Stendal haben Rechtsradikale eine Behindertenschule überfallen

Peenemünde in Nahost von Jürgen Elsässer

Haben deutsche Nazis maßgeblich an der Modernisierung der irakischen Scud-Raketen und der Errichtung einer Giftgasfabrik im libyschen Rabta mitgewirkt? Die Indizien, die dafür sprechen, sind zahlreich. Sie reichen weit in die deutsche Vergangenheit zurück

Das Schleifen von Messerrücken von Michi Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter

»Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze«: Anknüpfend an Beiträge, die in KONKRET 6+8/92 zur politischen Wende der RAF erschienen sind, reflektieren drei Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand die programmatische Entwicklung der RAF und setzen sich kritisch mit ihrer Neuentdeckung politischer Basisarbeit »in der Gesellschaft« auseinander

Maastricht – ein deutscher Bluff von Georg Fülberth

Im September 1992 hat sich gezeigt, daß der Kernpunkt der deutschen Kriegsziel-Beschreibung vom September 1914 verwirklicht ist: ein europäischer Wirtschaftsverband »unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung«

»Infantiler Extremismus« von Christian Eggers

Die 1971 gegründete peruanische Guerilla Sendero Luminoso, deren Chef Guzman in Lima verhaftet und zu ›Lebenslänglich‹ verurteilt worden ist, geht auch gegen die Zivilbevölkerung und andere linke Organisationen gewalttätig vor. Dennoch verfügt sie über eine Massenbasis und kontrolliert mittlerweile ein Drittel des Landes

»Penetrant+ primitiv« von Gerhard Zwerenz

Ein Stück aus dem gesamtdeutschen Tollhaus: Der Kommandierende General und Befehlshaber des Bundeswehr-Territorialkommandos Ost, Generalleutnant von Scheven, hat den Bürgermeister der Stadt Rheinsberg schriftlich aufgefordert, die im Schloß Rheinsberg eingerichtete Kurt Tucholsky-Ausstellung »auf dem Müllhaufen der Geschichte verschwinden zu lassen«. KONKRET dokumentiert das Schreiben, dazu einen Offenen Brief des Tucholsky-Spezialisten und Verantwortlichen für die Ausstellung, Richard von Soldenhoff, sowie die Antwort des Bürgermeisters von

Rheinsberg, Manfred Richter, an von Scheven. Gerhard Zwerenz kommentiert den Vorgang

Barbarei, 3. Auflage von Michael Scharang

Österreich und Deutschland, von den Therapeuten, den Siegermächten, vorzeitig entlassen, greifen zur Selbsttherapie. Nicht mehr Handauflegen steht auf dem Programm, sondern Handanlegen

Antifaschismus und NS-Geschichte von Kurt Pätzold

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur ›Aufarbeitung‹ der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zu wenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« vor. Nach seinen Kollegen Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler (»Material fürs Sieger-Tribunal?«, KONKRET 8/92) antwortet nun der Historiker Kurt Pätzold auf diese Vorwürfe

Neue Poesien von Brigitte Kronauer

Das Werk Eckhard Henscheids ist durchzogen von Faktum, Motiv und Thema des Todes. In seinem neuen Buch setzt er gegen das Fragmentarische der Existenz die Poesie

Brüllen, rülpsen, muhen von Klaus Bittermann

Der amerikanische Politologe und Musikwissenschaftler Greil Marcus hat eine »Geheimgeschichte des 20. Jahrhunderts« geschrieben. Darin verfolgt er die Spuren jener kulturellen Bewegungen, deren Programm in der vollständigen Negation des etablierten Kunstverständnisses und der Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestand

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/92, S. 4

von Konkret

Prompte Reaktion: Die Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« lassen den Eingang eines Briefes der KONKRET-Redaktion bestätigen (siehe Von KONKRET 10/92). Ihr Redakteur Eckhard Fuhr schreibt in der Ausgabe vom 12. Oktober über das neue Buch des (ehemaligen?) »FAZ«-Autors Wolfgang Kowalsky:

Kowalsky... hat etwas breitgetreten, was in einem kurzen, polemisch blitzenden Essay wirkungsvoller hätte vorgetragen werden können... Man sollte nicht über jeden guten Gedanken gleich ein Buch schreiben.

Zu Recht haben Leserinnen und Leser uns darauf hingewiesen, daß der Buchversand Rüggeberg, der im letzten Heft eine Anzeige geschaltet hatte, Literatur aus jenem Lager vertreibe, »über dem die Hakenkreuzfahnen wehen«. Eine kleine Titelauswahl aus Rüggebergs Programm: *Weltmacht Zionismus; Der Jahwismus erobert England; Satanismus und Freimaurerei; Handbuch der Judenfrage; Juden hinter Stalin; Adolf Hitler – Begründer Israels; Roosevelt und die internationale Hochfinanz; Deutscher Geist oder Judentum* usw. usf. Verkauft werden auch Sonja Margolinas *Ende der Lügen* (s. KONKRET 10/92) und die antiamerikanischen Bücher von Rolf Winter. Rüggeberg vertreibt die Werke von Rudolf Steiner, dem Begründer der Anthroposophie und der Waldorfschulen, Yoga-Bücher, drei Übertragungen der Edda und den *Runenschlüssel zum Verständnis der Edda,* Theodor Herzls *Judenstaat* und Gershom Scholems Darstellungen der jüdischen Mystik, Deschners Kirchenkritik und die Bibel. Der Bedarf paranoider Verschwörungstheoretiker, antisemitischer Anthroposophen, vom Judentum faszinierter Eichmann-Brüder und deutschnationaler Esoteriker kann bei Rüggeberg, dem Kenner der Szene Kontakte zur Nazipartei FAP nachsagen, problemlos gedeckt werden. In KONKRET wird dafür nicht weiter geworben werden; Aufklärung über Deutschlands Nazi-Esoteriker in einer der nächsten Ausgaben behalten wir uns vor.

25 deutschen Verlagen wurde der britische Bestseller angeboten, 25 lehnten ab. Niemand wollte Robert Harris' Thriller *Fatherland* haben, in dem Kommissar Xaver März eine Mordserie zu untersuchen hat, die 1964 in einem Nazi-Deutschland stattfindet, das den II. Weltkrieg gewonnen hat (siehe LITERATUR KONKRET 17/1992). Jetzt ist der Polit-Krimi, in ganz Europa Bestseller, unter dem Titel *Vaterland* beim Schweizer Haffmans Verlag erschienen (420 Seiten, 38 Mark). Auf die Frage, warum Haffmans' deutsche Kollegen abwinkten, könnte es zwei Antworten geben: Entweder sie rechneten mit einem Verlustgeschäft, weil sie vermuteten, daß das Publikum von Harris' »antideutschen«, »frivolen Geschmacklosigkeiten« (»Zeit«) verschont bleiben will. Oder sie erwarteten auch in Deutschland gute Verkaufsergebnisse, aber Vaterlandsliebe triumphierte übers Profitprinzip. Heiter stimmen beide Vorstellungen nicht.

In der Besprechung von Reinhard Mohrs Buch *Zaungäste* (in LITERATUR KONKRET 17/1992) hat KONKRET-Redakteur Boris Gröndahl den Autor einen »Ex-KBW-Funktionär« genannt und ist damit der Fehlinformation eines früheren Kommilitonen Mohrs aufgesessen. Der, Ende der 70er Jahre Vorsitzender des Frankfurter Asta, war damals Sponti und brillierte mit Forderungen wie »Zerschlagt die Universität! Es lebe die Hochschulguerilla! Wir wollen alles!« (»diskus« 1/78). Er war nicht nur kein KBW-Mitglied, ihm wurde seinerzeit gar vom KBW-Chef Joscha Schmierer angedroht, er, Schmierer, werde ihn, Mohr, nach der Revolution zur Erziehung durch Arbeit in die Fischmehlfabrik schicken. Wie wir wissen, ist es dazu nicht gekommen, zu dieser nicht und nicht zu jener. Dafür sind Mohr und Schmierer heute um so einiger im Beifall für jene zivile Gesellschaft, als deren schärfste Kritiker sie sich einst gerierten, und einander so sympathisch, daß, wie der Ex-Sponti stolz berichtet, der Ex-Maoist ihm eine »postum verliehene Ehrenmitgliedschaft im KBW« angeboten habe.

Was, mit Ulbricht zu fragen, lernt uns das? Es lernt uns, daß die falsche Angabe der Organisationszugehörigkeit nur Formales betraf. Von heute aus gesehen nimmt sich die Entscheidung, die Mohr so und Schmierer anders traf, bloß als jene relativ kleine zwischen zwei Versionen aus, radikal zu tun und gesellschaftsfähig zu bleiben.

Das große Deutschland erscheint tausendmal häßlicher als die kleinere Bundesrepublik. Überall im Land werden Ausländer überfallen, mißhandelt und ermordet, Gedenkstätten an die Vernichtung der Juden werden geschändet und neue Naziparteien werden gewählt. Das jähe Entsetzen, das viele Beobachter im Land und draußen ergriffen hat, wäre ihnen erspart geblieben, hätten sie rechtzeitig die Kolumne gelesen, die Hermann L. Gremliza monatlich für KONKRET schreibt. *Ein Volk gibt Gas*, der zweite Band der Reihe KONKRET Texte, enthält 28 Gremliza-Kolumnen und ist für 16,80 Mark ab 25. November im gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich.

Zwei Veranstaltungen im November: Am 23. liest Gremliza im Literaturhaus Wien, am 25. in der Buchhandlung KO-Libri im noch nicht angeschlossenen Bozen, Alto Adice.

Aus terminlichen Gründen kann Karlheinz Deschners Serie »Mit Gott und den Faschisten« in diesem Heft nicht fortgesetzt werden. In KONKRET 12/92 wird dafür eine Doppelausgabe der Kolumne des Kirchenkritikers erscheinen. Nächster Sendetermin: 8. November, 24 Uhr auf RTLplus.

Konkret 11/92, S. 6

an Konkret

Wirklich ein Hammer

KONKRET-Sonderdruck »Wir müssen das Neue suchen« (Erklärung der RAF vom August ‘92)

offener brief

ihr schreibt im augustheft, daß die veröffentlichung des gesprächs mit lutz taufer, knut folkerts und karl heinz dellwo als »einstieg in eine diskussion über die geschichte der raf und die bedingungen linksradikaler opposition im neuen deutschland gedacht war« und beschwert euch noch über »die magere beteiligung an der doch so nachdrücklich geforderten debatte«.

die überlegung, daß die ›konkret‹ forum sein kann für die breite öffentliche diskussion darüber, wie es für die linke hier weitergeht, fanden wir auch deshalb gut, weil sie von vielen menschen, die nicht in linksradikalen zusammenhängen leben oder organisiert sind, gelesen wird und es sie fast überall gibt.

wir haben euch darin ernst genommen und euch deshalb unseren text vom august rechtzeitig für den abdruck in der september-nummer zukommen lassen. daß ihr ihn dann als sondernummer rausgebracht habt, fanden wir dafür, eine wirklich breite diskussion anzufangen, nicht sehr schlau. aber wie ihr dann den vertrieb organisiert habt bzw. eben nicht, damit grenzt ihr uns aus dieser diskussion aus, denn der sonderdruck ist selbst im linken buchhandel kaum zu kriegen und am kiosk überhaupt nicht. statt dessen fordert ihr die leute auf, den sonderdruck bei euch zu bestellen, was wirklich ein hammer ist, denn faktisch stellt ihr damit dem staatsschutz eine kartei zusammen, wer alles interesse an unserem text hat. warum habt ihr das alles so gemacht?

wir wollen, daß ihr in der nächsten nummer diesen brief ungekürzt veröffentlicht und daß ihr außerdem unseren text vom august darin abdruckt oder den sonderdruck als mittelteil reinheftet und das auch in der ›taz‹-anzeige bringt – nur so kann diese diskussion, von der ihr behauptet, daß ihr sie ermöglichen wollt, wirklich anfangen.

rote armee fraktion

30.9.92

Der Offene Brief der RAF enthält einige falsche Annahmen:

1. Die August-Erklärung der RAF erreichte KONKRET erst, als die Produktion des September-Heftes – wie üblich etwa zwei Wochen vor dem Erscheinungstermin – bereits weitgehend abgeschlossen war. Aber selbst, wenn der Text einige Tage früher eingetroffen wäre, hätten wir ihn nicht in der Zeitschrift veröffentlichen können – allein seines Umfangs wegen. Zwar hat KONKRET sich bereit erklärt, Platz für die Debatte über die Geschichte und politische Zukunft der RAF zur Verfügung zu stellen. Selbstverständliche Voraussetzung dabei aber war (und ist), daß die dafür verfaßten Beiträge einen Umfang nicht überschreiten, wie er für Diskussionsbeiträge nun mal – und mit guten Gründen – üblich ist (und auch im vorliegenden Heft, das abermals 8 Seiten zum Thema enthält, sind wir angesichts der Tatsache, daß diese Debatte anderswo nicht geführt werden kann, über das, was uns ansonsten vertretbar erschiene, hinausgegangen – nach 16 Seiten in Heft 6/92, 7 Seiten in Heft 8/92 und 2 Seiten in Heft 9/92). Wer glaubt, in einer 64seitigen Monatszeitschrift einen 18-20seitigen Text unterbringen zu können, täuscht sich nicht nur über die Relevanz des eigenen Anliegens im Verhältnis zu alldem, was sonst noch so auf der Welt vorgeht, sondern auch über die Bedingungen, unter denen es KONKRET allein möglich ist, ökonomisch zu überleben. Die geforderte Diskussion in einer Form zu führen, die das Verschwinden des Organs zur Folge hätte, in und mit dem sie – jedenfalls für eine breitere Öffentlichkeit wahrnehmbar – überhaupt nur geführt werden kann, sollte nicht im Interesse der Verfasser des Offenen Briefes liegen.

2. Bei dieser Sachlage haben wir zur Verbreitung des August-Textes getan, was uns möglich war: Wir haben zwei bereits fertiggestellte Seiten aus dem September-Heft gekippt und an deren Stelle eine erläuternde Zusammenfassung der Erklärung eingefügt; wir haben im Editorial gesondert auf sie hingewiesen, ihre vollständige Veröffentlichung als KONKRET-Sonderdruck angekündigt und bekanntgegeben, wie dieser zu beziehen sei: über die Redaktion und über Buchhandlungen, die KONKRET verkaufen; wir haben 4.500 Exemplare des Sonderdrucks herstellen lassen (davon sind bislang ca. 3.800 über den Buchhandel vertrieben und 310 über die Redaktion bezogen worden); wir haben den vollständigen Text zwei Tage vor seiner Veröffentlichung mit einer Presseerklärung an überregionale Tages- und Wochenzeitungen, an die Nachrichtenagenturen und an TV-Nachrichtenredaktionen verschickt; wir haben ihn allen Gefangenen aus der RAF und den uns erreichbaren Gefangenen aus dem Widerstand zukommen lassen; und wir haben den Text schließlich zeitgleich mit dem September-Heft herausgebracht, so daß, wer KONKRET las, jedenfalls von seiner

Existenz wußte, und auch, wie er zu bekommen war. Wie die Verfasser des Offenen Briefes vor diesem Hintergrund auf den Gedanken kommen konnten, wir hätten sie durch dieses Vorgehen »aus der Diskussion ausgegrenzt«, ist uns unverständlich.

3. Die Annahme, der Staatsschutz würde die gesamte an KONKRET gerichtete bzw. von KONKRET versandte Post öffnen und lesen, bloß um in Erfahrung zu bringen, wer an einem Text interessiert sei, in dem die RAF die Einstellung des bewaffneten Kampfes ankündigt und begründet, ist abwegig. (Besonderes Interesse bekundete beispielsweise die »Bayrische Vereinigung für Sicherheit in der Wirtschaft« – so what?)

4. Eine abschließende Bemerkung: Offenbar in der Annahme, das Ausbleiben der erwarteten Großen Debatte lasse sich nur dadurch erklären, daß es linke Publikationen und an der Diskussion über die RAF interessierte Gruppen gebe, die von der Existenz des August-Textes noch nichts gehört oder gelesen haben, sind die Verfasser des Offenen Briefes dazu übergegangen, eine verkleinerte Kopie des KONKRET-Sonderdrucks zu verschicken – mit der angesichts der Tatsachen recht kuriosen Behauptung: »Der Text ist kaum veröffentlicht.« Auf dieser Kopie sind sorgfältig sämtliche Hinweise, die KONKRET als Quelle kenntlich machen, getilgt worden. Es paßt dieses Vorgehen leider nur zu gut zu dem Ton, in dem der Offene Brief abgefaßt worden ist, aber natürlich lassen wir uns auch durch diesen Ton nicht davon abhalten, eine Diskussion weiterzuführen, die wir für wichtig halten.

Die Redaktion

Der Kopf mag ja rund sein und uns damit der Gefahr aussetzen, daß sich die Gedanken in beliebige Richtungen wenden, aber vorne auf dem Kopf sitzt auch eine Nase, die hilft, vorwärts und rückwärts zu unterscheiden. Er enthält eine kleine Leinwand hinter der Stirn, auf die der Verstand Visionen wirft, und er besitzt Augen, um den Blick kühl über Kimme und Korn zu führen.

Allerdings beherbergt der Kopf, wie wie weit man das Teil auch ausräumt, nicht das Herz, das noch in den ärgsten Zeiten gegen Kleinmut und links-deutsche Einseiferei revoltieren könnte.

Christian Klar

Stammheim

DeliriumK

ONKRET 9/92: »Stumpfe Waffe der Kritik?« von Gerhard Bolte und KONKRET 10/92: Leserbrief von Michael Spöttel

Eigentlich ist Spöttels Anpinkelei der Studentenrevolte (sie habe über ihren ›Antiamerikanismus‹ und ›Antisemitismus‹ die »deutsche Schuld zu verdrängen« versucht und damit den Weg für die Steine- und Brandsatz-werfende Barbarei von Rostock und anderswo vorbereitet) so dämlich, daß sie durch Kritik nur aufgewertet wird, aber heutzutage muß man stets gewärtig sein, daß gerade die dümmsten Sprüche auf fruchtbaren Boden fallen. Spöttel sollte einmal die »Angaben zur Person« und die »Römerbergrede« von Hans-Jürgen Krahl lesen (die anderen Aufsätze aus »Konstitution und Klassenkampf« dürften für ihn zu schwierig sein). Dort könnte er dann nachlesen, daß es gerade die revoltierenden Studenten waren, die die Nazi-Barbarei aus dem kollektiven Vergessen herausholten (in das sie in der Adenauer-Ära hineinmanövriert wurde) und die akribisch aufdeckten, daß wichtige Strukturelemente des Faschismus in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft ungebrochen fortwesten (und über den heutigen Tag hinaus fortwesen). Und vielleicht sollte Spöttel sich auch einmal vergegenwärtigen, daß, folgte man seiner Argumentation, Rudi Dutschke seinen Attentäter Josef Bachmann selbst aufgebaut hat, denn Bachmann zeigte all jene Züge des autoritären Charakters, die bei Akteuren und Claqueuren des gegenwärtigen Terrors gegen Ausländer (und gegen Linke) so ausgeprägt sind. So argumentiert nur, wer sich entweder im Zustand des vollständigen Deliriums befindet oder wer selbst schon zu tief in die Verhältnisse eines wieder zunehmend autoritäre Züge annehmenden Kapitalismus verstrickt und mithin nicht mehr in der Lage ist, eine autonome Denkfähigkeit zu entwickeln.

Wer also Horkheimers Leistungen selbst im Sinne kritischer Gesellschaftstheorie behandeln will, muß gemäß einem Löwenthalschen Diktum erst einmal die richtigen Fragen stellen, zumal dann, wenn er nur einen kleinen Ausschnitt aus Horkheimers Werk darstellen kann. Dies hat Gerhard Bolte in m.E. vorbildlicher Weise getan. Die Frage nämlich, die dem Bolteschen Beitrag zugrunde liegt, ist die nach der Aktualität der kritischen Theorie Max Horkheimers. Boltes Versuch einer Antwort auf diese Frage ist überzeugend: Die Aktualität ist ungebrochen, was für alle, die der erneut drohenden Barbarei noch Widerstand leisten wollen, bedeutet, sich intensiver als bisher mit dem Werk Horkheimers auseinanderzusetzen.

Hans-Jürgen Küsel

Verden

Konkret 11/92, S. 9

Hermann L. Gremliza

rr (realo realissimo)

Als noch die Becquerel-Werte in Waldpilzen die Sorgenundängste empfindsamer Lands- und Latzleute bestimmten, hatte es Woche für Woche Zehntausende zum Protest auf die Straßen getrieben. Seit Zehntausende Nacht für Nacht aus Furcht vor den Brandflaschen deutscher Nazis keinen Schlaf finden, bleiben die Massendemonstrationen aus. Das Schweigen der Dreihunderttausend, die gestern auf den Rheinwiesen gelärmt haben, läßt heute die Unterstellungen, die ihnen gemacht worden waren, als Komplimente erscheinen. Was Achtundsechziger hieß und Neue Linke und Alternative und Ökopax, ist, wenn Rettung vor den Kolonnen gesucht wird, die von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock über Peenemünde und Sachsenhausen vormarschieren, zu vergessen. Die Zahl der Ausnahmen reicht gerade noch, die Regel zu bestätigen.

Wer mit diesem Resultat die Geschichte nicht beenden und sich nicht zu den anderen Zweihundertneunzigtausend gesellen will, muß sich umsehen – nicht nach einer Chance für den bei der deutschen Linken als »Paradigmenwechsel« so sehr geschätzten Verrat an unbequem gewordenen Erkenntnissen, sondern nach Leuten und Interessen, auf die noch gezählt werden könnte. Wer das in den vergangenen Wochen tat, durfte sich überraschen las-sen.

Um mit Leuten zu beginnen: Es ist da, beispielsweise und vielleicht auch beispielgebend, als Nachfolger von Heinz Galinski ein Mann zum Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland gewählt worden, der dafür sorgt, daß dessen Proteste nicht länger von leiser Sehnsucht nach einem Bundesverdienstkreuz gedämpft sind, obwohl der Neue doch beruflich, als Immobilienkaufmann, wie parteipolitisch, als Mitglied der FDP, sicherste Gewähr zu bieten schien, *nie* so zu sprechen, wie dieser Ignatz Bubis es sogleich tat. Befragt nach dem »Mißbrauch des Asylrechts« und einer Änderung des Artikels 16 Grundgesetz antwortete er, man könne über alles und jedes reden, aber mit ihm niemals und unter keinen Umständen im Zusammenhang mit den gewalttätigenAnschlägen auf Ausländer. Ob die Angegrif-fenen Juden seien oder Asylbewerber von woher auch immer, sei ganz egal. Die Bundesregierung, sagte Bubis und blamierte mit seinen Worten die gesamte schweigende Innung der Betroffenheitsliteraten, habe die jetzige Situation provoziert. Seit Monaten versäumten Politik und Staatsgewalt, gegen rassistische Gewalttäter vorzugehen. Statt die Gewalt zu bekämpfen, habe sich die Politik auf eine Asyldebatte konzentriert, die den Gewalttätern das Gefühl gebe, ihre Taten brächten die Politiker auf Trab.

Wie riskant anderen unter den Deutschen lebenden Juden solcher Freimut erscheint, ließ der Bundeswehr-Professor Michael Wolfssohn, der immer zu Befehl steht, wenn das neue Reich gegen den Verdacht der Nachbarn von einem unverdächtigen, im Idealfall: einem jüdischen Zeugen verteidigt werden muß, in einer »Brennpunkt«-Sendung der ARD erkennen: »Ich glaube nicht«, sagte er dort über den neuen Vorsitzenden Bubis, »daß es eine gute Wahl gewesen ist, die der jüdischen Sache hilfreich ist, aus zwei Gründen: erstens, und es ist völlig in Ordnung, wenn jemand mit Immobilien handelt, aber es bestätigt bestimmte Klischees, und in einer so sensiblen Situation, wie wir sie heute in Deutschland haben, halte ich das nicht für eine glückliche Wahl. Ein Immobilienkaufmann mag sehr erfolgreich sein, aber als Mahner ist er bestimmt nicht geeignet. Ich biete meinen politischen Gegnern nicht von mir aus zusätzliche Schwachpunkte.« Was Wolfssohn zu antworten gewesen wäre, fiel seinem Widerpart in der Sendung, Micha Brumlik, nicht ein: daß der Zentralrat der Juden in Deutschland es am wirkungsvollsten vermiede, dem politischen Gegner Schwachpunkte zu bieten und bestimmte Klischees der Deutschen zu bestätigen, wenn er zum nächsten Vorsitzenden keinen Juden wählte.

Der jetzige Vorsitzende jedenfalls hat sich weder von Wolfssohn noch von der Bundesregierung, deren Sprecher Bubis(Äußerungen »scharf« zurückgewiesen hat, beirren lassen, und wenn einige Kommentare zum 50. Jubelfest für Hitlers V2-Rakete nicht sehr getäuscht haben, scheint sein Reden die wenigen Antifaschisten in den Redaktionen der Bürgermedien ermutigt zu haben. Zumal dem stets unsteten Charakter der Leute ein durchaus stabiler Charakter der Dinge aufhelfen oder einfacher: Anstand sich als das bessere Geschäft erweisen könnte.

Die »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«, herausgegeben vom Zentralrat der Juden in Deutschland und offenbar angesteckt vom Mumm des neuen Vorsitzenden, scheint das Appellieren an das schlechte Gewissen der deutschen Väter ebenso aufgegeben zu haben wie die Hoffnungen auf die bessere Gesinnung der Söhne und Töchter. Sie macht sich lieber eine Aufstellung der Interessen beider, und die sieht so aus, daß der Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer berichtet, in Brandenburg habe eine US-Firma ihr Investitionsangebot »wegen der Unruhen« zurückgezogen, und er spüre im Ausland bereits »zunehmende Kälte«. Der Sprecher des größten deutschen Konzerns, der Daimler-Benz AG, warnt, daß der Autoexport Schaden nehmen könnte. Die psychologischen Auswirkungen »bestimmter Vorgänge der letzten Zeit in Deutschland« seien äußerst negativ: »Was sich im Ausland als neues Deutschland-Bild abzeichnet, ist verheerend.« Der Sprecher des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau sagt: »Geschäftsabschlüsse sind nicht nur vom guten Preis abhängig, sondern auch von Sympathie und gutem Willen. Im Ausland gibt es einen Erklärungsbedarf über die Vorgänge in Deutschland. Da ist man als deutscher Geschäftsmann erst mal in der Defensive und kann gar nicht über das Produkt reden,

das man verkaufen will.« Und der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, verlangt von den Unternehmern geradezu eine »Offensive gegen Fremdenfeindlichkeit«. Deutschland drohe eine »wirtschaftliche und politische Isolierung«.

So sehr sorgen sich Teile des deutschen Kapitals um die Rendite, daß sie sogar Mitglieder ihres politischen Personals zu nicht direkt ausländerfeindlichen Äußerungen zwingen: Birgit Breuel von der Treuhandanstalt durfte sagen, daß internationale Investoren mit Sorge auf Deutschland schauten, und Friedhelm Ost von der CDU, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft, mußte verdeutlichen: »Die Anschläge auf Asylbewerber-Unterkünfte, Angriffe rechtsradikaler Terroristen auf Ausländer und Verwüstung jüdischer Einrichtungen haben verheerende Wirkung auf Investitionsentscheidungen ausländischer Firmen. Solche Gewalttaten bringenden Standort Deutschland international in Verruf.«

Materielles Interesse verdrängt die ideellen Vorlieben, in älterer Fassung: das Sein bestimmt das Bewußtsein. Firmen und Verbände, die noch jeden deutschnationalen oder sonstwie reaktionären Verein offen oder heimlich finanziert haben, treten unversehens als relative Menschenfreunde auf. Zuletzt ging Deutschlands größter Rüstungskonzern, die Daimler-Benz AG, sogar so weit, die nach massiven Protesten abgesagte Peenemünder Jubelfeier der von Daimler-Benz dominierten deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie zum 50. Geburtstag von Hitlers Wunderwaffe V2 nachträglich durch seinen Vorstandsvorsitzenden ein bißchen mißbilligen zu lassen. Als, immerhin, »wenig intelligent« geißelte Edzard Reuter das unter der Schirmherrschaft des Staatssekretärs Riedl (CSU) aus dem Bundeswirtschaftsministerium geplante Nazi-Jubiläum post (non)festum.

Nicht daß die ans Humane grenzenden Anwandlungen einiger Firmen und Verbände die Analysen des Kapitals und zumal des deutschen dementierten, im Gegenteil: Wenn anders kein Profit zu erzielen wäre, würde die Offensive gegen Fremdenfeindlichkeit notfalls wieder von einer jener Offensiven zur Beschaffung von fremden Zwangsarbeitern abgelöst, deren letzte Opfer von den nutznießenden Ausländerfreunden des BDI bis heute nicht entschädigt worden sind. Ausbeutung ist das Ziel, in beiden Fällen: im einen wird ausgeraubt und totgeschlagen, im anderen nur ausgeraubt. Die Furcht deutscher Banken und Konzerne, der Standort Deutschland und seine Exportwaren könnten international in Verruf geraten, erhöht die Chance, daß es noch einige Zeit beim Ausrauben bleibt und vielleicht lange genug, die zivilisiertere Umwelt an Exempeln der Rostocker, Peenemünder und Sachsenhausener Art lernen zu lassen, was es mit dieser lieblichen Nation auf sich hat, immer noch und wieder. Daß dies zugleich dem Rest radikaler Opposition im Lande Bedenkzeit gäbe, warum der Anstand einzelner bürgerlicher, einst als hilflos deklarierter Antifaschisten eine bessere Adresse ist als der hilfswillige Nationalismus sozialdemokratischer, gewerkschaftlicher und alternativer Populisten, kann nicht schaden.

Konkret 11/92, S. 10

Wolfgang Pohrt

Multirassismus

»Seit der Wiedervereinigung ist das Land eigentlich ein Kandidat für Prozesse, wie sie sich in Jugoslawien abgespielt haben und in der Tschechoslowakei sich anbahnen, wobei die Trennung der Ostdeutschen von den Westdeutschen sogar leichter durchzuführen wäre als die der Kroaten von den Serben, weil keine strittigen Gebietsansprüche existieren.« Überlegungen zur moralischen Regression der Ostdeutschen und zum Zusammenhang von Multikultur und Rassenkunde

Meine Damen und Herren,

im Frühjahr noch, als die Referatthemen festgelegt wurden, war meine Absicht die, Ihnen zu erzählen, warum das Gerede von den vielen Kulturen barer Unfug ist: nichts als das falsche Bewußtsein einer halbgebildeten Mittelschicht, die ihren Rassismus besser zu verpacken sucht und die Gelegenheit nutzt, bei den Armen bißchen Lebensgefühl abzuschnorren.

Inzwischen fürchte ich, daß man das Thema ernster nehmen muß. Wenn der Veranstalter in seiner Einladung zu dieser Tagung schreibt: »Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen wird im wiedervereinigten Deutschland wie in einem künftigen Europa eine schlichte Tatsache sein«, dann sehe ich die Gefahr heute auch. Tatsächlich vergeht seit dem Pogrom von Rostock kein Tag ohne den Beweis, daß im Einheitsstaat ein zweiter Menschenschlag haust, einer mit befremdlicher Mentalität sowie abartigen Sitten und Bräuchen. Es sieht danach aus, als wären die vielen Kulturen keine leere Drohung gewesen, nur daß es am Ende die Landsleute selber sind, die das Ensemble atavistischer Gemeinwesen installieren und bilden. Vor unseren Augen wird gewissermaßen eine Lüge wahr gemacht, und das ist ein etwas verwirrender Vorgang. Erwarten Sie deshalb nicht von mir, daß ich für die jüngste Entwicklung eine zumindest in sich geschlossene Erklärung liefern kann, obgleich der auf dem Podium das eigentlich müßte.

Schon bei den Vokabeln fangen die Schwierigkeiten an. Wenn in den neuen Bundesländern die Halbwüchsigen jede Nacht auf Menschenjagd ziehen, begleitet vom beifälligen Gegröle der Alten, dann läuft die Klage über Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus ungefähr darauf hinaus, einen Bauchaufschlitzer wegen Mangels an Zartgefühl zu tadeln. Obendrein meinen beide Begriffe Randerscheinungen, sie setzten eine davon verschiedene Normalität voraus. Die Nazis etwa waren 1935 keine Rechtsextremisten, sie war nicht mal rechts, sondern sie waren überall. Auch heute existiert fast kein Rechtsextremismus mehr, denn es fehlt die Normalität links von ihm, auf die er sich logischerweise beziehen müßte. Ein Schimpfwort hat sich also beinahe in einen Kosenamen verwandelt. Von Rechtsextremismus zu sprechen, hieß früher, einer bestimmten politischen Gruppe alles Schlechte nachzusagen und bedeutet heute, daß man die Entwicklung im Neuen Deutschland hemmungslos beschönigt. Gemeint ist damit beispielsweise, daß die SPD unter ihren Wendehälsen an der Spitze die »Republikaner« rechts überholt und Schönhuber neben Kronawitter schon als gemäßigt gelten kann. Wir sehen, wie alle Parteien in einer Ecke sich zusammendrängen und aneinanderkuscheln, sie wirken wie die Flügel einer Einheitspartei, der freilich bislang noch das Programm, der Führer und die Massenbasis fehlen.

Wenn also heute jemand das Gefühl bekommt, er wisse nicht mehr, wo oben und wo unten, wo links und wo rechts sei, dann ist nicht immer das Hirn defekt, sondern die Desorientierung spiegelt oft die Verworrenheit der Verhältnisse wieder. Mit der Vereinheitlichung der Parteien scheint die Auflösung aller Institutionen verbunden zu sein, welche der Gesellschaft bislang eine bestimmte Gestalt gaben. Heute wird das Asylrecht der Stimmungslage geopfert, morgen werden es vielleicht die Versammlungsfreiheit oder die Freizügigkeit sein. Zur Abschaffung von Grundrechten paßt die Preisgabe aller politischen und moralischen Prinzipien, handele es sich dabei um den heiligen Schwur, niemals Bundeswehreinsätzen im Ausland zuzustimmen oder um den simplen Grundsatz, daß man sich nicht dauernd beim Lügen und Betrügen erwischen lassen soll.

Dergleichen Überlegungen sind nicht neu, Besorgtes über den Zustand der Parteien oder der Republik liest man in jedem zweiten Leitartikel, ganz unabhängig von der parteipolitischen Orientierung des Blattes. Auch ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Niedergang von Staat und Gesellschaft einerseits und andererseits den fortgesetzten, kollektiv begangenen Gewaltverbrechen wird in der Regel nicht geleugnet. Aber stets werden die Bandenüberfälle auf Asylbewerber und ihre Wohnungen nur als Symptome betrachtet, als Begleiterscheinungen, und meiner Ansicht nach wird damit ihre wahre Bedeutung unterschätzt. Der kommt man, wenn überhaupt, nur auf die Spur, wenn man die Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließt und sich zur ausgesprochen unangenehmen Einsicht durchringt, daß es Dinge gibt, die es gar nicht geben dürfte.

Keine Angst, meine Damen und Herren, ich habe nicht vor, Sie zum hundertfünfzigsten Mal eindringlich vor Auschwitz zu warnen, was sowieso keinen schreckt, weshalb man, wenn man schon mahnend den Zeigefinger erhebt, statt auf Auschwitz besser auf Dresden deuten sollte. Ich will Ihre Aufmerksamkeit vielmehr auf die Täter, Mittäter und Sympathisanten lenken, darauf, daß ihr moralisches und äußeres Erscheinungsbild in den neuen Bundesländern wie eine Bestätigung der Regel wirkt, daß der Rassismus zur Rassenbildung führt, und zwar bei den Rassisten selber. Denn anders als das Tier gehört der Mensch nicht kraft Geburt einer Rasse an, sondern durch seine Existenz in einem Rudel von Verfolgern, wie

selbst Hitler zugab, insofern er immer wieder betonte, »Rasse sind wir nicht, Rasse müssen wir erst werden« (Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft). Die Menschen werden, was sie tun, weil ihre Tätigkeit das Bewußtsein, die Physiognomie und den ganzen Körper prägt. Identität im Denken, Fühlen, Handeln, Aussehen, wie die Rassenhorde sie entwickelt, ist kein Naturprodukt, sondern Anpassung an die Erfordernisse der Jagd auf andere Menschen. Diese Anpassung sorgt dafür, daß die vielen einzelnen als Glieder einer Meute funktionieren und wie auf Kommando handeln können, ohne daß einer das Kommando geben muß. Ferner dient sie der reflexartigen Feindidentifikation, die nur zwischen gleich und ungleich oder bekannt und fremd unterscheidet und daher höchste Ansprüche an die Gleichförmigkeit des Verfolgerkollektivs stellt. Abweichung von der Art bedeutet Todesgefahr, wie im Krieg, wo man riskiert, von den eigenen Kameraden irrtümlich erschossen zu werden, wenn man spaßeshalber eine Phantasieuniform anzieht, oder wie im Rattenkäfig, wo das Tier mit dem abweichenden Geruch von den anderen zerrissen wird.

Um zu verstehen, was gegenwärtig in der Zone, aber nicht nur dort geschieht, kann es nützlich sein, sich an eine Theorie zu erinnern, derzufolge »wilde Stämme und barbarische Völker nicht der Beginn, sondern der Überrest großer Zivilisationen sind« (Arendt), und was für große Zivilisationen gilt, gilt natürlich noch mehr für die kleinen. Es findet – so meine Spekulation – die Regression des höher organisierten Gemeinwesens statt, das der DDR-Staat einmal gewesen war, seine Rückbildung in eine Horde, nicht anders übrigens als in der Bundesrepublik, die es nun seit zwei Jahren in ihrer alten Form nicht mehr gibt. Beiderseits der ehemaligen Grenze leben die Menschen jetzt in einem Verwaltungsgebilde, dem etwas Entscheidendes fehlt. Es fehlt ihm das, was man bei anderen Nationen als eigene Staatsidee bezeichnet, und was wohl bei der Person ihrem Selbstbewußtsein entspricht. Dies Bewußtsein stellt meine Relation zu anderen her, ich vergleiche mich mit ihnen, ich messe mich an ihnen, und sie geben mir Sicherheit, indem sie bestimmte Erwartungen an mich richten.

Der große Vorteil für die Deutschen, solange sie in der BRD und in der DDR lebten, war der, daß beide Staaten wußten, wem sie es recht machen sollten, wem sie zu gefallen hatten, im einen Fall dem Westen, im anderen dem Ostblock. Das Bewußtsein von den Erwartungen, die an sie gerichtet wurden, stellte ihre Beziehung zur Menschheit her, der sie sich folglich zugehörig fühlen durften. Solange es den Ost-West-Konflikt gab, war man zwangsläufig mit dabei bei dem großen Spiel, das alle Nationen miteinander verhäkelte durch die nationenübergreifende, universelle Frage, ob der Kapitalismus oder der Sozialismus die bessere Gesellschaftsform sei. Im Streit um Objektives erfahren die Personen sich als gleichrangige Subjekte, man könnte sagen als Mitglieder der menschlichen Gattung. Dort, wo es nur um meinen subjektiven Vorteil geht, ist es egal, ob der andere mein Hund oder der Nachbar ist. Mit beiden kann ich raufen, weil ich mein Steak behalten will. Über die Frage aber, ob zwei mal zwei vier ist, kann ich nur mit meinem Nachbarn streiten, und dieser Streit gibt uns beiden die Sicherheit, daß wir Menschen sind. Ich glaube, daß dieses hier ohnehin nie sonderlich stark entwickelte Bewußtsein den Landsleuten gegenwärtig abhanden kommt und daß dieser Verlust erklärt, warum sie in mancherlei Hinsicht den afrikanischen Eingeborenenstämmen zu ähneln scheinen, wie Hannah Arendt sie beschreibt:

»Sie sind die Überlebenden einer großen Katastrophe, auf die weitere, kleinere Katastrophen gefolgt sein mögen, bis sie die katastrophenhafte Einförmigkeit ihrer Existenz als etwas Natürliches und Selbstverständliches empfanden. Was sie von anderen Völkern unterschied, war nicht die Hautfarbe; was sie auch physisch erschreckend und abstoßend machte, war die katastrophale Unterlegenheit oder Zugehörigkeit zur Natur, der sie keine menschliche Welt entgegensetzen konnten. Ihre Irrealität, ihr gespenstisch erscheinendes Treiben, ist dieser Weltlosigkeit geschuldet. Da sie weltlos sind, erscheint die Natur als die einzige Realität ihres Daseins; und sie gibt sich selbst dem Beobachter als eine so überwältigende Realität – mit weltlosen Menschen kann die Natur nach Belieben umspringen – , daß an ihr gemessen die Menschen etwas Imaginäres, Schattenhaftes, ganz und gar Unwirkliches annehmen. Das Unwirkliche liegt darin, daß sie Menschen sind und doch der dem Menschen eigenen Realität ganz und gar ermangeln. Es ist diese mit ihrer Weltlosigkeit gegebene Unwirklichkeit der Eingeborenenstämme, die zu den furchtbar mörderischen Vernichtungen und zu der völligen Gesetzlosigkeit in Afrika verführt hat.«

Weltlosigkeit, wie Hannah Arendt sie den Eingeborenenstämmen attestiert, scheint mir der treffendere Begriff für ein Phänomen zu sein, das man auch als an Autismus grenzenden Realitätsverlust bezeichnen könnte. Ich meine damit etwa den Plan, in Peenemünde am zweiten Jahrestag der dritten deutschen Einheit den 50. Jahrestag der V2 zu feiern – ein Vorhaben, das kein Einzelfall ist und mehr als nur die böse Absicht und eine schmutzige Gesinnung verrät, nämlich eine schwere Störung der Wahrnehmungsfähigkeit und eine außerordentliche Trübung des berechnenden Verstandes. Man kennt dies Verhalten sonst von Personen, die in der selbstgesuchten Vereinsamung vollkommen verwahrlosen, keine Rücksicht mehr auf das Urteil anderer Menschen nehmen und überhaupt auf die Regeln der Zivilisation. Beobachtet wurde eine solche Regression beispielsweise vergangenes Jahrhundert an Gruppen Weißer, die in Südafrika den Kontakt zur Zivilisation verloren, selber wie die Eingeborenen lebten und also, wie der Fachausdruck hieß, verkafferten. Da sie sich als Gruppe nicht mehr an die Regeln der Zivilisation gebunden fühlten, galten diese Regeln auch intern nicht mehr, was den kompletten Zusammenbruch der herkömmlichen Moral bedeutete.

Ein ähnlicher Zusammenbruch könnte vielleicht die Erklärung liefern für eines der rätselhaftesten Phänomene im Gefolge der Wiedervereinigung, für die Tatsache nämlich, daß die »neue Teilung« so schleppend vorankommt. Seit der Einheit ist das Land eigentlich ein Kandidat für Prozesse, wie sie sich in Jugoslawien abgespielt haben und in der Tschechoslowakei

sich anbahnen, wobei die Trennung der Ostdeutschen von den Westdeutschen sogar leichter durchzuführen wäre als die der Kroaten von den Serben, weil – mit Ausnahme West-Berlins vielleicht – keine strittigen Gebietsansprüche existieren. Es stehen sich hier zwei um den Reichtum konkurrierende Bevölkerungsteile gegenüber, deren jede länger die Eigenstaatlichkeit besessen hat als die Slowaken oder die Kroaten. Obgleich jedoch die Ossis außerdem eine Gruppe bilden, die jedem hier verhaßt sein müßte, entsteht kein offener Streit. Begründete und berechtige Abneigung gegen sie ist zwar latent vorhanden, aber sie artikuliert sich kaum.*

Um diesen Gedanken zu verdeutlichen, will ich mich bemühen, über die Ossis einmal so zu reden, wie hier im Westen eigentlich jeder von ihnen denken müßte, der nur etwas gesunden Menschenverstand und ein halbwegs intaktes moralisches Urteilsvermögen besitzt. Jeder hier merkt doch, daß das Gebrüll der Ossis Betrug gewesen war, als sie im Herbst 1989 nach Demokratie und Einheit riefen. So riefen sie nur, weil sie unseren Luxus wollten; im Ostblock die Reichsten zu sein, war ihnen nicht genug. Das zeigt sich jetzt, wo sie die Einheit und die Demokratie besitzen, aber noch nicht unser ganzes Geld. Wenn wir es nicht hergeben, drohen sie uns mit sozialen Explosionen. Seit sie wählen dürfen, mögen sie nicht mehr, da sie unter freien Wahlen freie Auswahl im Autosalon verstanden. Seit sie die Marktwirtschaft von uns bekommen haben, sollen wir die Sozialisten sein, ihnen die Rente und Krankenkasse bezahlen und obendrein Fabriken schenken.

Daß ihr Rassismus hochkonzentrierte ordinäre Schäbigkeit ist, geben sie selber zu, andere zu verfolgen halten sie nämlich unter Verweis auf die angebliche eigene schwierige Lage für ihr Recht. Gut fühlen sie sich, wenn sie der Feigling sind, der brutal seine schwache Frau verprügelt, weil er selber vor einem Stärkeren gekrochen ist. Auf die Idee, daß auch mal Ossi-Busse im Westen brennen könnten, solche mit Pendlern aus Rostock beispielsweise, die den Hamburgern die Arbeitsplätze nehmen, kommen diese sonderbaren Menschen mit dem abgeschalteten moralischen Empfinden nicht. Unerbitt-* »Vom Traum zum Trauma« nennt die »Zeit« ihre Wiedervereinigungsserie (seit dem 10.9.92); »Die neue Teilung: Deutsche gegen Deutsche« titelt der »Spiegel« (vom 17. August), und selbst »Bild« (vom 5.9.92) gesteht: »Im Westen Deutschlands ist praktisch die gesamte Bevölkerung gegen zusätzliche Belastungen zugunsten der Menschen im Osten. ... Typische Stimmung gestern: ›Kohl und Waigel sollen sich das an den Hut stecken. Ich habe die Schnauze voll.‹«

lich und erbarmungslos sind sie gegen Arme, aber von den Reicheren erwarten sie Mitleid und Mildtätigkeit. Grausamkeit und Weinerlichkeit sind jeweils separat schon ekelhaft, in der ossi-typischen Mischung aber bilden sie gemeinsam ein Brechmittel von besonderer Wirkungskraft. Selber haben die Ossis sich unter Vortäuschung ideeller Beweggründe bei uns eingeschlichen, nicht aus Not, sondern wegen des erhofften materiellen Vorteils. Treffen sie aber einen Elendsflüchtling, fallen sie über den Bedürftigen her und beschimpfen ihn als Scheinasylanten, wo sie doch selber Wirtschaftsflüchtlinge im unangenehmsten Sinn des Wortes sind.

Weil wir reicher sind als sie, kommen sie uns auf die soziale Tour: Teilen ist ein Gebot unter Christenmenschen, geben ist seliger denn nehmen. Bittet ein Ärmerer sie ums Nötigste, darf er froh sein, wenn sie ihn nicht töten. Müssen vor ihrer Haustür Asylbewerber nachts unter freiem Himmel schlafen,fühlen die Ossis weder Mitleid noch Empörung darüber, daß den armen Menschen keiner hilft, sondern sie fühlen sich belästigt. Nicht die Not, sondern die Notleidenden wollen sie beseitigt wissen. Unentwegt fordern sie für sich selber Solidarität, ohne sie anderen jemals zu gewähren. Als sie nach der Maueröffnung in den Westen durften, klauten sie dort wie die Raben, lauter Krimskrams, den sie gar nicht nötig hatten. Nimmt bei ihnen sich ein armer Teufel von noch weiter östlich, was er dringend braucht, aber nicht bezahlen kann, möchten sie ihn am liebsten lynchen. Jeder weiß, daß in der Zone Zehntausende auf unsere Kosten den Staat beim Begrüßungsgeld betrogen und ihn immer noch beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe und bei der Sozialhilfe betrügen. Kriegt aber ein armer Schlucker aus Rumänien vom Staat, den *wir* bezahlen,gerade so viel, daß er nicht verhungert, toben *sie* und beschweren sich, daß *ihr* gutes Geld verschleudert werde. Offensichtlich glauben sie, daß ihnen eigentlich alles gehören müßte und wir mit ihrem Geld gefälligst sparsam umzugehen hätten.

An die Ausländer, sagen sie, würden sie sich erst ganz langsam gewöhnen müssen. Daß aber wir von ihrer unerfreulichen, nimmersatten, raffgierigen Sorte gleich 17 Millionen auf einen Schlag verkraften mußten, halten sie für unsere Pflicht. Nicht nur, daß sie stets zu feige waren, gegen das von ihnen angeblich ungeliebte Regime zu protestieren, als der Protest noch so viel Mut gekostet hätte, wie man braucht, um den Verzicht auf Beförderung und Bevorzugung zu riskieren – den Verzicht auf die Zuweisung einer der begehrten Wohnungen im Neubauviertel etwa, wo heute die widerlichsten Rassisten sippenweise nisten. Sondern in typischer Radfahrermanier treten die ewigen Mitläufer wieder nur die Schwachen. Statt sich mit den Gleichaltrigen anderer Nationalität eine faire Prügelei zu liefern, wenn ihnen schon nach Prügeln und Nationalitätenkrieg zumute ist, überfallen Horden glatzköpfiger Klopse die Familien in Asylbewerberheimen, weder Frauen noch Kinder schonen sie dabei. Die Gesichter dieser Helden kann man, wenn man’s aushält, lange betrachten, und findet doch keinen menschlichen Zug darin. Abstoßend häßlich sind sie und in der Häßlichkeit einander zum Verwechseln ähnlich.

Dies, meine Damen und Herren, war eine kurze Liste zutreffender Beobachtungen und richtiger Überlegungen, die eigentlich keiner weiteren Kommentierung oder Zuspitzung mehr bedürften, um Verärgerung, bittere Vorwürfe, moralische Empörung hervorzurufen. Sonderbarerweise tun sie es nicht, und mir scheint, daß die Hauptreaktionen sich als lustloses »Richtig so«, als gleichgültiges »Was ist denn schon dabei« oder als resigniertes »Da ist nichts mehr zu machen« charakterisieren lassen. Gewiß kann Nachsicht aus Gründen der Sympathie oder des völkischen Gemeinschaftsgefühls eine Rolle spielen, aber beliebt sind die Ossis hier ebenso gewiß nicht. Es wäre auch übertrieben, zu behaupten, daß die Ossis durch Hoyerswerda und Rostock für Westdeutschland ein strahlendes Vorbild geworden sind, obgleich man seither ihren politischen Führungsanspruch als denjenigen einer Avantgarde faktisch anerkennt. Zwar sind die Ossis Schrittmacher, Protagonisten, absolut auf der Höhe ihrer Zeit, während der Westen noch die – freilich rapide verblassende – Erinnerung an bessere Tage besitzt. Aber bewunderte, gar geliebte Nationalhelden sind sie trotzdem nicht, deshalb vielleicht, weil der Verfall des Denkens in moralischen Kategorien so weit fortgeschritten ist, daß die Menschen zur Begeisterung wie zur Empörung eigentlich gleichermaßen unfähig werden.

Mag sein, daß dies nun ist, was als Kultur bezeichnet wurde, ein Wort, das eine noch hinter die animalische Existenzform zurückfallende, bloß vegetabilische Daseinsweise meint, jenseits nicht nur von Gut und Böse, sondern auch jenseits von Trauer und Glück, und manchmal ein wenig unheimlich, insofern auch die wuchernden Gebilde dazugehören, die im Labor beim Experiment mit Pilz-Sporen oder Bakterien entstehen.

Wie ich Ihnen zu Beginn meines Vortrags schon gestand, sind mir weder die aktuellen Zusammenhänge restlos klar, noch die Konsequenzen. Nach Rostock steht man ein wenig belämmert da, nicht weil die Sache so schrecklich gewesen wäre, sondern weil sie die Gesetze der Logik gleich reihenweise außer Kraft gesetzt hat. Es ist nicht einzusehen, welchen Vorteil der Staat sich davon versprach, zum Pogrom zu ermuntern und es zu dulden, denn Kapitulation vor dem Mob bedeutet für ihn den Verlust seiner Autorität. Es ist, falls das Pogrom vom Staat nicht vorsätzlich geduldet wurde, nicht einzusehen, warum die dafür Verantwortlichen dann nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Die Tatsache, daß der Ministerpräsident, der Innenminister und die ganze Clique noch immer im Amt sind, statt vor dem Untersuchungsrichter zu stehen, wirft mehr als nur die üblichen Fragen nach der Moral von Politikern auf. Sie zeigt vielmehr exemplarisch, daß das Gesetz von Ursache und Wirkung für die handelnden Personen dergestalt aufgehoben ist, daß ihre Taten oder Unterlassungen für sie keine Konsequenzen haben. Damit aber tritt ein Zustand ein, wo das Denken seinen Sinn verliert, und über diesen Zustand kann man dann auch wenig Vernünftiges sagen.

Ziemlich genau kenne ich dagegen die lange Vorgeschichte. Es ist die Geschichte einer Konditionierung, einer Gewöhnung an die absurde Idee, man könne hinsichtlich der Menschen heute von Kulturen sprechen, und wenn Sie noch Geduld haben, will ich Ihnen diese Geschichte erzählen.

Erlauben Sie mir, daß ich zum Stichwort Kultur kurz mich selbst zitiere, aus einem Bändchen, welches 1984 erschien. Dort hieß es: »Kultur, früher das *Wahre*, *Schöne*, *Gute*, später *Das Beste*, noch später in der Gunst des Publikums ganz tief gesunken, erfreut sich seit geraumer Zeit wieder stetig wachsender Beliebtheit. Die beiden Kulturen, die etablierte und die alternative, die einem angeblich von Glotz in die Welt gesetzten Gerücht entstammen, haben sich wie ein paar Karnickel vermehrt, vor lauter Eßkultur, Wohnkultur, Körperkultur, Freikörperkultur und nicht zuletzt politischer Kultur kann man sich kaum noch retten.«

Weil heute die Anspielung auf Glotz keiner mehr begreift, muß ich kurz den Hintergrund schildern. Vermutlich wissen Sie alle noch, daß es Ende der 60er Jahre mal eine Protestbewegung gab, die sich als politische verstanden hat. Sich selber als politisch zu verstehen hieß, in Kategorien wie Unterdrückung und Befreiung, revolutionär und reaktionär, rechts und links, bürgerlich und marxistisch, kapitalistisch und proletarisch, imperialistisch und antiimperialistisch, nationalistisch und internationalistisch zu denken. Gegenstand solcher Überlegungen war die Verteilung von Macht und Reichtum, treibende Kraft hinter den Gedanken aber die Empörung über die herrschende Klasse in den wenigen reichen Ländern. Ihr wurde vorgeworfen, mit allen Machtmitteln den von ihr selbst geschaffenen Zustand einer Welt verewigen zu wollen, in der zwei Drittel der Menschheit bitterstes Elend, entsetzliche Armut und nackten Hunger litten. Der eine Unterschied zu heute war der, daß es damals um Solidarität mit den »Verdammten dieser Erde« ging, nicht um den Schutz des tropischen Regenwaldes vor ihnen. Der andere Unterschied bestand darin, daß französische Proletarier, amerikanische Schwarze, vietnamesische Befreiungskämpfer, kubanische Revolutionäre einem in jeder Hinsicht nahe standen, und deutsche Unternehmer, Angestellte oder Durchschnittsspießer in jeder Hinsicht fern.

Zehn Jahre später, also ums Jahr 1980 herum, war die Forderung vergessen, daß man Menschen nicht nach ihrer Herkunft einstufen soll, sondern nach ihrem Bewußtsein, ihrem Willen, ihrer moralischen Integrität, ihrer politischen Vernunft und vor allem nach ihrem Verhalten in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Statt der antiimperialistischen Linken gab es die sogenannten Alternativen, eine heimattümelnde Sammlungsbewegung hartgesottener Softies im Schlabberlook. Wie alle Egoisten bedurften sie des Gemeinschaftserlebnisses, das die politische Solidarität ersetzen muß. Gemeinschaftserlebnisse stellen sich ein, wenn viele dasselbe tun und dies ein bißchen anders als die anderen. Christen

beten, Soldaten marschieren, Burschenschaftler trinken Bier. Bei den Alternativen war das so, daß sie Körner aßen, im selbstgezimmerten Hochbett schliefen und gelbes Ölzeug trugen. Weil dies vornehmlich eine bestimmte Altersgruppe tat, beklagte man den Zerfall der Nation in zwei einander fremde Gruppen, die man aus Gründen, die ich später erkläre, die »zwei Kulturen« nannte. Nicht nur das Lebensgefühl der Jungen, ihre Hoffnungen und Wünsche seien sternenweit von denen der Alten entfernt, sondern der Verlust selbst einer gemeinsamen Sprache drohe den verfeindeten Generationen, hieß es damals. Die einschlägigen Medien bauschten die Sache mächtig auf, es stand wieder mal das Schicksal der Nation auf dem Spiel, und Politiker wie Glotz, Eppler oder Vogel begriffen die vermeintliche Zerrissenheit als Chance für die eigene Profilierung. Sie spielten den Vermittler und leierten allerlei Beschnupperungsveranstaltungen an, die unter dem Obertitel »Dialog zwischen den Generationen« liefen.

Passiert war in Wahrheit, was man überall beobachten kann: Je ähnlicher die Leute einander werden, desto verkrampftere Formen nehmen die Abgrenzungsbemühungen an. An der Schwelle zur eigenen Couch-Garnitur, kurz bevor die Kinder so senil wie ihre Eltern werden, färben sie sich noch mal die Haare grün. Was als Zeichen erbitterten Widerstandes erscheint, signalisiert schon die Kapitulation. Ähnlich verhielt es sich mit der Protestbewegung, die während der 70er Jahre alle Ziele aufgab, durch welche sie sich substantiell vom Rest der Gesellschaft unterschieden hatte. Faktisch mit dem einstmals verachteten Gegner identisch geworden und ihm zum Verwechseln ähnlich, kam es nun auf deutliche Zeichen an, wie im Krieg, wo die Soldaten aller Parteien dasselbe tun und verschiedene Uniformen tragen müssen, damit man sie auseinanderhält.

An die Stelle des politischen Inhalts trat, was man damals den Lebensstil nannte. Vom Normalbürger unterschied sich der Körnerfresser durch seine Konsumgewohnheiten, eben dadurch, daß er demonstrativ Müsli aß. Das Kommunikationsproblem zwischen den Generationen entsprang nicht ihrer Zerstrittenheit, wie behauptet wurde, sondern ihrer stillschweigenden Übereinkunft in allen grundsätzlichen Fragen. Sie hatten sich nichts zu sagen, weil es kein Thema für Kontroversen gab. Als überzeugter Marxist entwickelt man einen missionarischen Eifer und eine nervtötende Geschwätzigkeit, denn man hat Argumente genug, um andere überzeugen zu wollen. Wenn hingegen der Omo-Fan den Persil-Fan oder der Weintrinker den Biertrinker trifft, gilt die Regel, daß über Geschmack sich schlecht streiten läßt.

Statt »Kapitalismus oder Sozialismus« hieß die Gewissensentscheidung ums Jahr 1980 herum also »Jute oder Plastik«, und das war ein die Wesensgleichheit schon implizierender marginaler Unterschied. Denn zwei Personen müssen sich verteufelt ähneln, wenn die Hauptdifferenz zwischen ihnen die ist, daß die eine auf Wolle und die andere auf Baumwolle schwört. Warum also, so die Frage, nahm man die Bagatelle dermaßen tragisch, daß man von zwei Kulturen sprach? Gewiß hat dabei der Wunsch eine Rolle gespielt, Belanglosigkeiten in den Rang des Bedeutsamen zu erheben, aber der Bedarf an Bedeutsamkeit ist mit simplem Geltungsbedürfnis nicht zu erklären – hatte zuvor doch niemand die Kultur vermißt. Bis zum Ende der 60er Jahre war sie das Privatvergnügen der gebildeten Stände gewesen, Zeitvertreib einer kleinen Minderheit, deren Mitglieder obendrein zur Protestbewegung überliefen, die vom Theater und von der Literatur nicht etwa Kultur, sondern politische Parteinahme und politische Botschaften verlangte. Schon das Wort war verpönt, ein Schimpfwort fast. Wurde es überhaupt verwendet, dann in der Verbindung *Kulturrevolution*. Darunter verstand man nicht die Verbesserung der Kultur, sondern ihre Zerstörung im Interesse einer von traditionellen Zwängen, Vorstellungen, Sitten, Bräuchen, Tabus und Verhaltensregeln befreiten Gesellschaft.

Um so erstaunlicher also, daß anfangs der 80er Jahre in der Bundesrepublik plötzlich gleich zwei Kulturen in aller Munde waren und man nicht abfällig oder höhnisch, sondern ernsthaft und zustimmend davon sprach. Offenbar begann sich damals schon das Krisenbewußtsein zu regen, das in der Folgezeit die Herausbildung völkischer und chauvinistischer Bewegungen gefördert hat. Anscheinend ahnten oder spürten alle, daß es mit dem Kapital wieder mal zu Ende ging.

Für die Deutschen bedeutete dies, ein durch die Geschichte extrem kompromittiertes völkisches Bewußtsein revitalisieren zu müssen. Notwendig war daher ein Zwischenschritt. Statt den Kulturkampf gleich in die große Arena zu tragen, wurde er erst mal daheim vor dem Spiegel geübt. Von der deutschen Kultur im Unterschied zur fremdartigen oder artfremden hätte damals noch keiner zu reden gewagt, jeder hätte sonst den Braten gerochen. Von der alternativen und der etablierten Kultur zu sprechen, klang hingegen ganz harmlos und unverfänglich. Gab es einen des Nationalismus weniger verdächtigen Sport, als untereinander über den richtigen Lebensstil zu streiten? Nicht mal das Wort Nation kam darin vor.

Oft versteht man gesellschaftliche Phänomene in Deutschland nur, wenn man zwischen Inhalt und Form unterscheidet. Auf den Inhalt – alternativ gegen etabliert, Körnerfresser gegen Toastbrotfans – nämlich kam es damals erst in zweiter Linie an. Wichtiger war, die Form zu entwickeln und bestimmte Kategorien oder Denkweisen einzubürgern. Daß die Menschen sich vornehmlich nicht durch Reichtum und Macht, sondern durch Kultur unterscheiden, mußte allmählich zum Grundrauschen der Hirntätigkeit werden. War nun dieser Punkt erreicht, wurde es fürs Austauschen der Inhalte Zeit. Alternativ und etabliert waren schnell vergessen, deren Stelle nahm das Nationale ein – also statt alternativer und etablierter Kultur mehrere nationale Kulturen. Und was war denn schon dabei: Kann es Sünde sein, von der Kultur zu sprechen? Schließlich sprachen wir doch die ganze Zeit schon davon.

Erst also war der Lebensstil der Sirup und die Kultur war die Pille. Hatte man sich an den Geschmack gewöhnt, wurde die Kultur ihrerseits zum Sirup, und die Pille drin war die Nation. Damit war freilich die Katze noch immer nicht aus dem Sack. Statt von der eigenen Nationalkultur oder nationalen Identität sprach man erst mal von der anderen. Die der Juden, Roma, Sinti, Indianer, Palästinenser wurde nun entdeckt und erforscht. Jüdische, nicht deutsche Geschichte, Sitten, Bräuche faszinierten zunächst den Völkerkundler. Einen Zigeuner so zu nennen war verpönt, über Roma und Sinti Bescheid zu wissen Pflicht – gerade so, als müsse der andere mir seinen Ahnenpaß zeigen und als könne er von mir verlangen, daß ich mich für seine Privatangelegenheiten interessiere. Denn es ist seine Privatangelegenheit, welcher Religionsgemeinschaft oder Volksgruppe er sich aus welchen Gründen zurechnen zu können meint.

Damals, als die Zigeuner noch nicht deutschen Rasen verdreckten, sondern deutsche Herzen beglückten, die der Linken vornehmlich, die einen mit dem Dauergedudel von Häns'che Weiß-Platten nervten – damals schon roch der verbissene Folklore-Rummel stark nach Rassenkunde, aber er war ja angeblich so herzensgut gemeint. Hatten nicht gerade die von den Nazis als minderwertig eingestuften und deshalb verfolgten und ermordeten Völker verdient, daß die Deutschen nun ihnen, d.h. weniger den Menschen, aber ihrer Kultur, den nötigen Respekt erwiesen? Und kann man den Respekt gegenüber einem Volk besser zum Ausdruck bringen als dergestalt, daß man seine Musik liebt, seine Geschichte erkundet sowie seine Sitten und Bräuche studiert? Nun, hätten die Landsleute ihre eigene Geschichte besser gekannt, hätten sie gewußt, daß in den Schaltstellen der SS Deutsche saßen, die Geschichte des Judentums und Hebräisch besser konnten als die meisten Juden.

Vom Interesse an der fremden Kultur zum Interesse an der eigenen war es dann nur noch ein kleiner Schritt. Parallel zur Friedensbewegung, die den äußeren Feind identifizierte, nämlich die Deutschland mit ihren Atomraketen bedrohenden Supermächte, kam im Inneren die Suche nach der nationalen Identität in Schwung. Man dürfe die nationale Frage nicht den Rechten überlassen, sondern müsse sie selber stellen, tönte es von links. Begriffe wie Volk, Heimat, Vaterland galten nicht mehr als reaktionäre Lebenslügen, die immer falsch sind und bei den Deutschen außerdem verbrecherisch. Freimütig bekannten sich vielmehr die zum Patriotismus konvertierten Linken dazu, die damals tonangebend für das ganze Meinungsklima waren. Wenn wir vom jüdischen Volk und vom Volk der Sinti sprechen dürfen, warum denn dann vom deutschen nicht? Wenn die anderen auf ihre Kultur stolz sein dürfen – und wir ermuntern sie ja ausdrücklich dazu – , gilt dann für uns nicht gleiches Recht?

Nun war man zwar die Hemmungen los, aber man muß nicht nur wollen, sondern auch können. Sich zur Kultur des eigenen Volkes zu bekennen ist nicht leicht, wenn die Bevölkerung die eigene Muttersprache nicht richtig kann, eigentlich von jedweder Kultur keine Ahnung hat, meistens »Bild-Zeitung« liest, das eigene Essen nicht besonders mag, nicht mal ein richtiges Nationalgericht besitzt.

Doch auch dieses Problem wurde mit Hilfe des Tricks gelöst, im Falle verschiedener Konsumgewohnheiten von verschiedenen Kulturen zu sprechen. Exemplarisch war nämlich damit der Begriff fungibel geworden, also willkürlich applizierbar. Vorher: Wenn Zucker draufsteht, muß auch Zucker drin sein. Nachher: Wenn Zucker draufsteht, und Salz ist drin, müssen wir umdenken. Fortan ist Zucker das, was man in die Suppe streut. Was wie heißen soll, entscheide ich. Wenn ich im Falle von Hartbrotfans und Weichbrotfans von zwei Kulturen spreche, sind sie das. Das ist eben meine Definition von Kultur oder mein Verständnis von ihr. Mag schon sein, daß man früher anders dachte, aber daran bin ich nicht gebunden. Ich nämlich denke grundsätzlich alles um.

Diese Umdenkerei wäre nun ein reichlich irres, aber harmloses Gesellschaftsspiel, würden die Umdenker auch neue Wörter erfinden, statt die alten zu benutzen. Selbstverständlich tun sie das nicht, und der Effekt der Taschenspielerei ist, daß neue Inhalte alte Bedeutungen bekommen. Aller konventionellen inhaltlichen Bestimmungen entleert, hatte beispielsweise die Kultur doch ihre Bedeutung als eines Mittels zur Unterscheidung wesensverschiedner Gruppen von Menschen beibehalten, schließlich war der Name noch der gleiche. Nur die Notwendigkeit bestand nicht mehr, daß als wesensverschieden deklarierte Gruppen von Menschen sich hinsichtlich solcher Eigenschaften unterscheiden müssen, wie die meisten, wenn nicht alle Leute sie doch heute gar nicht erwerben können.

Traditionsgemäß versteht man unter Kultur – um aus einem philosophischen Lexikon zu zitieren – die Gesamtheit »der Leistungen und Werke eines Volkes«. Zweifellos schwingt in diesem Begriff, anders als im Begriff der Zivilisation, schon die völkische Relativierung mit, also die Unterscheidung nicht zwischen wahr und falsch oder gut und schlecht, sondern meinetwegen zwischen deutsch und undeutsch. Trotzdem steckt im Verweis auf die Leistungen und die Werke der Anspruch, daß die Kultur sich an einem objektiven Maßstab müsse messen lassen, und daß eben nicht alles, was an menschlichen Hervorbringungen existiert, deshalb auch schon Kultur und insofern gleichwertig ist. Zum Begriff der Kultur gehört die Unterscheidung zwischen primitiven Kulturen und Hochkulturen, wie zur Zivilisation die Unterscheidung zwischen Zivilisation und Barbarei gehört. Sinnvoll und möglich ist die Unterscheidung zwischen primitiven und Hochkulturen wiederum nur, wenn ich einen inhaltlich bestimmten Begriff von Kultur überhaupt besitze, demzufolge sie meinetwegen für den Menschen Verfeinerung seiner Sinne, Entwicklung seines Verstandes, Überwindung roher Begierden,

Versittlichung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse, Nutzbarmachung des Landes etc. bedeutet, kurzum: Emanzipation von den Zwängen und der Not des unmittelbaren Naturzusammenhangs.

Zu behaupten, daß man im gegebenen Fall es mit zwei verschiedenen Kulturen und durch sie geschiedenen Gruppen von Menschen zu tun habe, war also ursprünglich zwar ein gravierendes, folgenschweres Urteil. Gleichzeitig aber war es eines, das nicht absolut willkürlich gefällt werden konnte, sondern der Überprüfung standhalten mußte. Andere oder sich selbst einer bestimmten Kultur zuzurechnen, verhieß insofern kein ganz unbeschwertes Vergnügen, als dafür bestimmte Bedingungen erfüllt werden mußten. Denn ein Angehöriger der französischen oder deutschen Kultur, also sagen wir mal ein vollwertiger Franzose oder Deutscher, bin ich nur, wenn ich über die Leistungen und Werke meines Volkes zumindest dergestalt verfüge, daß ich sie wiedergeben kann. Nicht, daß ich als Deutscher unbedingt ein Goethe sein müßte, aber Goethe gelesen und davon auch was behalten haben, muß ich schon.

Bringt man dieses Argument in Diskussionen vor, so tritt immer jemand auf, der einem zu verstehen gibt, daß man ein bißchen hinter dem Mond sei und den wissenschaftlichen Fortschritt verschlafen habe. Das war einmal, sagt er beispielsweise, mittlerweile hätten die Reformer den Kulturbegriff entschlackt und modernisiert, heute würde er ganz anders definiert. Goethe und Mozart zu verlangen, sei altmodisch und elitär, keineswegs ginge die Kultur in den Vorstellungen auf, die das Bildungsbürgertum sich von ihr mache. Neben der bürgerlichen Kultur gebe es noch die bäuerliche oder die proletarische, eben die ganze Alltagskultur. An die Stelle des wertenden Kulturbegriffs sei der wertfreie der Ethnologen oder Kulturanthropologen gerückt. Alle regelhaft wiederkehrenden Verrichtungen sind demnach Kultur, ob ich nun jeden Abend meine Pellkartoffeln mit Salzhering vertilge und mich dann, vollgepumpt mit Kartoffelschnaps, auf den Strohsack werfe, oder ob ich jeden Abend ins Theater gehe und anschließend fürstlich dinieren kann. Ist im einen Falle eben die proletarische und im anderen die bürgerliche Kultur. Oder wenn die Menschenfresser Menschenfleisch essen, ist das eben ihre Kultur, keiner soll darüber rechten. Obendrein – und bei diesem besonders dummen Einwand hält der Fortschrittsmensch sich immer für besonders pfiffig – sei es schon falsch, überhaupt von *der* Kultur zu reden, wo doch heute jeder Laie weiß, daß es nur Kulturen gibt und der Fachmann zusätzlich die Subkulturen kennt. Oder hat einer schon mal *die* Banane gesehen, wo man in der Realität doch nur Bananen findet? Nicht bedacht hat der Pfiffikus freilich, daß ich die Banane schon im Kopf haben muß, um in der Realität bestimmte Gegenstände als Bananen identifizieren zu können.

Über die erkenntnistheoretischen Implikationen dieses modernisierten Kulturbegriffs könnte man noch lange lamentieren, und noch länger über den moralischen Wert einer Theorie, die so volkstümlich und menschenfreundlich daherzukommen scheint, wenn sie Armut und Elend zur mit jeder anderen gleichrangigen Kultur verklärt, auf die keiner verächtlich hinabblicken dürfe, was mit anderen Worten doch nur heißt, daß es gar nichts daran auszusetzen gibt, wenn der eine im Daunenbett und der andere unter der Brücke schläft – jedem Tierchen sein Pläsierchen, jeder Gruppe ihre Kultur.

Hier aber kommt es mir auf einen anderen Punkt an, auf den Trick nämlich, den Inhalt des Begriffs der Willkür preiszugeben, ihn zur Definitionsfrage zu erklären, und gleichzeitig das Wort mit seinem Nimbus beizubehalten. Was Kultur ist, und wann zwei Kulturen verschieden sind, bestimme dann nach Maßgabe meiner subjektiven Interessen ich, da ich die absolute Definitionsmacht besitze. Ich sage beispielsweise, die aus Rumänien zugewanderten Zigeuner besäßen eine von der deutschen verschiedene Kultur, weil sie mit der Toilettenspülung nicht umzugehen wissen. Vollkommen berechtigt und keineswegs diskriminierend ist diese Entscheidung im Sinne der Kulturanthropologie, die von den Subjekten ja nicht verlangt, daß das eine die 60.000 Schriftzeichen der chinesischen Hochsprache beherrsche und das andere eine fundierte humanistische Bildung besitze, damit man von zwei verschiedenen Kulturen sprechen kann. Wichtig ist nur die Regelhaftigkeit, aufs Klo geht der Mensch ziemlich regelmäßig, und wie er’s macht, das ist dann eben ein Element der Alltagskultur, das zur Unterscheidung zwischen verschiedenen Kulturen so gut taugt wie jedes andere, wenn auch das Erlernen der chinesischen Schriftzeichen oder der Erwerb einer humanistischen Bildung 20 Jahre dauert und die Unterweisung im Umgang mit dem Druckspüler vielleicht 20 Sekunden.

Damit ich meine Entscheidung treffen kann, wie es mir gefällt, relativiere ich also den Kulturbegriff erst mal bis zur Bedeutungslosigkeit, nenne die Ansprüche, die man früher an ihn stellte, elitär, und behaupte, er diene lediglich der Klassifikation und beinhalte keine Wertung. Wenn die Entscheidung aber gefallen ist, hat sie plötzlich nicht mehr den Charakter eines bloßen Klassifizierens oder bloß subjektiven Beliebens. Dann schlägt der Begriff mit der Wucht seiner ganzen Bedeutungsschwere zu, die er in Deutschland traditionsgemäß besitzt. Die andere Kultur ist dann nicht mehr bloß die andere, sondern die fremde, und die fremde ist nicht mehr bloß die fremde, sondern die inferiore. Obwohl die Einheimischen nichts, nicht mal die eigene Sprache, so gut können, daß ein Ausländer sie nicht in zwei Jahren einholen und übertreffen könnte; obgleich sie also, gemessen an einem emphatischen Begriff von Kultur, eigentlich kulturlose Barbaren sind, rechnen sie selber sich einer Hochkultur zu, welche sich von der primitiven der zugewanderten rumänischen Zigeuner unterscheidet, und berufen sich dabei auf ihre Fähigkeit, im Klo den richtigen Hebel zu drücken.

Die Voraussetzungen für diesen Irrsinn, nämlich die Entleerung des Kulturbegriffs von einem bestimmten Inhalt, wurden in der Bundesrepublik eben damals geschaffen, als die Medien, prominente Politiker und natürlich die Alternativen selbst den Begriff zur Kennzeichnung zweier Gruppen verwandten, die alle beide nichts von dem besaßen, was Kultur einmal hieß.

Die Folge davon, daß Kultur nun alles und jedes bedeuten konnte und es im Belieben der einzelnen stand, sich mit dem Prädikat zu schmücken, war eine sensationelle Kulturvermehrung. Lange bevor die multikulturelle Gesellschaft gefordert wurde, gab es sie schon dergestalt, daß neben den im Zitat bereits genannten Kulturen auch noch die Unternehmenskultur, die Streitkultur, die Diskussionskultur, vermutlich auch die Armutskultur und gottweißwieviele andere Kulturen existierten.

Die zentrale Lüge des Geredes von den verschiedenen Kulturen besteht also darin, daß es Einwanderer zu Angehörigen einer anderen Kultur erklärt, obgleich diese Einwanderer sich in allen Dingen von Belang überhaupt nicht von den Einheimischen unterscheiden müßten. Wenn sie es doch tun, liegt das nicht an ihrer Herkunft, sondern an den Bedingungen im Einwanderungsland, an den Erwartungen nämlich, die man in der Bundesrepublik an die Einwanderer richtet. Weil sie als Einwanderer nicht akzeptiert werden, sondern Ausländer bleiben sollen, müssen sie hier die Exoten spielen. Spanier müssen, wenn die Deutschen sie mal mögen sollen, Flamenco tanzen, was sie wie die meisten Spanier in ihrem Herkunftsland ebensowenig taten, wie unter Ihnen vermutlich jemand jodelt, obgleich wir hier in Bayern sind. Wenn das Verständnis der Deutschen für die Ausländer geweckt werden soll, müssen letztere eine Folklore-Show und Spezialitäten vom Grill servieren, weil die Deutschen ihr Vorurteil bestätigt haben möchten, daß die Ausländer anders sind als sie. Nur begreiflich, daß dann Einwanderer in der Bundesrepublik manchmal so türkisch werden, wie sie in der Türkei nie gewesen waren und die hochmoderne türkische Oberschicht überhaupt nicht ist.

Denn in keinem der Herkunftsländer von Einwanderern dominiert noch unangefochten eine auf Tradition basierende geschlossene Lebensform mit festen Sitten, Bräuchen, Trachten, Festen, was schon daraus ersichtlich wird, daß diese Länder zu Auswanderungsländern geworden sind. Wenn eine Gesellschaft ihre Mitglieder nicht mehr halten, beschäftigen und ernähren kann, steckt sie selber in einem krisenhaften Umbruch, welcher von der materiellen Produktion bis zu den Lebensgewohnheiten sämtliche Sphären erfaßt. Während man die Einwanderer zum Festhalten an einer fiktiven Tradition unter dem Vorwand animiert, sie sollten Verbindung zur Heimat halten, ändern sich dort die Verhältnisse schneller als hier. Anpassungsprobleme haben die Menschen dann in jedem Fall, ob sie auswandern oder im Land bleiben, das gewaltigen Umwälzungen unterworfen sein wird. Nirgendwo, schon gar nicht im Herkunftsland, werden sie die Bedingungen wiederfinden, unter denen sie aufgewachsen, und mit denen sie vielleicht vertraut geworden sind. Fremdheit ist heute keine geographische Kategorie, sondern eine soziale. Überall bricht sie nicht von außen herein, sondern von innen hervor.

Soziale Randgruppen wie Obdachlose, Trebegänger, Drogenabhängige, sonderbare Jugendsekten, Esoteriker und andere Spinner werden von der Gesellschaft nicht importiert, sondern produziert. Was das Erscheinungsbild und die Sitten der Einwanderer betrifft, die je nach Geschmack die Einheimischen verstören oder ihre Kultur bereichern sollen, so müssen das Erscheinungsbild und die Riten rein deutschstämmiger Hare-Krishna-Jünger, Pfälzer Punker oder badischer Skinheads beim Normalverbraucher entweder die größere Verstörung bewirken, oder sie sind der größere Kulturgewinn. Wer das Fremde sucht, kann es ganz in der Nähe finden. Oft sieht der eigene Sohn oder die eigene Tochter mit dem violetten Büschel auf dem kahlgeschorenen Kopf drolliger aus als der Wilde in Kriegsbemalung aus dem Bilderbuch. Noch leichter geht es, wenn man einfach in den Spiegel schaut. Da kann man, vor allem morgens, manche Überraschung erleben.

Nur weil jede nationale Besonderheit heute Folklore ist und Folklore ein Konsumartikel, kann für die Einwanderer geworben werden mit dem unappetitlichen Raffer-Argument, ihre Kultur würde die hiesige bereichern. Andernfalls müßte dies Versprechen von ausnahmslos jedem als Drohung empfunden werden, deshalb nämlich, weil jeder schon von der Kultur des eigenen Landes hoffnungslos überfordert ist und er kaum Wert darauf legen kann, daß nun zusätzlich zu den ungelesenen deutschen Klassikern auch noch die ungelesenen türkischen Klassiker auf sein Gewissen drücken. Und nur, weil man nicht Kultur, sondern anspruchslose Unterhaltung will, kann man den normalen Einwanderer aus Anatolien für einen Kulturbotschafter halten, was er ebenso wenig ist, wie wir es wären, forderten uns in Melbourne die Einheimischen dazu auf, im Trachtenjanker einen Schuhplattler aufs Parkett zu legen, danach Beethoven auf dem Klavier zu spielen und zum Abschluß ein paar Goethe-Gedichte aufzusagen. Jeder weiß auch, daß die vermeintlichen kulinarischen Spezialitäten der Einwanderer von Paella bis Pizza heute internationales Fastfood sind, weil sie früher das Armeleuteessen waren, also schnell und billig herzustellen sind.

Weil die Verlogenheit des Kulturgeredes so offenkundig ist, daß man sich beim Aufdecken und Aufdröseln dieser Verlogenheit fast ein bißchen dumm vorkommt – deshalb auch, weil man den anderen vermutlich nur erzählt, was die schon wissen; weil also Irrtum ziemlich ausgeschlossen ist, kommt man zwangsläufig auf die Frage zurück, welcher Sinn hinter dem Vorsatz steckte.

Ein Motiv wurde schon genannt, nämlich die Befürwortern und Gegnern der multikulturellen Gesellschaft, d.h. »Republikanern« und »Grünen«, gemeinsame Absicht, die in der Bundesrepublik lebenden Einwanderer als Angehörige einer fremden Kultur zu betrachten, was logischerweise zur Forderung »Ausländer raus« führen muß. Wird nämlich Einwanderern das Recht zugestanden, daß sie gruppenweise die tradierten Sitten und Bräuche gegen neue Einflüsse verteidigen, so ist nicht einzusehen, warum den Deutschen dies Recht im eigenen Land vorenthalten werden soll und

Oberammergauer bei sich eine islamische Gemeinde dulden müssen. Ferner erfüllt das Lancieren einer Debatte über die multikulturelle Gesellschaft natürlich den Zweck, von den wirklich entscheidenden ökonomischen und politischen Problemen abzulenken. Für Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern zu werben oder letztere rauszuekeln, ist eben billiger als die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Erklärungen ähnlicher Art ließen sich noch einige finden, doch wirken sie alle ein wenig an den Haaren herbeigezogen und vordergründig. Man versteht nicht ganz, warum die Landsleute sich auf das Spiel mit den Ausländern überhaupt eingelassen haben, schließlich hat das von ihnen keiner verlangt, und die Wirtschaftschaft hätte periodischen Mangel an Arbeitskräften auch überstanden. Fast könnte man glauben, der ganze Aufwand, Ausländer ins Land zu holen, um sie dort wie unerwünschte Fremde zu behandeln, habe lediglich der Vorbereitung des heutigen Zustands gedient. Wem der freilich nützen soll, bleibt ein Rätsel.

PS.: Am 7. Oktober 1992 meldete die »FAZ«, Bundesfamilienministerin Merkel habe sich dafür ausgesprochen, »Völkerkunde zum regulären Unterrichtsfach in den Schulen zu erheben. Auf diese Weise sollten andere Kulturen für junge Menschen faßbar gemacht werden.« Der Einwand, daß Völkerkunde nur ein anderer Name für Rassenkunde sei, sticht deshalb nicht, weil Aussehen, Mimik, Gebaren und Kleidung von Ministerin Merkel den aufklärerischen Gedanken dementieren, welcher die Gleichsetzung von Rassenkunde und Völkerkunde zu einer Kritik an der letzteren macht. Jeder öffentliche Auftritt der Ministerin beweist, daß »die deutsche Frau« keine Erfindung deutschfeindlicher Propaganda ist.

Vortrag, gehalten auf der Tagung »Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und das Europa von morgen«, die am 3. Oktober 1992 in der Münchner Volkshochschule stattfand

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 10/92 über das Pogrom von Rostock

Konkret 11/92, S. 17

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« X

Zehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Donnerstag, 10.9.1992

In Quedlinburg/Sachsen-Anhalt greifen 100 Jugendliche mit Steinen und Brandsätzen ein Asylbewerberheim an. 200 Anwohnerinnen und Anwohner sehen zu und klatschen Beifall. Es ist die dritte ausländerfeindliche Nacht in Folge. Am frühen Morgen werden Schüsse auf die Unterkunft abgegeben.

Das Amtsgericht Rostock verurteilt einen 18jährigen Rostocker, der an den Krawallen Ende August beteiligt war, zu neun Monaten Jugendstrafe ohne Bewährung, ein zweiter Jugendlicher erhält ein Jahr Haft auf Bewährung, vier weitere Jugendliche werden zu Jugendarrest verurteilt, der durch die Untersuchungshaft abgegolten ist. Weitere 23 Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Gegen elf Beschuldigte wird die Aburteilung in beschleunigten Verfahren beantragt.

In Güstrow-Bochorst/Mecklenburg-Vorpommern bewerfen Unbekannte mit Steinen und anderen Wurfgeschossen ein Asylbewerberheim.

Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern.

Freitag, 11.9.1992

Die Cottbusser Staatsanwaltschaft teilt mit, daß das Jugendschöffengericht Forst acht Jugendliche, die im August 91 an einem Überfall auf ein Wohnlager rumänischer Asylbewerber beteiligt waren, zu Jugendstrafen auf Bewährung verurteilt hat.

Das Bezirksgericht Frankfurt/Oder verurteilt vier Jugendliche zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und vier Jahren wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge. Ein fünfter Angeklagter, dem eine direkte Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, erhält eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wird. Im November 1990 war der Angolaner Antonio Amadeu in Eberswalde von den Angeklagten zu Tode geprügelt worden.

Das Asylbewerberheim in Quedlinburg/Sachsen-Anhalt wird erneut von Rechtsradikalen angegriffen.

Samstag, 12.9.1992

In Güstrow/Mecklenburg wird das Asylbewerberheim erneut angegriffen. Jugendliche bewerfen das Gebäude mit Steinen.

Im Hamburger Villenvorort Ohlstedt verhindern die Eltern von Grundschülern die Aufstellung von Wohncontainern für Flüchtlinge neben einem Schulhof.

In Quedlinburg/Sachsen-Anhalt wird zum fünften Mal ein Wohnheim für Asylbewerber angegriffen. Drei Teilnehmer einer Mahnwache werden verletzt. Die Polizei nimmt 41 Personen fest.

In Stahnsdorf bei Potsdam kommt es zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und 30 Rechtsradikalen, die sich vor einem Asylbewerberheim versammelten.

In Jüterbog und Potsdam kommt es zu Ausschreitungen vor mehreren Asylbewerberheimen. Neun Personen werden festgenommen.

In Dippoldiswalde bei Dresden attackieren 20-40 Personen die Asylbewerberunterkunft. Nachdem sie die Unterkunft mit Steinen beworfen hatten, stürmen sie das Gebäude. Die Flüchtlinge hatten sich rechtzeitig in den nahen Wald gerettet. Es werden zwölf Personen festgenommen.

In Hembsbach bei Heidelberg werden zwei Kinder bei einem Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft verletzt. Die Täter hatten einen Molotow-Cocktail durch das Fenster des Zimmers geschleudert, in dem die Kinder schliefen.

In Zettau werfen Rechtsradikale einen Kanister mit 2,5 Litern Benzin auf die Treppe eines Flüchtlingsheims. Das Feuer kann gelöscht werden.

Sonntag, 13.9.1992

Eine Asylbewerberunterkunft in Uhrin-Göhlsdorf/Brandenburg wird beschossen. Nach Steinwürfen auf eine andere Unterkunft nimmt die Polizei zwei Tatverdächtige fest.

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft im Landkreis Eisenach/Thüringen.

In Mühlhausen/Thüringen wird ein polnischer Asylbewerber in seinem Zimmer überfallen und ausgeraubt.

In Perleberg, Guben und Prenzlau kommt es zu Ausschreitungen vor Ausländerheimen.

Im Kreis Perleberg greifen Jugendliche mit Steinen und Feuerwerkskörpern die dortigen Asylbewerberunterkünfte an.

In Martensdorf bei Stralsund werfen Rechtsradikale mehrere Fensterscheiben eines Asylbewerberheims ein.

Die Asylbewerberunterkünfte in Luchen, Boizenburg, Göhlsdorf, Hohenseefeld, Lauchhammer und Frankfurt/Oder werden angegriffen und mit Steinen beworfen.

Montag, 14.9.1992

Eine Rohrbombe in einem Asylbewerberheim in Saarlouis wird nach einer anonymen Warnung kurz vor der Explosion entschärft. Die Bombe, die nach Ermittlungen des Bundeskriminalamtes mit knapp einem Kilo gewerblichem Sprengstoff gefüllt war, hätte bei ihrer Explosion die gesamte Unterkunft in die Luft gesprengt.

Die in Quedlinburg untergebrachten Asylbewerber werden nach mehreren Nächten ausländerfeindlicher Krawalle auf Veranlassung des Innenministers von Sachsen-Anhalt an einen unbekannten Ort umquartiert.

In Waldgassen/Saarland wird ein Brandanschlag auf eine von Aussiedlern aus Rußland bewohnte Mühle verübt.

In Hannover-Misburg wird die Asylbewerberunterkunft von jugendlichen Rechtsradikalen angegriffen. Sie grölen ausländerfeindliche Parolen und werfen mit Flaschen und Steinen Fensterscheiben ein.

In Neustadt-Eilwese bei Hannover brennt ein Hotel aus, in dem der Eigentümer Asylbewerber unterbringen wollte.

In Emden, Garbsen, Osnabrück und Neu Wulmstorf werden Anschläge auf Flüchtlingsheime verübt.

Dienstag, 15.9.1992

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Dresden.

Brandanschlag auf ein von 300 Asylbewerbern bewohntes Heim in Wismar durch eine Gruppe von 30 mit Eisenstangen bewaffneten Jugendlichen.

Wegen Beteiligung an den ausländerfeindlichen Krawallen in Rostock wird ein 34jähriger zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt.

In Wismar greifen ca. 30 Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen, Eisenstangen und Brandsätzen an. Sie können nur durch massiven Polizeieinsatz an der Erstürmung des Gebäudes gehindert werden. Es werden 11 Personen festgenommen.

In Mückeln/Sachsen-Anhalt dringen zwei Männer in die Wohnung einer jugoslawischen Familie ein und mißhandeln drei Kinder unter »Ausländer raus«-Rufen mit Fußtritten.

Drei Wochen nach den Krawallen von Rostock-Lichtenhagen ist ein Steinewerfer zu acht Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Amtsgericht Rostock sah Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall und versuchte Körperverletzung als erwiesen an.

In Dresden wirft eine Gruppe von Jugendlichen Brandsätze gegen ein Asylbewerberheim. Vier Tatverdächtige werden festgenommen.

Mittwoch, 16.9.1992

Die Londoner Musikgruppe »Raw Material« sagt ihre Deutschland-Tournee wegen der rassistischen Gewalttaten gegen Ausländer ab.

Bombenanschlag auf ein Asylbewerberheim in Bad Waldsee bei Ravensburg.

In Gerstungen/Thüringen schießt ein Unbekannter auf das Asylbewerberheim.

In Wismar wird das Asylbewerberheim erneut angegriffen. Die ca. 40 Rechtsradikalen rufen rassistische Parolen, werfen Steine und zertrümmern Gehwegplatten.

Donnerstag, 17.9.1992

Laut Angaben des Bundeskriminalamts wurden 1992 bereits 2.220 Straftaten gegen Ausländer begangen. 1991 waren es insgesamt 2.450. Die Gewalt gegen Ausländer habe sich »qualitativ verschärft«, deutlich sei eine Tendenz zur Brutalisierung und eine Steigerung der Gefährlichkeit der Angriffe.

Bei Angriffen auf das Asylbewerberheim in Wismar/Mecklenburg werden acht Jugendliche vorübergehend festgenommen. Es ist der dritte Angriff auf die Unterkunft in unmittelbarer Folge.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Zenitz/Vorpommern.

Generalbundesanwalt Alexander von Stahl sieht trotz der Gewaltwelle Rechtsradikaler derzeit keine Gefahr für den Staat durch rechtsterroristische Vereinigungen. Es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß die Gewalt gesteuert werde.

In Gerstungen bei Eisenach gibt ein Unbekannter zwei Schüsse auf dem Hof des Asylbewerberheims, offenbar in die Luft, ab.

Freitag, 18.9.1992

Erneuter Angriff von etwa 30 rechten Schlägern auf das Asylbewerberheim in Wismar/Mecklenburg. Zwei Personen werden festgenommen. Seit Montagabend sind damit insgesamt 46 Jugendliche in Gewahrsam genommen worden.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Nußloch/Rhein-Neckar-Kreis.

Samstag, 19.9.1992

In Bremerhaven schlagen 17-19jährige zwei afghanische Asylbewerber mit Zaunlatten so zusammen, daß diese ins Krankenhaus müssen.

Mehrere hundert Rechtsradikale greifen das Asylbewerberheim in Wismar an, schleudern faustgroße Steine und Feuerwerkskörper gegen die Polizei. Nur mit dem Einsatz von zwei Hundertschaften können die Randalierer abgewehrt werden. Dies war der sechste und brutalste Angriff auf das Asylbewerberheim in Folge.

Brandanschläge gegen Asylbewerberheime in Hessen und Bayern.

In Altlandsberg/Brandenburg wird ein Brandanschlag auf ein von einem Türken geführtes Lebensmittelgeschäft verübt. Der Verkäufer erleidet Verbrennungen dritten Grades.

Sonntag,20.9.1992

Erneuter Angriff von Jugendlichen auf das Ausländerheim in Lychen/Brandenburg.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Geisenheim/Rheingau-Taunus-Kreis.

In Großhadern wird die Baustelle eines Container-Lagers für Asylbewerber in Brand gesteckt.

In Urberach/Rödermark werden die Fensterscheiben eines Hotels, in dem Asylbewerber untergebracht sind, von Rechtsradikalen eingeworfen.

Montag, 21.9.1992

Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Rödermark-Urberach/Kreis Offenbach.

Erneute ausländerfeindliche Ausschreitungen durch 60 Jugendliche in Wismar. Neun Personen werden festgenommen.

In Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern werfen Unbekannte Steine gegen das Flüchtlingsheim.

In Schwerin nimmt die Polizei drei Jugendliche aus einer Gruppe fest, die vor der dortigen Asylbewerberunterkunft randaliert.

In der Stadt Brandenburg greifen 25 rechtsradikale Skinheads eine Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus an.

In Lübbenau/Brandenburg nimmt die Polizei zwei Jugendliche fest, die mit Steinen die Scheiben eines Asylbewerberheimes zerstört haben.

Auf der Kirmes von Herborn-Seelbach/Lahn-Dill-Kreis kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen deutschen und türkischen Kirmesbesuchern.

Der im Iran geborene Bezirksverordnete der Grünen/AL in Berlin-Neukölln gibt nach tagelangem Telefonterror aus Angst vor rassistischen Angriffen sein Mandat zurück.

In Geisenheim/Rheingau-Taunus-Kreis wird erneut ein Brandanschlag auf eine Ausländerunterkunft verübt.

Dienstag, 22.9.1992

Das seit einer Woche von Jugendlichen attackierte Asylbewerberheim in Wismar/Mecklenburg-Vorpommern soll nach einer Übereinkunft des Schweriner Innenministeriums und des Landtages geräumt werden. Die rund 200 Asylbewerber werden in eine Unterkunft außerhalb der Stadt verlegt.

Das Bezirksgericht Potsdam verurteilt vier Jugendliche, die am 2. Mai 91 zwei Namibier in einem Wohnhaus angegriffen und einen vom Balkon im 4. Stock gestürzt hatten, zu Jugendhaftstrafen zwischen zweieinhalb und sechseinhalb Jahren.

Mittwoch, 23.9.1992

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Berlin-Marzahn.

Brandanschlag auf ein von kurdischen Asylbewerbern bewohntes Haus in Saarwellingen/Saarland.

In den dreieinhalb Wochen nach den Krawallen in Rostock wurden in Baden-Württemberg nach Angaben von Innenminister Birzele 12 Brandanschläge, vier Angriffe gegen Ausländer und 54 »sonstige fremdenfeindliche Straftaten« registriert.

Donnerstag, 24.9.1992

Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Poching im niederbayerischen Landkreis Passau.

In Berlin-Kreuzberg wird ein 27jähriger Israeli in einem Hausflur niedergestochen. Er stirbt trotz sofortiger Operation.

In Berlin bedrohen mit Klappmessern, Eisenstangen und Bierflaschen mit abgeschlagenen Böden bewaffnete Skinheads vier Asylbewerber aus Jugoslawien.

Samstag, 26.9.1992

In Kröpelin bei Rostock kommt es zu schweren Krawallen, als 30-40 rechtsradikale Jugendliche versuchen, eine Asylbewerberunterkunft mit Steinen und Brandflaschen zu stürmen. Die Polizei nimmt zwei Jugendliche fest.

In Ziegendorf bei Parchim richten Rechtsradikale bei einem Angriff auf ein Asylbewerberheim erheblichen Sachschaden an, indem sie Türen und Fenster zertrümmern.

In Eichberg bei Parchim verüben Rechtsradikale einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. Das Feuer kann durch die Bewohner gelöscht werden.

In Beeskow bei Frankfurt/Oder greifen zehn Jugendliche einen mit Polen besetzten Bus an.

In Karow/Mecklenburg-Vorpommern überfallen Rechtsradikale ein Aussiedlerheim und werfen Scheiben ein.

Samstag/Sonntag, 26./27.9.1992

In der Kreisstadt Lübben werden Denkmäler mit nazistischen Parolen beschmiert.

Sonntag, 27.9.1992

In Henning/Sachsen-Anhalt werfen Unbekannte sechs Brandsätze auf ein Asylbewerberheim.

In Gersthofen bei Augsburg werfen Rechtsradikale einen Brandsatz und Steine auf ein Asylbewerberheim, in dem 30 Vietnamesen untergebracht sind.

In Obernkirchen im niedersächsischen Kreis Schaumburg wird eine 19jährige Rumänin am Kopf verletzt, als Steine durch die Fenster einer Asylbewerberunterkunft geworfen werden.

In Langenhagen bei Hannover wird in einem Zeltdorf für Asylbewerber ein Brand gelegt. Die Bewohner können den Brand löschen.

Montag, 28.9.1992

In Cottbus wird die Landesstelle für Aussiedler Ziel eines Brandanschlags.

In Mannheim-Schönau werfen zwei Männer einen mit Benzin getränkten Autoreifen auf das Gelände der Landesunterkunft für Asylbewerber. Der Brand kann durch einen Wachmann gelöscht werden.

Dienstag, 29.9.1992

In Bornim bei Potsdam wird ein Brandanschlag auf ein Aktenarchiv der Treuhand verübt. Polizei und Behörden gehen davon aus, daß die Täter das benachbarte Asylbewerberheim treffen wollten, aber die Gebäude verwechselt haben.

Gegen ein Asylbewerberheim in Eberswalde/Brandenburg wird eine Bombendrohung ausgesprochen.

In Maintal-Bischofsheim/Main-Kinzig-Kreis wird ein Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft verübt. Zwei Männer bewerfen das Gebäude mit Glühbirnen und Steinen, geben Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab und rufen ausländerfeindliche Parolen.

In Wiesbaden wird ein 25jähriger Asylbewerber aus Bangladesh von vier Männern zwischen 23 und 25 Jahren aus einer Telefonzelle gezerrt, getreten und seines Ausweises und seiner Aufenthaltsberechtigung beraubt.

Mittwoch, 30.9.1992

Brandanschlag auf die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen. Die sog. »Jüdische Baracke« brennt nieder.

Samstag, 3.10.1992

In Berlin-Lichtenberg wird ein Anschlag auf den Sitz des Vereins zur Förderung von Immigranten aus der Sowjetunion verübt. Die Räume und Telefonleitungen werden zerstört und mehrere technische Geräte gestohlen.

In Erzhausen bei Darmstadt werden sechs Brandsätze auf das Gelände der Asylbewerberunterkunft geworfen..

In Wixhausen bei Darmstadt wird von den gleichen Tätern ein polnischer Reisebus angezündet, der vollständig ausbrennt.

Sonntag, 4.10.1992

In Höhnstedt in Sachsen-Anhalt greifen vier Unbekannte ein Wohnheim für polnische Arbeiter mit Betonplatten an. Sie zerstören mehrere Fenster und die Tür des Gebäudes. Die 50 Bewohner des Heimes bleiben unverletzt.

In Greifswald-Ladebow in Mecklenburg-Vorpommern werden zwei Brandsätze auf das Asylbewerberheim geworfen. Das Feuer kann rechtzeitig gelöscht werden.

In Saalfeld/Thüringen nimmt die Polizei 13 Skinheads fest, die einen Anschlag auf das dortige Asylbewerberheim planen.

In Bad Brückenau/Kreis Bad Kissingen wird ein Brandanschlag mit mehreren Molotow-Cocktails auf ein Asylbewerberheim verübt. Das Feuer kann von den Heimbewohnern gelöscht werden.

In Zehdenick bei Berlin wird ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verübt. Zudem wird das Auto eines Heimbewohners in Brand gesetzt.

Montag, 5.10.1992

Das Bundesamt für Verfassungsschutz teilt mit, daß in diesem Jahr bereits vier Ausländer und sechs Deutsche von erwiesenen und mutmaßlichen rechtsextremistischen Gewalttätern getötet wurden. 1991 wurden drei Ausländer von diesem Täterkreis umgebracht. Auch die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Brandanschläge hat deutlich zugenommen. Sie lag 1991 bei 383, liegt in diesem Jahr bereits bei 405. Insgesamt wurden 1992 1.296 Gewalttaten verübt.

In Keez in Mecklenburg wird ein Asylbewerberheim angegriffen. Dabei wird einem Rumänen das Nasenbein gebrochen.

In Mitteldorf/Dresden wird aus einem fahrenden PKW ein Brandsatz durch ein offenes Fenster des Asylbewerberheimes geworfen. Verletzt wird niemand.

In Iserlohn/NRW wird ein Brandanschlag auf eine Ausländerunterkunft verübt.

In Wuppertal werfen Skinheads die Fenster einer griechischen Schule ein.

In Vettelschloß/Westerwald wird ein Asylbewerberheim aus Angst vor einem Angriff von Skinheads durch die Polizei geräumt.

Mittwoch, 7.10.1992

In Köthen bei Magdeburg wird ein Deutscher von Skinheads zusammengeschlagen und mit Messerstichen verletzt, weil sie ihn für einen Ausländer halten.

In Frankfurt/Main wird ein Marokkaner bei der Überprüfung seiner Personalien durch die Schutzpolizei mißhandelt.

Donnerstag, 8.10.1992

Im Prozeß um die Tötung eines Vietnamesen hat die Berliner Schwurgerichtskammer einen 22jährigen zu vier Jahren und sechs Monaten Haft wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt.

Freitag, 9.10.1992

In Mellendorf im Landkreis Hannover wird ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber verübt. Die Brandsätze verursachen leichten Sachschaden.

In Wiesbaden wird ein Schüler wegen seines asiatischen Aussehens mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft, getreten und durch Messerstiche verletzt.

In Darmstadt wird nach Anschlägen auf ein Asylbewerberheim und einen polnischen Bus gegen drei Männer wegen versuchten Mordes und Brandstiftung Anklage erhoben.

Samstag 10.10.1992

In Jüterbog werfen Skinheads Steine und Nebelkerzen gegen das Asylbewerberheim.

In Goldberg/Mecklenburg demonstrieren 500 Menschen gegen die Einrichtung einer zentralen Asylbewerberunterkunft.

In Thüringen werfen Jugendliche Steine aus einem fahrenden Personenzug auf das Asylbewerberheim bei Elgersburg.

Sonntag, 11.10.1992

In Remplin/Kreis Teterow werfen fünf Jugendliche Molotow-Cocktails auf die Flüchtlingsunterkunft. Es entsteht Sachschaden.

In Hinrichsfelde/Kreis Malchin werden die Fensterscheiben der Flüchtlingsunterkunft eingeworfen.

In Friedland/Kreis Neubrandenburg wird das Asylbewerberheim mit Steinen angegriffen.

In Großräschen/Niederlausitz verüben Rechtsradikale einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft.

In Grebertwolknitz bei Leipzig wird das Flüchtlingswohnheim mit Steinen beworfen.

In Meißen schießen Unbekannte, vermutlich mit einem Luftgewehr, auf die Asylbewerberunterkunft.

In Wiebelskirchen/Saarland werden Brandsätze in den Eingang einer Asylbewerberunterkunft geworfen. Es entsteht Sachschaden.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember 1991

Konkret 11/92, S. 20

Oliver Tolmein

»Euthanasie geprobt«

Die von deutschen Akademikern engagiert betriebene »Euthanasie«-Debatte zeitigt Folgen: In Stendal haben Rechtsradikale eine Behindertenschule überfallen

»Polizei stellt sich auf Gewalt-Wochenende ein« – nichts Neues also, im Westen nicht und im Osten erst recht nicht. So routiniert, wie das nächste Hoch und den letzten Stau, vermelden die bundesdeutschen Medien mittlerweile Tag für Tag Gewalttaten gegen Ausländerinnen und Ausländer, daß das Besondere im schrecklichen Allgemeinen zu verschwinden droht und neue Entwicklungen, keineswegs zum Besseren, gar nicht oder kaum zur Kenntnis genommen werden. Der von den Agenturen Mitte September gemeldete »brutale Überfall auf eine Klasse von Lernbehinderten« in Stendal, bei dem vier Rechtsradikale mehrere Schüler und Schülerinnen geschlagen und zwei behinderte junge Frauen so schwer verletzt haben, daß sie ins Krankenhaus mußten, schien den meisten Medien tags darauf nicht berichtenswert.

So roh sind die Verhältnisse hierzulande – so selektiv funktionieren aber auch Nachrichtenauswahl und politische Wahrnehmung: Es wird geredet und geschrieben, worüber alle reden und was sich die Bonner Politik als Thema zu eigen macht. Und das sind derzeit eben Attacken gegen Ausländerinnen und Ausländer, die nützlich sind, das Grundrecht auf Asyl weiter zu demontieren. Behindertenfeindliche Aggressionen interessieren derzeit nicht.

Einen guten Grund dafür gibt es nicht. Denn während die Stendaler Täter – ihrer Zeit noch voraus wie einstmals die, die in den achtziger Jahren Flüchtlingen das Dach über dem Kopf ansteckten – »Euthanasie geprobt (haben)« (»Süddeutsche Zeitung«), machen sich bundesdeutsche Akademiker auf zivilem Weg mit strafrechtlich nicht zu ahndenden Mitteln daran, die Normalisierung weiterer Verbrechen vorzubereiten.

Ein furchtbarer Richter in Flensburg hat einer deutschen Urlauberfamilie Schadensersatz zugesprochen, weil sie im Urlaub in ihrem Hotel den Speisesaal unter anderem mit Behinderten teilen mußte. Die Reise sei deswegen »mit Mängeln behaftet« gewesen – die Kläger, die behaupteten, »der Anblick war ekelerregend und beeinträchtigte das Wohlbefinden«, seien »untypischerweise in einem ungewöhnlichen Maße« an die Möglichkeiten menschlichen Leidens erinnert worden. Und erinnern lassen müssen Deutsche sich heutzutage an nichts mehr.

Nachdem vor zwölf Jahren der Richter am Landgericht Frankfurt a.M. Otto Tempel ein ähnliches Urteil gesprochen hatte, war ein allgemeiner Sturm der Entrüstung losgebrochen: Vom hessischen Justizminister über die Kommentatoren in fast allen juristischen Fachzeitungen, die Berichterstatter in den Medien bis zu den Vertretern der Behinderteninitiativen gaben sich alle einig, daß das Urteil die Grundrechte Behinderter verletzt habe. Bei einer Demonstration gegen den Richterspruch gingen mehr als 5.000 Menschen auf die Straße.

Das Flensburger Behinderten-Urteil wurde dagegen ähnlich reserviert aufgenommen wie kurz zuvor der Überfall auf die Stendaler Behinderten-Schule. Außer einigen Vertretern von Behinderteninitiativen und dem Behindertenbeauftragten des Bundestages fühlte sich niemand zu einem Protest veranlaßt. Das ist nicht nur eine Folge der allgemeinen Brutalisierung der Verhältnisse in Deutschland, sondern auch ein Ergebnis der zwischen dem Frankfurter und dem Flensburger Urteil so engagiert etablierten »Euthanasie«-Diskussion, deren zentrales Thema nach wie vor die These ist, daß Leben mit schweren Behinderungen »lebensunwert« und zudem eine zu starke Belastung für die Allgemeinheit sei. Der Kommentator der »Süddeutschen Zeitung«, der nach dem Überfall auf die Behindertenschule in Stendal den Zusammenhang zur Massenvernichtung Behinderter durch die Nazis hergestellt und konstatiert hat, der »zuschauende Pöbel der einstigen Kulturstadt Quedlinburg, der abziehenden Asylbewerbern Flaschen und Steine nachwirft, ist von solcher Art, daß er auch einem zujubelt, der die Abschaffung ›unnützer Fresser‹ fordert«, hat insofern zwar recht, weist aber in die falsche Richtung.

Das Ressentiment gegen Behinderte ist weniger eines des derzeit viel und zu Recht beschimpften »Mobs«, es sind oft genug dessen Kritiker aus der liberalen Intelligenz, die ihre Vision der schönen neuen und effizienteren Welt durchsetzen wollen. Nachdem etwa Redakteure der »Zeit« wortreich und durch phantasievolle Umwidmung humanitärer Grundsätze der Forderung nach »Abschaffung unnützer Esser« so gut sie konnten den Boden bereitet haben, reiht sich jetzt der Rowohlt-Verlag in die Phalanx der behindertenfeindlichen Rassisten ein. Im Frühjahr 1993 will der Verlag, der mit der Vermarktung der Schriften des behinderten Physikers Stephen Hawking reichlich Umsatz macht, ein Pamphlet für die Ermordung behinderter Neugeborener veröffentlichen und damit der Volksgemeinschaft die nächsten Schuldigen für ihre Misere präsentieren: »Should the baby live?« von Peter Singer und Helga Kuhse. Während sich die »Euthanasie«-Befürworter hierzulande mit Blick auf die nationalsozialistische Vernichtungspolitik bislang stets bemüßigt fühlten, die Tötung Behinderter damit zu begründen, daß es in ihrem eigenen Interesse läge, thematisieren Kuhse/Singer in diesem Buch ausführlich andere Gründe, die dafür sprächen, »daß einige Kinder mit schwerwiegenden Behinderungen getötet werden sollten«: »Es gibt eine Grenze für die Belastbarkeit jeder Gemeinschaft«, erklärt das mörderische Duo der ohnedies von Plagen aller Art sich aufs äußerste bedroht fühlenden Gemeinschaft der Deutschen und mahnt, »wenn wir versuchen,

alle behinderten Kinder am Leben zu erhalten, egal wie deren Zukunft aussehen wird, werden wir andere Dinge aufgeben müssen, die uns mindestens so wichtig erscheinen«.

Das Boot ist voll – in Deutschland ist das allemal eine Botschaft mit Zukunft: Um so besser, wenn sie von einem propagiert wird, dessen Großeltern in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Die gute alte Tradition der Sippenhaftung wird vom Verlag (und Singer selbst) schamlos ins Positive gewendet: Wer Verfolgte in der Verwandtschaft hat, kann nicht selbst ein Nazi sein.

Folglich hält der Rowohlt-Verlag den knapp dreißig Menschen, die auf der Buchmesse gegen die geplante Veröffentlichung der wissenschaftlich verbrämten »Euthanasie«-Propaganda protestiert haben, vor, »daß Sie den Boden der offenen zivilen Gesellschaft verlassen haben und zensieren wollen... Zensorische Intoleranz kann sich aber in einem freiheitlichen Gemeinwesen auf Dauer nicht durchsetzen« – und eröffnet damit eine zusätzliche, obszöne Dimension in der Debatte. So wie die Linksradikalen, die angegriffene Flüchtlinge schützen wollen, ebenso als Straftäter gelten (und dafür sehr viel engagierter verfolgt werden) wie der brandschatzende Mob, werden hier diejenigen, deren Leben als »unwert« zur Disposition gestellt wird, als die wirklichen Nazis denunziert. Freiheit herrscht in diesem Land vor allem für die Feinde der Gleichheit.

»Im Namen des Volkes« haben Deutsche, wenn sie sich erholen wollen, ein Recht darauf, keine Behinderten mehr sehen zu müssen. Der Rowohlt-Verlag, seine Autoren Singer und Kuhse und deren zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer an deutschen Universitäten arbeiten derzeit daran, daß dieses Selbstbestimmungs-Recht seiner Vollendung zugeführt wird: Denn warum sollen Deutsche auf Dauer und zu Hause gezwungen sein, zu ertragen, was bei ihnen im Urlaub Ekel und Abscheu hervorruft. Die Flüchtlinge wird man in Deutschland mittlerweile ja auch los, wenn man nur will. Und bei den Behinderten müssen nicht einmal verärgerte Stellungnahmen aus Industriekreisen befürchtet werden: Ihre Arbeitskraft wird nicht gebraucht.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 10/92 über einen Hamburger Skinhead-Prozeß

Konkret 11/92, S. 21

Jürgen Elsässer

Peenemünde in Nahost

Haben deutsche Nazis maßgeblich an der Modernisierung der irakischen Scud-Raketen und der Errichtung einer Giftgasfabrik im libyschen Rabta mitgewirkt? Die Indizien, die dafür sprechen, sind zahlreich. Sie reichen weit in die deutsche Vergangenheit zurück

Die spannendsten Romane schreibt die Wirklichkeit noch immer selbst. In seiner »Akte Odessa« hat Frederick Forsyth die Jagd eines jungen Reporters nach dem Mörder seines Vaters frei erfunden. Aber der Hintergrund des Thrillers ist authentisch und beruht auf Informationen, die sich der Autor zuvor bei Simon Wiesenthal besorgt hat. Ihnen zufolge hatten der (authentische) gesuchte Mörder und andere Altnazis eine weltweite Nachfolgeorganisation der SS, die Odessa (»Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen«), gegründet und mehrere hundert Wissenschaftler zusammengeführt, die den ägyptischen Präsidenten Nasser beim Bau von gegen Israel gerichteten Vernichtungswaffen unterstützen sollten. Während Probleme wie der Raketenantrieb sowie die Beschaffung von radioaktivem Kobalt und Pestbakterien zur Füllung der Sprengköpfe schon gelöst waren, wurde am Steuerungssystem und der Elektronik noch fieberhaft gebastelt. Diese Arbeiten wurden in der süddeutschen Firma eines bewährten Nationalsozialisten durchgeführt.

Wer hätte gedacht, daß 30 Jahre später die Feinde Israels vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen und ähnliche Lösungswege beschreiten würden? »Ich schwöre bei Gott, unser Feuer wird halb Israel verschlingen«, drohte Saddam Hussein im Frühsommer 1990. Genügend Giftgas zur Durchführung dieses Vorhabens hatten die Anlagen in Samarra und Falludscha schon produziert, und durch die Modernisierung der Scud-B hätten endlich auch Tel Aviv und Jerusalem unter Beschuß genommen werden können. Doch wieder waren es die Steuerung und der Zündmechanismus der Rakete, die den Konstrukteuren Kopfzerbrechen bereiteten. Durch die chemische Füllung der Sprengköpfe änderten sich nämlich die Flugeigenschaften des Geschosses. Außerdem durfte das Projektil nicht erst beim Aufschlag detonieren, sonst würde das ausströmende Gas vom Explosionstrichter »geschluckt« werden. Um die tödliche Ladung einige Meter über dem Boden freizusetzen, brauchte man elektronische Zünder, die auf die Nanosekunde genau reagieren.

Saddam Hussein glaubte die Lösung dieser Probleme in den besten Händen: Der bayrische Unternehmer Anton Eyerle hatte versprochen, in seinen Firmen »Rhein Bayern Fahrzeugbau« und »Rhein Bayern avionic Dittel« sowohl die chemischen Sprengköpfe als auch die Präzisionszünder dafür herzustellen. Außerdem wollte er »wichtiges Zubehör« für Ultrazentrifugen zur Urananreicherung liefern. Wer ist dieser Mann, der eine Schlüsselrolle bei der irakischen Aufrüstung gegen Israel spielen sollte und spielen wollte?

Ideologisch war das Vertrauen der Irakis in Eyerle völlig gerechtfertigt: Der Jagdflieger des 2. Weltkrieges hatte seine politischen Ideale auch nach 1945 weitergepflegt, war in der NPD aktiv geworden und hatte seinen Kunden gerne Hitlerreden aus einem umgebauten Volksempfänger vorgespielt. Mit den Jahren war darüber hinaus die geschäftliche Vertrauensbasis gewachsen: Seit Beginn des ersten Golfkrieges hatte Eyerles Firma den Irak mit Spezialfahrzeugen ausgerüstet, mal 170 Mercedes-Benz-Transporter mit Kompressor-Starthilfen für Kampfflugzeuge, mal 700 Magirus-Deutz-Ambulanzen für »extreme Einsatzbedingungen«. Im Jahre 1982 kam es – in Kooperation mit der gerichtsnotorischen Giftküche der Karl Kolb-GmbH im hessischen Dreieich – zur Lieferung von acht »toxikologischen Labors« an den Irak – nach Meinung von Kritikern eine Voraussetzung für die chemisch-biologische Kriegführung.

Auch bei den Scud-B-Sprengköpfen (sog. »floating bodies«) waren die Arbeiten in Eyerles Kaufbeurer Firma gut vorangekommen: 6 – 10 Muster waren bis Herbst 1990 hergestellt und Drucktests unterworfen worden, wichtige Einzelteile für die Zünder sogar schon in die Hände des Bestellers gelangt. Geplant war, die mit Eyerles Hilfe verbesserte Rakete von mobilen Startrampen auf Lastwagen abzuschießen; Branchenkennern fällt dabei die Firma Magirus-Iveco ein, die schon Fahrzeuge für die »toxikologischen Labors« an Eyerle geliefert hatte oder auch an den Daimler-Konzern, gegen den eine Irak-Sonderkommission Ermittlungen im letzten Jahr spektakulär aufgenommen – und klammheimlich wieder eingestellt hat. Zum Kriegseinsatz kam es jedoch nicht mehr: Durch das Uno-Embargo wurden Eyerles Geschäftsbeziehungen mit dem Irak schwer getroffen.

SS-Leute für eine Pharma-Firma

Während Anton Eyerle und zwei weitere Geschäftsführer seiner Firmen seit dem 4. Februar 1992 in U-Haft sitzen und auf ihren Prozeß warten, lebt ein weiterer Techno-Guerillero aus der Nazi-Szene unbehelligt auf freiem Fuß: Volker Weißheimer gestaltet sein Rentnerdasein in einer Villa am Gardasee recht angenehm. Gegenüber der Presse gibt er an, die heutigen Deutschen und das Grundgesetz zu hassen. Auf Hitler aber sei er stolz, der Führer habe ihm sogar schriftlich für seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Spezialwaffen gedankt. Zwar läßt sich der Wahrheitsgehalt der nostalgischen Rückblicke Weißheimers nicht überprüfen, wohl aber seine gegenwärtigen Aktivitäten. Zwei Reporter des Südwestfunks haben Erstaunliches zutage gefördert: Demnach traf sich Weißheimer zum Jahreswechsel 1983/84 mehrfach in London mit

dem Exil-Iraker Ihsan Barbouti. Barbouti war bis zu seinem mysteriösen Tod im Jahre 1990 verantwortlich für internationale Zulieferungen zum irakischen C-Waffen-Programm und koordinierte auch die Arbeiten an der libyschen Giftgasanlage in Rabta. Weißheimer verschaffte ihm dafür geeignete Kontakte in der Bundesrepublik. Im Frühjahr 1984 wollte er den in den Westen geflüchteten DDR-Wissenschaftler Frucht für Barbouti gewinnen. Frucht: »Weißheimer hatte das eigentümliche Gebaren von Altnazis. Er kannte sämtliche Leute, die im C-Waffenbereich im Trüben fischen. Es war viel Geld im Spiel. ... Weißheimer gab vor, mit mir über Verfahren zur Beseitigung industrieller Altlasten sprechen zu wollen. Doch das war nur vorgeschoben. In Wahrheit ging es um die Synthese von Kampfstoffen.«

Frucht lehnte ab. Zur selben Zeit bemühte sich Weißheimer um die Mitarbeit des Industrieplaners Otto Hinze und unterbreitete ihm Pläne für eine – so Hinze – »Chemiefabrik in der Nähe von Tripolis«. Auf Weißheimers Vermittlung traf sich Hinze mit Barbouti. Was der aber von ihm verlangte, veranlaßte ihn zum Rückzug. Hinze: »Er sagte, wenn Sie die Bauführung übernehmen, werden Sie Unterbauführer, also Europäer, mitnehmen müssen. Und er habe eine Bedingung: Alle Europäer, die ich mitbringe, müssen gestandene SS-Leute sein« (»taz«, 4.1.92).

Nach den Fehlschlägen mit Frucht und Hinze landete Weißheimer schließlich doch noch einen Treffer: bei der Firma Imhausen im badischen Lahr. Dort führte er Barbouti im Juli 1984 ein und nahm bis 1987 immer wieder an Planungssitzungen für das »Projekt Pharma 150« – die Tarnbezeichnung für Rabta – teil. Der Nazi steuerte umfangreiche Vorarbeiten bei, Imhausen selber hätte das nötige Know-how für die Giftgas-Synthese nicht besessen. Weißheimers Beteiligung wurde in der Firma sorgfältig verwischt. Eine ehemalige Imhausen-Sekretärin gab zu Protokoll: »Es wurde eine große Geheimniskrämerei um die Person gemacht... Als das Geschäft aufflog, wurde ich angewiesen, seinen Namen aus den Büchern zu streichen.« Erst die Aussage eines Imhausen-Mitarbeiters im Sommer 1991 deckte die Rolle des Mannes im Hintergrund wieder auf.

Peenemünde in Afrika

Zeitgleich mit dem Bau der Anlage in Rabta bemühte sich Libyen auch um die Herstellung geeigneter Trägerraketen; die von den Sowjets gelieferten Frog- und Scud-Raketen waren veraltet und hatten nur eine kurze Reichweite. Dabei war jene Nazi-Connection hilfreich, von der auch Forsyths Roman handelt.

Den wissenschaftlichen Kern der Crew bildeten diejenigen Waffenspezialisten des III. Reiches, die – im Unterschied zur Gruppe um Wernher von Braun – nicht in die USA gegangen waren. Eugen Sänger, Ferdinand Brandner, Paul Goercke und Wolfgang Pilz hatten in Peenemünde und anderen Versuchsstätten an »Wunderwaffen« wie der V2 oder dem »Projekt Wasserfall« gearbeitet. Nach dem Krieg war ein Teil von ihnen von der sowjetischen oder französischen Militärindustrie zwangsverpflichtet worden; Sänger hatte in Stuttgart ab 1954 mit staatlicher Hilfe das »Forschungsinstitut für die Physik der Strahlantriebe« (FPS) aufgebaut. Dort führte er die Entwicklungen aus der NS-Zeit fort. 1959 traf sich die Mannschaft in Ägypten wieder, hinzugekommen waren außerdem der Flugzeugbauer Messerschmitt, ein komplettes Forschungsteam von Mercedes-Benz und – für die medizinische Betreuung – der ehemalige KZ-Arzt und gesuchte Kriegsverbrecher Hanns Eisele. Die insgesamt 500 deutschen Wissenschaftler und Techniker sollten für Nasser Mittelstreckenraketen und Kampfbomber gegen Israel bauen. Einige lockte das lukrative Honorar, die Raketentechniker um Brandner jedoch sahen – so der »Spiegel« – »in Nasser den Mann, der Hitlers Kampf gegen die Juden fortsetzt«.

Einer der Wissenschaftler, der Österreicher Joklik, bekam Skrupel und packte gegenüber dem Mossad aus. Seinen Informationen zufolge wurde am Nil sogar daran gearbeitet, Raketensprengköpfe mit Kobalt und anderen Spaltstoffen zu füllen, was auch ohne atomare Kettenreaktion zu einer verheerenden radioaktiven Verseuchung Israels geführt hätte. Die israelische Regierung schlug Alarm. Arbeitsminister Allon: »Die Überlebenden der deutschen Todeslager werden nicht tatenlos zusehen, wie deutsche Neonazis im Dienst des Diktators in Kairo die Vernichtung Israels vorbereiten.« Gegen die Deutschen wurde der Geheimdienst aktiv, Entführungen und Bombenanschläge mit Toten und Verletzten kühlten das begeisterte antijüdische Engagement der Wissenschaftler merklich ab. 1963/64 traten sie den Rückzug an, ohne ihr Ziel erreicht zu haben.

Das technologische und politische Vermächtnis der Sänger/Pilz-Gruppe wurde von Lutz Kayser fortgesetzt, der sich bereits 1957 als junger Mann dem Stuttgarter Raketenteam angeschlossen hatte. Er überführte Patente, Forschungsergebnisse und Fachpersonal des ehemaligen Sänger-Instituts Anfang der 70er Jahre in seine eigene Firma, die Otrag. Aufsichtsratsvorsitzender der Otrag wurde Kurt Debus, der frühere Leiter der V2-Entwicklung. Ägypten-Veteran Pilz schwärmte: »Die Kayser-Rakete ist das Projekt Wasserfall. Der macht es wie wir in Peenemünde.« Mit seinen Plänen von kostengünstigen Fernraketen mobilisierte Kayser in der BRD beträchtliche Unterstützung von Staat und Großindustrie: Er kassierte mehrere Millionen Mark Forschungsgelder, das Finanzamt ermöglichte Investoren die ungewöhnliche hohe Verlustabschreibung von 326 Prozent, anonyme Großfinanziers schossen 500 Mio. Mark zu. Woher das Kapital kam? Tad Szulc, ein Ex-Korrespondent der »New York Times«, berichtete unter Bezug auf Geheimdienstquellen, die Otrag sei eigentlich »ein Unternehmen der deutschen Rüstungskonzerne Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Dornier«.

Die Investitionen schienen sich zu lohnen: »Peenemünde in Afrika« jubelte die »Nationalzeitung«, als 1977/78 die ersten Otrag-Starts in Zaire erfolgten. Dort hatte die Firma ein gigantisches Testgelände von 100.000 qkm – etwa die Fläche Österreichs! – gepachtet. Die internationale Öffentlichkeit war alarmiert und mißtraute den friedvollen Beteuerungen der Deutschen, die OAU warnte vor einer »Aggression gegen die Volksrepublik Angola«. So mußte die Otrag-Kolonie 1979 aufgegeben werden.

Der Skandal um das Zaire-Projekt hielt Otrag nicht von weiteren Aktivitäten ab. Bereits 1980 war es zu einem Vertragsabschluß mit Saudi-Arabien gekommen, eingefädelt vom Generalinspekteur der Bundeswehr a.D., Wust. Unter dem Projekttitel »Plan Delta« sollte Otrag zusammen mit dem bayrischen Rüstungskonzern Diehl 2.000 Raketenstellungen errichten, zwei Drittel davon unterirdisch. Als der israelische Geheimdienst das Vorhaben aufdeckte, stoppten die Saudis die Arbeiten.

Zurück zu Libyen. Auch dort hatte die Otrag nach eigenen Angaben schon 1977 Raketen in den Wüstenhimmel geschossen. Ein hoher libyscher Regierungsbeamter erklärte gegenüber dem »Stern«: »Die Otrag hat uns versprochen, Raketen zu liefern, die auch Atomsprengköpfe tragen können.« Mit der offiziellen Selbstauflösung der Firma im Jahre 1986 ging die deutsche Entwicklungshilfe für Gaddafis Trägerwaffen jedoch keineswegs zu Ende. Ehemalige Otrag-Legionäre, wie der Geschäftsführer der Mini-GmbH Globesat, Ziegler, führten in Kooperation mit den deutsch-libyschen Briefkastenfirmen Top und Orbit bis Ende der 80er Jahre weitere Raketenstarts in der libyschen Sahara durch. Ein an diesem Projekt »Ittisalt« beteiligter Deutscher erklärte gegenüber dem Fernsehmagazin »Report«, wes Geistes Kind diese Entwicklungshelfer sind: »Die Juden haben Angst, daß die (die Libyer, J.E.) Raketen herstellen können, die bis nach Tel Aviv fliegen. Bloß, die Juden, die dürfen Raketen bauen, die bis hier fast hinlangen, und Atomwaffen, die dürfen das, nicht?!«

Die hilfreichen Verbindungen der Odessa

Im Firmenprospekt des Rabta-Einfädlers Weißheimer (»RMS – Volker Weißheimer Gruppe«) taucht in der Rubrik »Auslandsvertretungen« ein prominenter Alt-Nazi auf: der ehemalige SS-Offizier Otto Skorzeny als RMS-Repräsentant in Spanien und Nordafrika! Hitlers Mann für Sabotage und Geheimoperationen war zu einem Idol des III. Reiches geworden, als er 1943 in einem Kommandounternehmen Mussolini aus der Gefangenschaft in Gran Sasso befreite. Gleich nach Kriegsende engagierte er sich beim Aufbau der Odessa, ein dort eingeschleuster US-Agent bezeichnete ihn sogar als »Führer dieser Gruppe«. Anfang der 50er Jahre ging Skorzeny nach Kairo und organisierte – angeblich im Auftrag von BND-Chef Gehlen – den ägyptischen Geheimdienst. Rena und Thomas Giefer berichten in ihrem Buch »Die Rattenlinie«, daß Skorzeny in dieser Position auch an der Rekrutierung der deutschen Wissenschaftler beteiligt war. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß diese Koordinationsarbeit von einem anderen ehemaligen hohen SS-Offizier geleistet wurde, von Rolf Engel. Der hatte schon im 2. Weltkrieg an der Raketenforschung mitgewirkt und nach 1945 deutsche Spezialisten für das französische Militär angeworben. Viele seiner damaligen Kontaktpersonen tauchten dann wieder in Ägypten auf, wo Engel schon Anfang der 50er Jahre mit ersten Raketenversuchen begonnen hatte. Von Skorzeny wiederum führt eine Spur zu Alois Brunner, den er, wie viele andere »alte Kameraden«, für die ägyptische Abwehr gewann.

Brunner, Stellvertreter und persönlicher Sekretär Adolf Eichmanns, wird für den Tod von 120.000 Juden verantwortlich gemacht. Nach seinem kurzen Gastspiel für Skorzeny zog er nach Damaskus, wo er bis heute unbehelligt lebt. Der Berliner Publizist Michel R. Lang behauptet, Brunner habe im Nahen Osten für den Bundesnachrichtendienst ebenso gearbeitet wie für die Firma Otrag. Lang, dessen Vater von Brunner deportiert worden war, beruft sich auf einen pensionierten BND-Mitarbeiter, der ihm gegenüber erklärt habe: »Brunner war der Vertrauensmann Gehlens bei den verschiedenen syrischen Regierungen und Vertreter der Otrag in Damaskus.«

Die politisch Verantwortlichen bemühen sich nach Kräften, die hier geschilderten Zusammenhänge aus der öffentlichen Diskussion zu halten. Einige Beispiele:

· Die bei der Firma Rhein-Bayern lastwagenweise beschlagnahmten Unterlagen wurden von der Hardthöhe als »geheim« deklariert. Die bayrische CSU-Regierung lehnte es ab, dem Landtag Bericht über die Exporte der Eyerle-Firma und mögliche Schlampereien der Ermittlungsbehörden zu erstatten.

· Der Prozeß gegen den Rabta-Generalauftragsnehmer Imhausen wurde dem leitenden Staatsanwalt Hans-Heiko Klein nach 16monatiger Ermittlungsarbeit aus der Hand genommen. Klein kritisierte später, seinen Vorgesetzten sei offensichtlich an einer »umfassenden Anklage gar nicht gelegen«. So seien »wesentliche Aspekte« der Affäre im Dunkeln geblieben, insbesondere könne die Verwicklung von »Randfiguren« nicht verfolgt werden (»Stuttgarter Zeitung«, 26.2.1992). Kein Wunder, daß auch gegen die »Randfigur« Weißheimer keine juristischen Ermittlungen eingeleitet wurden; nach Meinung von Staatsanwaltschaft und BKA haben sich »keine Anhaltspunkte für eine Betätigung des Mannes an der ungenehmigten Ausfuhr von Plänen und Waren« nach Libyen ergeben.

· Im Darmstädter Verfahren gegen die Hauptlieferanten des irakischen C-Waffenprogramms, die Firmen Karl Kolb/Dreieich und WET/Hamburg, enthält die Bundesregierung dem Gericht die Irak-Berichte der Uno-Sonderkommission vor. Aus diesen Berichten geht detailliert hervor, daß an Saddams Giftgasproduktion zu »mehr als 80 Prozent« deutsche Unternehmen beteiligt waren (»SZ«, 18.1.1992) und daß die Scud-B am Schluß »eine fast deutsche Rakete« gewesen ist (»Spiegel« 47/91). Ohne die Uno-Dokumente werden sich die Verantwortlichen kaum überführen und die Zusammenhänge nur lückenhaft rekonstruieren lassen.

· Der Prozeß gegen die Firma Consen fiel der Staatsräson zum Opfer. Ehemalige Top-Wissenschaftler von MBB hatten nach dem offiziellen Rückzug des Konzerns unter diesem Label die Entwicklung der Mittelstreckenrakete Condor-II in Argentinien, Ägypten, dem Irak und Libyen weitergeführt. Ganz diskret wurde ein außergerichtlicher Vergleich geschlossen (»Haftstrafen gegen Geldbuße zur Bewährung ausgesetzt«) und in einer Blitzverhandlung vier Tage vor dem ursprünglich geplanten Prozeßtermin abgesegnet. »Warum wurde nun die Sitzung vorgezogen, so daß sie, wären nicht ein paar Journalisten durch puren Zufall drauf gestoßen, klammheimlich über die Bühne gegangen wäre? Nun, am Rande der Verhandlung läßt ein Verteidiger durchblicken, daß man ›bei einer Behörde südlich Münchens‹ die Hände zusammengeschlagen habe, weil die Sache in aller Breite verhandelt werden sollte...«, plauderte die »Süddeutsche« die Sorgen der Pullacher BND-Zentrale aus.

Ob da eine Verschwörung alter Nazis am Werke ist, sozusagen die Fortsetzung von Forsyths »Akte Odessa«? Nein. Das ganze ist bei weitem nicht so spannend: Es gibt zu viel von diesem Pack in Deutschland. Immer noch und schon wieder. Damit sie sich finden, ihre Projekte verabreden und ihre Spuren verwischen können, sind konspirative Seilschaften hilfreich, aber nicht erforderlich.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/91 über die Verwicklung deutscher Großkonzerne in die Hochrüstung des Irak

Konkret 11/92, S. 28

Michi Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter

Das Schleifen von Messerrücken

»Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze«: Anknüpfend an Beiträge, die in KONKRET 6+8/92 zur politischen Wende der RAF erschienen sind, reflektieren drei Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand die programmatische Entwicklung der RAF und setzen sich kritisch mit ihrer Neuentdeckung politischer Basisarbeit »in der Gesellschaft« auseinander

»Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernachlässigt, wie sich gezeigt hat.«
Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit

Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit. Die nüchterne Einschätzung ergibt für den antiimperialistischen Kampf in der BRD augenblicklich eine Niederlage – das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären, gemein.

Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir jetzt quer durch die Fraktionen bei aller gesellschaftlichen Einsamkeit wenigstens die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedenstellender Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen. Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt zunächst das Verstehen der Geschichte voraus, das Wissen darum, was wann warum und wie gelaufen ist. Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, die ihre Entfaltung verhinderten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren und die unvermeidlichen Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion von revolutionärer Politik – und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion!?!

Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzsichtigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserung abzulassen – eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in »nachgerade klassischer Weise« bei Thomas Ebermann entdeckte: »Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche, einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen« (Ebermann, KONKRET 6/92). Unter der Überschrift »Auf Messers Rücken« schreibt Fülberth (KONKRET 8/92): »Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. ... Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine – zugegeben: konvulsivische – Umgruppierung ... Auf Messers Schneide aber – dies wissen wir erst im nachhinein – stand dabei nichts.«

Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung daraus zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der »prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert.« So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den »sozialen Prozeß« in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach »politischen Lösungen von unten«.

Das kann aber nicht genügen, ebensowenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es »eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben« (KONKRET 6/92). Die Richtigkeit der Stellungnahme und die Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

I

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: »Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei« (KONKRET 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber den staatlich geforderten Abschwör-Ritualen als »untaktisch« qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.

Daß – wie Fülberth feststellte – gegenwärtig kein Teil der Linken über eine Gesamtstrategie verfügt, bedeutet nicht, daß das Beharren auf einigen richtigen Elementen nur symbolisch ist. Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppe der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer Gesamtstrategie, die diesen Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren ein als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft – auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr viel mehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.

Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzumachen, ist eine geschichtsphilosophische Frage. Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnte. Wollen wir uns der Ungewißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum, herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können – und da gibt es sicherlich mehr als die »Bereitschaft zur Konsequenz«, die »historische und moralische Legitimation« und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.

Voraussetzung ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingeebnet vor. Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang. »die subjektive seite der dialektik von revolutionen und konterrevolutionen: das entscheidende ist, daß man zu lernen versteht. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flipps, aus den niederlagen. das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen sieg – das ist die logik des volkes«, schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.

Ein solches Selbstverständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschlägen und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisierung der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und Westberlin entwickelt. Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden »instabilität des imperialistischen systems« wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt – ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt, daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und der verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere »politische geschichte nicht rauben lassen wollen«, heißt es auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

II

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen. Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befreiungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im »Konzept Stadtguerilla« schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis: »Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeiten – sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann.« Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: »Die Rote Armee Fraktion leugnet ... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat. ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa-Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt...« (»Konzept Stadtguerilla«).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hieß es schon 1967: »Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die

abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit werden kann. Die ›Propaganda der Schüsse‹ (Che) in der ›Dritten Welt‹ muß durch die ›Propaganda der Tat‹ in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.«

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. »Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das ›Antiautoritäre Lager‹ sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation« (»Konzept Stadtguerilla«).

In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. »Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen...« – »Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzlichkeit zu zerstören« (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisierung notwendig – auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. »Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... (die) nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisierung von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht« (ebd.). Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das »echte« Kampfterrain wäre: »Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe, und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist« (ebd.).

Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit den anderen Fraktionen der Bewegung die Organisierung des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt – als Rote Armee Fraktion. »Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann« (ebd.).

Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenze zu überwinden.

III

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. »Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst – politisches Subjekt, das zum Angriff kommt«, sagt Karl-Heinz Dellwo im KONKRET-Interview – der Unterschied zu den im »Konzept Stadtguerilla« formulierten Bestimmungen ist offensichtlich.

Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was 70/71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, »wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten« (»Konzept Stadtguerilla«).

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den »Bewegungszeiten« leichter überschaubaren revolutionären Kräfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisierung der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die

Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.

Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert. Angesichts des Zerfalls der Apo und damit der wesentlichen Bezugspunkte innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezug stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: Von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion hin zu einer direkten Konfrontation, die sowohl durch die verschärfte Repression und Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz konkrete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor Folter und Vernichtung im Knast zu schützen. Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber es ist diese Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: »Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet.«

Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der »Machtfrage«. Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutet, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert war – viel mehr als »den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen...«.

Diese Entwicklung ist aber erst im nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von 5 Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später – ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe – traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politisch Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.

Nach dieser Erfahrung und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle »erhängt aufgefunden« wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner-Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten außerdem wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf »Arisierungen«, auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit, auf Kriegsgewinnlertum fußenden Machtaufstieg, der ohne Unterbrechung nach 1945 direkt in die BRD-Eliteposition führte.

Aber diese Einschätzung ging nicht auf. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern, und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stammheimer Gefangenen in der BRD mit einer 129a-Anklage auch gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der Bundesanwaltschaft Unbestreitbares:) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern. Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von 77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.

Wenn sich auch im historischen Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigenen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den »unvermeidlichen« (Gremliza), zu den Wegen, die vielleicht »gegangen werden mußten« (Dellwo). Nach dem Zerfall der Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangenen entfalten konnte, mußte es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV

Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten. Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuansatz im Mai-Papier von 1982. Die Niederlage von 77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: »sie hätten es fast geschafft – aber die ironie ist, daß sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren bedingungen weiterkämpfen konnten« (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung »war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa«, an ihm »ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie nie« (ebd.).

Im offenen Widerspruch zu dem elf Jahre früher im »Konzept Stadtguerilla« formulierten Ansatz hieß es nun: »nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um die befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf

den boden der situation hier, um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die ihre wurzel hier hat« (ebd.). Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzel hier hatten, der bewaffnete Kampf zum »isolierten guerillaprojekt« werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben. »wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie bis 77 von der jetzt darin, daß es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat, und daß es jetzt darauf ankommt, daß guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen« (ebd.).

Wurde im »Konzept Stadtguerilla« das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, »daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und Fortschritt des anderen ist«, hieß es nun: »wenn auch bewaffnete, illegale organisation der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird« (Mai-Papier). Und zwar vor dem Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: »die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine situation, in der der imperialismus mit einer niederlage an jedem punkt seines weltsystems oder dem verlust irgendeiner seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann« (ebd.).

Erst hier also taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf – und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Front-Konzept beruhte, anders als das »Konzept Stadtguerilla«, nicht auf den Erfahrungen und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich ausgehend vom Kampf der Guerilla durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.

Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach 77 zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß »der imperialismus ... über keine positive, produktive perspektive mehr (verfügt), er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist« (ebd.). So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: »es ist jetzt nicht mehr der punkt, die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig. kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen ... da ist einfach schluß – und erst hinter dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar« (ebd.). Vor diesem Hintergrund hieß die Konsequenz für die Bestimmung der Politik: »revolutionäre strategie ist hier einfach die strategie gegen ihre strategie, die ihren strategischen plan in ihren konkreten projekten angreift und durch den materiellen angriff die imperialistische offensive nach innen und außen politisch bricht und damit bewußtsein schafft, das neuer widerstand und prozeß der front national wie international wird, die ihre pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können« (ebd.).

Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis 77 die vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangskonzept war, zum Programm erklärt. Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen, Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und Nato-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzungen und Vermittlung entwickeln sich nicht aus gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränken sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen »Gesamtsystems«. Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage – nicht mehr als aufklärerische »Irregularität«, sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole.

Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentenbewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Spätkapitalismus zu durchbrechen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der »spontanen Irregularität« zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können. Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.

Das aber verlangte Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren, als sie es heute sind: Die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und die Behauptung vom Verlust der (im Konzept Stadtguerilla noch als Ausgangspunkt verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: »die offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische variante, sozialdemokratismus und verdeckter krieg, auf allen ebenen aufgelaufen ist. ... weil die

militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben – bzw. darin kommt sie auf ihren reinen begriff« (Erklärung der Gefangenen aus der RAF zu 77, 1984 im Stammheimer Prozeß). Damit waren dem Front-Konzept von vornherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte – spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.

Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären Bewegung wie in keinem anderen europäischen Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte. Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden und unversöhnlichen Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend schluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder abblockt; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebenssinn sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Diese Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte.

Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von all diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. Anti-Nato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren 85/86 oder der Antiimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für diese Entwicklung erwähnt. Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Statt dessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des »Bruchs«, zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.

Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Taufer in seinem »Brief an einen Gefangenen« (KONKRET 8/92) ganz zutreffend als »reaktionäre Symbiose« von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein »ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln«, wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der »reaktionären Symbiose« beschrieben wird: »Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen« (Taufer, ebd.). Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten.

Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der »bewaffneten Aktion« zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang aber darf nicht länger aus der Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles übrige nur als leichtfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlamassel – und läßt die Grundstrukturen unangetastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V

Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unleugbar an seine Grenze gestoßen ist, nun – anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden – undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher das »Gesamtsystem« und die imperialistische Strategie eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die »sozialen Prozesse in der Gesellschaft«.

»Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft«, so Karl-Heinz Dellwo im KONKRET-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen »sozialen Sinns«, aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist – der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des »sozialen Sinns«, das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des »sozialen Gedankens« nichts »anderes«, nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.

Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: »Für mich hat RAF bedeutet, ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde« (ebd.). Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist. Wer jetzt feststellt: »Wir müssen unser Getto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück« (Taufer, KONKRET 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: »Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert« (Taufer, ebd.).

Es ist diese Gefahr, vor der auch Fülberth zu Recht warnt: daß nämlich in der Euphorie über die neuentdeckten Betätigungsmöglichkeiten beim Erobern von »Räumen« in der Gesellschaft und bei der Suche nach »Lösungen von unten« leicht vergessen werden kann, daß es (wenn dieses Wort einen Sinn haben soll) keine Lösungen unterhalb der Revolution, im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt. Natürlich geht es um Selbstorganisation, geht es um einen »sozialen Sinn«, darum, Ansätze für ein anderes Leben, jenseits der Herrschaft von Geld und Waren, zu erkämpfen und so Schritt für Schritt Raum zu erobern. Darum ging es auch bei der Gründung der RAF. Gefährlich sind nicht die »sozialen Gegenden«, sondern das Verhältnis, mit dem wir uns ihnen nähern. Dann nämlich, wenn die Haltung, die politische Basisarbeit – sei es in Bürgerinitiativen oder anderen legalen Gruppen, sei es in Gewerkschaften, im Betrieb, an Schulen und Unis – , die zum Teil sogar Ausbildung und Berufsarbeit als »Counter« gebrandmarkt hat, jetzt plötzlich schlicht gewendet wird.

Es ist weniger das tatsächliche Herausfallen (das so total nie war, sonst hätte der antiimperialistische Widerstand nicht so vielfältig und relativ zahlreich sein können) als die im Mai-Papier formulierte mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft, die zu dem jetzt auftauchenden Rückkehr-Bedürfnis geführt hat. Die Neuentdeckung politischer Basisarbeit »in der Gesellschaft« beruht weniger auf deren neuer Qualität als auf der Ignorierung dieses Hintergrunds.

VI

Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt. Mit dieser Erkenntnis sind wir wieder bei den Fragen der Studentenbewegung angelangt. Die Tatsache, daß die damaligen Antworten heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu schmeißen. Deutlich wird das an einer Äußerung von Knut Folkerts im KONKRET-Interview: »Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung – was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z. B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung.«

Daß Befreiung nicht abstrakt bleiben und daß Ziele nicht völlig außerhalb der Lebenswirklichkeit wurzeln dürfen, ist sicher richtig – aber nicht erst seit gestern. Schon vor längerem hatte Marx deswegen mal das Kapital als die bestimmende Sphäre der Lebenswirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft analysiert, um so den Idealismus der utopischen Sozialisten auf eine materielle Grundlage stellen zu können. So konnte er das Proletariat und die Industrialisierung als diejenigen »Wirklichkeitsmomente in der Gegenwart« bestimmen, von denen aus revolutionäre Politik im langandauernden Übergangsprozeß damals entwickelt werden mußte. Seither geht es darum, was unter dem »Wirklichkeitsmoment« für die konkrete politische Arbeit zu verstehen ist. Lenin oder Luxemburg etwa haben das als Problem von Reform und Revolution untersucht und auch heute noch Lesenswertes darüber geschrieben. Darauf aufbauend hatte die RAF im »Konzept Stadtguerilla« festgestellt: »Die ›revolutionären Übergangsforderungen‹, die die proletarischen Organisationen landauf landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit ... etc., – diese Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden.«

Die Gründung der RAF als damalige Antwort kann heute natürlich nicht stupide wiederholt werden. Aber richtig bleibt, daß sich heute genauso allen Veränderungen, die auf eine Überwindung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit zielen, mächtige und aggressive Kräfte in den Weg stellen. Zudem ist die Erkenntnis des Zusammenhangs von struktureller Arbeitslosigkeit und möglicher Aufhebung der Arbeit nicht neu, die IG Metall beispielsweise gründet darauf seit Ende der 70er Jahre ihre Tarifpolitik. 1980 formulierte André Gorz seinen »Abschied vom Proletariat«, mit dem er aus dem Gedanken der »möglichen Aufhebung der Arbeit« ein Modell entwickelt, das ebenso zwangsläufig wie konsequent die Grundlagen der Metropolengesellschaft, nämlich die imperialistische Arbeitsteilung des Weltmarkts, unberührt läßt.

Wenn es jedoch um mehr geht als um die andere Verteilung des geraubten Profits zur Aufrechterhaltung des zerstörerischen Konsumwahns, dann sind gesellschaftliche Umwälzungen nötig, die ein Ende des gift- und müllproduzierenden

Metropolenwohlstands, eine Umwälzung der imperialistischen Weltmarkt-Arbeitsteilung mit sich bringen – und somit zwangsläufig ein Mehr an Arbeit für alle Menschen weltweit.

Die Vorstellung von der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Wenn der Zusammenbruch des Realsozialismus als Zeichen einer zu Ende gegangenen Epoche etwas gezeigt hat, dann ist es die Priorität von Eigeninitiative, von Selbstorganisation. Statt um »Abschaffung der Arbeit« geht es um die Verfügungsgewalt: um die gleichberechtigte Selbstbestimmung aller beteiligten Menschen darüber, was und wie produziert wird.

Auch ohne eine fertige Antwort auf die Frage nach der praktischen Durchsetzbarkeit dieses Zieles wird an dem Beispiel deutlich, warum revolutionäre Politik nicht unmittelbar auf das zurückgreifen kann, was in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vorhanden ist. Das »Wirklichkeitsmoment« ist das in dieser Gesellschaft nicht lösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber durch die eurozentristische Vorstellung einer »Aufhebung der Arbeit« wird es sich gerade nicht revolutionär überwinden lassen. Andererseits ist der Gedanke von Selbstorganisation in den real existierenden Arbeitskämpfen so gut wie nicht vorhanden. Aufgabe revolutionärer Politik ist deshalb, ihn dort hineinzutragen. Das setzt aber eine Verankerung in dieser »sozialen Gegend« voraus, die in der antiimperialistischen Linken bisher tendenziell für überflüssig oder falsch gehalten wurde. Diese Verankerung, dort wie in anderen »sozialen Gegenden«, ist die Korrektur eines Fehlers, ist Voraussetzung für, ist aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Nicht die »sozialen Gegenden«, sondern diese Verwechslung ist das »Brandgefährliche«, »wo der Reformismus lauert«.

Dasselbe gilt für die »sozialen Prozesse in der Gesellschaft«. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in den unterschiedlichsten Bereichen soziale Bewegungen, in denen eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt wurden. Sie alle sind später je für sich an eine Grenze gestoßen, nämlich an die Macht und an die Integrationsfähigkeit des Kapitals. Schon vorher gewußt zu haben, daß sie ihre Ziele gegen diese Macht nicht einfach würden durchsetzen können, rechtfertigt nicht ihre Geringschätzung durch die antiimperialistische Linke als »Teilbereichskämpfe«, die vom echten revolutionären Kampf gegen die imperialistischen Zentren eher ablenken würden. Sicher, die AKWs stehen noch, die Startbahn West ist gebaut, die Häuser sind geräumt, die Raketen stationiert – doch auch hier ist der Erfolg nicht das einzige Kriterium.

Mit der neuen Entdeckung der »sozialen Prozesse« und ihrer Bedeutung aber umgekehrt das Wissen um ihre Begrenztheit aufzugeben, wäre ein ebenso schlimmer Fehler, genauer: die Fortsetzung des alten mit umgekehrtem Vorzeichen. Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit als auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen. Das gilt gleichermaßen für die Kämpfe der sozialen Bewegungen wie für die des antiimperialistischen Widerstands. Statt der bedingungslosen Identifikation mit den einzelnen Forderungen und den jeweiligen Parolen geht es darum, diese Eingebundenheit und Widersprüchlichkeit zu erkennen und ertragen zu lernen. (Wir empfehlen: Mao lesen, z. B. »Über den Widerspruch«!) Denn es gibt keine einfachen, gradlinigen, unverrückbaren Siege, der revolutionäre Prozeß ist keine Entscheidungsschlacht. Erst dieses Bewußtsein setzt uns in die Lage, ein Leben lang zu kämpfen, anstatt in grandiosen Anstrengungen auszubrennen, um sich dann zurückzuziehen. Daraus erst entsteht Identität, die auch für andere erkennbar sein wird, das ist der Schritt von Subkultur zu eigener Kultur – und endlich auch die Überwindung der vielbeklagten Unfähigkeit zu solidarisch-kritischem Streit.

VII

Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze: Anders als bei der Grenze, an die die Apo 1970 gestoßen war, geht es heute nicht um eine Transformation der fortgeschrittensten Praxis in eine höher organisierte Form, sondern es geht zunächst nur um die Bestimmung der nach wie vor gültigen Analysegrundlagen und derjenigen Elemente unserer Geschichte, die in veränderten, heute angemessenen Ansätzen und Formen weiterentwickelt werden sollen.

Einige zentrale Ausgangsbedingungen sind immer noch dieselben wie vor 25 Jahren, wenn auch in extrem verschärfter Form: Das Problem der Entfremdung, der Verdinglichung aller menschlichen Verhältnisse, der zunehmenden Kapitalisierung und warenförmigen Durchdringung aller Lebensbereiche. Voraussetzung für die Subjektwerdung, für den Aufbau von Formen der Selbstorganisation, ist nach wie vor ein »Bruch« mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Fremdbestimmung. »Bruch« darf aber weder autonome Selbstgettoisierung sein noch Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropolengesellschaft durch die Identifikation mit einem illegalen Terrain, das zudem isoliert ist und nicht Fraktion einer Bewegung. Trotzdem muß er, als Bruch in der Wertsetzung, als Bruch mit der kapitalistischen Determination, im eigenen Leben für andere erkennbar sein. Anstelle des Holzhammerverhältnisses »Jeder muß sich entscheiden« geht es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen Schritt für Schritt diesen Bruch mit den Werten des metropolitanen Konsumalltags vollziehen können. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar. Genauso, wie es falsch ist, in der illegalen bewaffneten Aktion die Verkörperung des »Bruchs« zu sehen, die höchste Form revolutionärer Politik schlechthin, so ist es falsch, den bewaffneten Kampf mit dem »Sturm

aufs Winterpalais«, mit einer letzten Aufstandsphase zu identifizieren, wie Fülberth das in schlechter DKP-Tradition tut. Im Fall der russischen Revolution ist letzteres übrigens auch historisch falsch, denn trotz aller Widersprüche war der »Terrorismus« der Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wichtiger Vorläufer, ohne den die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland nicht verstanden werden kann.

Damit soll natürlich keine Analogie zur heutigen Situation zusammengeschustert werden, aber das Winterpalais-Argument fällt sogar unter das politische Niveau der Friedensbewegung zurück, die immerhin mit Sitzblockaden schon Formen massenhaften zivilen Ungehorsams organisiert hat, und zwar bewußt als Sabotage, als Angriff auf das herrschende Gesetz, anstatt alles auf eine spätere Ausnahmesituation namens Aufstand zu verschieben.

Gleichzeitig geht es um die Suche nach denjenigen Wirklichkeitsmomenten in der Gesellschaft, die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten. Anders als vor 20 Jahren, vor dem Hintergrund einer breiten Bewegung mit starken revolutionären Impulsen, sind diese heute aber nicht in den gesellschaftlichen Konflikten schon aufgreifbar vorhanden. Vorhanden sind die Probleme, an denen sich der Widerspruch zeigt, aber die Momente seiner möglichen Aufhebung können zunächst nur abstrakt bestimmt werden: Jede Konkretion als »Lösung von unten« mündet zwangsläufig in Reformismus. Wirkliche Konkretion kann nur im praktischen Kampf erfolgen, auf der Grundlage des Bewußtseins, daß es keine Lösungen unterhalb der Revolution gibt und daß die Richtigkeit jedes einzelnen Schrittes sich daran bemißt, ob er den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang freilegt oder verschüttet.

Statt der unbeantwortbaren Frage nach einer Gesamtstrategie oder einer Zentralperspektive geht es also um die immer weitergehende Bestimmung von Kriterien und deren schrittweise Konkretion in der Praxis. Diese Kriterien können zunächst nur abstrakt bestimmt werden, denn die Entwicklung revolutionärer Politik verläuft dialektisch: Sie verläuft unausweichlich in dem ständigen Widerspruch von abstraktem Wertmaßstab und notwendig unzulänglicher praktisch-gesellschaftlicher Umsetzung.

Es gibt die lange Tradition eines falschen, positivistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Widersprüche, die letztlich in allen Fehlern und Niederlagen linker Politik eine Rolle gespielt hat. Diesem Verständnis erscheinen gesellschaftliche Widersprüche als etwas Äußerliches, sie müßten nur richtig erkannt werden und linke Politik könnte dann auf der »unteren« Seite dieses Widerspruchs eindeutig, klar und in sich widerspruchsfrei Position beziehen. Das ist keine Eigenart der alten Lehre vom Hauptwiderspruch Kapitalverhältnis, dem alles andere als Nebenwiderspruch untergeordnet wurde, es hat genauso in dem reduzierten Antiimperialismus-Begriff der 80er Jahre eine wichtige Rolle gespielt.

Tatsächlich aber ziehen sich die Widersprüche immer und unausweichlich auch durch die eigene Praxis. Es gibt keinen »Bruch«, kein Programm und keine Strategie, mit dem wir uns selbst aus den widersprüchlichen Zusammenhängen von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch hinauskatapultieren könnten. Revolutionäre Politik kann nicht durch die Bestimmung einer »richtigen« Praxis oder einer »richtigen« Position aufgebaut werden, sondern nur durch ständige kritische und selbstkritische Überprüfung, Veränderung, Weiterentwicklung, erneute Überprüfung und so weiter – in einem Prozeß, in dem die Kriterien durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.

Welche Kriterien aus unserer Geschichte zu gewinnen sind, haben wir zu skizzieren versucht. Sie bleiben vorerst relativ abstrakt. Aber nicht das Fehlen von Wirklichkeitsmomenten, nicht das Fehlen klarer Vorgaben ist das Problem, sondern das Bedürfnis nach eindeutigen Gewißheiten, nach einer widerspruchsfreien Position. Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, die sich nicht selbst wieder fesselt und verdinglicht, müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden. Hier wird der Mut zur Befreiung gebraucht.

Voraussetzung ist das Wissen um den grundlegenden Antagonismus. Aber lebendige revolutionäre Politik kann nur aus der praktischen Kenntnis und der Verankerung in den vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüchen entstehen, aus der Neugier auf das Leben. »Es gibt riesige Täuschungen der Unwissenheit, Betrug an falscher Phantasie, Weihrauch über durchschaubaren Gefühlen. Doch es gibt auch rote Geheimnisse in der Welt, ja nur rote« (Ernst Bloch).

Michi Dietiker, Ali Jansen (von 1970 – '81 Gefangener aus der RAF), Bernhard Rosenkötter, Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand, sind in Butzbach bzw. Schwalmstadt inhaftiert.

–

Konkret 11/92, S. 36

Georg Fülberth

Maastricht – ein deutscher Bluff

Im September 1992 hat sich gezeigt, daß der Kernpunkt der deutschen Kriegsziel-Beschreibung vom September 1914 verwirklicht ist: ein europäischer Wirtschaftsverband »unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung«

1. Die Bethmann Hollweg-Variante

»Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.«

So steht es in den Kriegsziel-Richtlinien, die der Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg am 9. September 1914 an den Staatssekretär Clemens v. Delbrück schickte. »Mitteleuropa« wird dort sehrweit gefaßt, es reicht bis Frankreich, Polen, vielleicht sogar bis Italien und Norwegen.

Die Schaffung eines großen »Wirtschaftsverbandes« allein begründet noch nicht die Vorherrschaft einer bestimmten Macht. Wenn Bethmann Hollweg in seinem berühmten »Septemberprogramm« von tatsächlicher »deutscher Führung« sprechen kann, dann deshalb, weil er einen Sieg im Weltkrieg voraussetzt, in dem auch noch anderes erreicht werden muß: auf jeden Fall das französische Erzbecken von Briey, des weiteren »ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und uns ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten«. Dann: »Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen«. Das bislang neutrale Belgien muß, »wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden«. Ihm soll dann »franz. Flandern« zugeschlagen werden. »Luxemburg wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.«

Diesen Einzelheiten wird das »allgemeine Ziel des Krieges« übergeordnet: »Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.«

Außerdem zählt Bethmann Hollweg noch ein paar Dinge auf, die ihm selbst nicht notwendig erscheinen, auf welche aber wohl vor allem die Herren Militärs Wert legen werden: vielleicht Belfort und der Westabhang der Vogesen. Die Frage der Kolonien soll später geprüft werden.

Hollweg sah voraus, daß die deutschen Unternehmer die Weite der Perspektiven, die er entwarf, nicht unbedingt sofort begreifen würden: »Es liegt in der Natur der Sache, daß eine derartige Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Mitteleuropas eine Umschichtung der Interessen und Zukunftsaussichten der einzelnen Wirtschaftszweige im Gefolge hat, den einen neue Wege zeigt, sehr viele aber in der bisherigen Einstellung ihrer Interessen gefährdet und manche aus den gewohnten Bahnen reißt, die nicht einsehen werden, daß sich ihnen neue, noch bessere Möglichkeiten öffnen.«

Im Fortgang des Krieges hatte er mit dem Mißtrauen der Obersten Heeresleitung zu kämpfen: Zwar gestand er ihr alles zu, was sie verlangte, aber er wollte doch so manövrieren, daß auch die Liberalen und die Sozialdemokraten mitmachten. Deshalb hielten ihn Hindenburg und Ludendorff für einen Weichmann.

Wir haben hier einen klassischen Fall des Primats der Politik: Weltmacht wird man weder durch Militär noch durch Ökonomie allein. Allerdings müssen beide zum Einsatz kommen.

Nach der Niederlage von 1918 war es deshalb auch Essig mit dem »mitteleuropäischen Wirtschaftsverband«. Deutschland, durch Versailles herabgestuft, konnte Dominanz zunächst nicht mehr verlangen, statt dessen forderte es Gleichberechtigung. Hier kam allerdings wieder »Europa« ins Spiel: Gustav Stresemann, bis 1918 als »Kriegstrompete« berüchtigt, wurde zum Verständigungspolitiker. Nicht neuer militärischer Durchbruch, sondern Erfüllung der Auflagen bis zu dem Punkt, an dem sich zeigen werde, daß sie revidiert werden mußten: dies schien das einzig realistische Konzept. Entscheidend war das Einvernehmen mit Frankreich. Die Gleichberechtigungs-Litanei wurde noch von Hitler in seiner außenpolitischen Erklärung vom 17. Mai 1933 so inbrünstig vorgetragen, daß sich sogar die SPD freute, zustimmen zu dürfen.

Doch dann kam, wie nicht anders zu erwarten, der Sprung zum alten Konzept deutscher Herrschaft über Europa. Es war die rabiatere Fassung dessen, was Bethmann Hollweg bereits 1914 proklamiert hatte, und die Realisierung setzte wieder den Sieg im Weltkrieg voraus.

2. Adenauer: Sicherungsverwahrung mit Bewährungsaufstieg

Konsequenterweise war es nach der Niederlage 1945 zum zweiten Mal damit vorbei. Unter Adenauer wurde »Europa« wieder das, was es bei Stresemann ansatzweise schon gewesen war: ein Vehikel, das aus der Unterordnung zur »Gleichberechtigung« führen sollte.

Es ist neuerdings in kritischen Kreisen ein bißchen Mode geworden, in dem ersten Bundeskanzler einen Nur-Westler und Anti-Nationalisten zu sehen. Dies behaupteten (mit negativer Wertung) schon seit 1949 seine Gegner Kurt Schumacher und Rudolf Augstein. Sie warfen ihm vor, das Reich zugunsten eines Rheinbundes aufgeben zu wollen. Adenauers Biograph, der deutschnationale Fighter Hans-Peter Schwarz, hält von dieser Interpretation nichts, und er hat damit wahrscheinlich recht. Seiner Meinung nach war die Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1937 das Ziel, die Westintegration das dafür angesichts der Umstände einzig denkbare Mittel. Um das herauszufinden, bedarf es keiner Interpretations-Akrobatik: Man braucht sich nur an das zu halten, was Adenauer immer wieder selbst sagte und was niemals in Widerspruch zu seinen Taten stand. Als er 1949 im Petersberger Abkommen den Beitritt der Bundesrepublik zur Ruhrkontrollbehörde vereinbarte, schimpfte ihn Schumacher den »Kanzler der Alliierten«. Adenauer aber konnte darauf hinweisen, daß dies ein erster Schritt zur Gleichberechtigung sei, denn nunmehr bestimmten eben nicht mehr nur die Westmächte über wichtiges deutsches Produktionspotential. Für ihn war auch klar, daß eine Wiederbewaffnung nur im Rahmen der Westintegration möglich sein werde: Souveränitätsgewinne seien ausschließlich durch partielle Souveränitätsverzichte zu bekommen. Für einen Staat, der beanspruchte, mit dem geschlagenen und zerstückelten, durch seine Verbrechen stigmatisierten Reich identisch zu sein, war das eine naheliegende Taktik. Anders als Schumacher, der gern nationalistisch auftrumpfte, wußte Adenauer, daß der Umweg zugleich die einzig aussichtsreiche Variante war, um Deutschland wieder groß und stark zu machen wie einst.

Die Unterstützung, welche er für seine Politik der Westintegration bei den Leitern der französischen Politik fand, beruhte auf einem anderen Kalkül: Kontrolle. Damit die Bundesrepublik nicht zu einer Bedrohung werden konnte, sollte sie möglichst fest eingebunden werden. In der Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung wurde das sehr deutlich. Seit Dezember 1949 sprach Adenauer öffentlich aus, daß er einen deutschen »Wehrbeitrag« wollte, und auch jetzt stellte er in Rechnung, daß dies nur in einer internationalen Kombination möglich sein werde. Dennoch war man in Frankreich beunruhigt. Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges (Juni 1950) gab es kein Halten mehr: Der Weg der Bundesrepublik in die Nato schien frei. Im Oktober 1950 trat der französische Ministerpräsident Pleven die Flucht nach vorn an, indem er eine »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) vorschlug. Das bedeutete zwar ebenfalls, daß die Bundesrepublik Waffen bekam, dies aber nicht im Rahmen einer eigenständigen nationalen, sondern einer integrierten westeuropäischen Armee. Adenauer machte sich diese Vorstellung vollständig zu eigen, denn sie paßte in seine Strategie: Aufstieg durch Einordnung. In der französischen Debatte blieb das Verhältnis dieser beiden Elemente – hier: Machtgewinn der BRD, dort: Kontrolle über sie – umstritten. Am Ende siegte die Vorsicht: 1954 fiel die EVG in der Nationalversammlung durch.

Auch die ersten Vorschläge zu einer wirtschaftlichen Integration Westeuropas wurden in Paris formuliert (wären sie aus Bonn gekommen, hätte dies sofort Mißtrauen geweckt). 1950 regte der französische Ministerpräsident Robert Schuman die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (Montan-Union) an, die 1951 realisiert wurde. Er wählte den Zeitpunkt so, daß der BRD damit die Hinnahme der faktischen Abtrennung des Saargebietes und dessen Anlehnung an Frankreich etwas erleichtert werden konnte. Beide, die BRD und das Saarland, sollten gleichzeitig dem Europa-Rat beitreten. Adenauer stimmte – nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat – zu und stieß auf heftige Opposition im eigenen Kabinett. Sein Gesamtdeutscher Minister, Jakob Kaiser, trommelte gegen den angeblichen Ausverkauf der Saar.

Die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schien von diesem ständigen Poker: Aufstieg zur »Gleichberechtigung« der BRD versus Sicherstellung vor ihr, relativ unbelastet. Der harmlose Name legte, obwohl zugleich von einer Politischen Union die Rede war, nahe, daß es zunächst nur um Ökonomie gehe. Eine Dominanz der BRD auf diesem Feld war insofern hinzunehmen, als ein wirtschaftlicher Vorsprung den Regeln der Konkurrenz unterlag (also auch einmal wieder verlorengehen konnte) und die Bundesrepublik lediglich ein westdeutscher Staat und im übrigen militärisch einigermaßen kontrolliert war. Für Adenauers Partner war die deutsche Teilung die stillschweigend vorausgesetzte Geschäftsgrundlage, auch wenn sie sich höflich zum Ziel der Wiedervereinigung bekannten. Noch in den siebziger und achtziger Jahren konnte die BRD ihre wirtschaftliche Stärke nicht umstandslos in Großmachtpolitik umsetzen. Es fehlte jener außerökonomische Faktor, den Bethmann Hollweg mit dem Sieg im Weltkrieg zu gewinnen versuchte.

3. Kohl oder: Deutschlands Befreiung

Diese neue Qualität kam mit der Wiedervereinigung. Deren Wirkungen kommen denen eines Sieges im Krieg gleich. Zweifellos sieht das Resultat anders aus, als wenn die deutschen Waffen 1914 ff. oder 1939 ff. endgültig gesiegt hätten. (Das Reden vom Vierten Reich ist nur hitziges Feuilleton.) Eher liegt ein Vergleich mit der Wiedervereinigung der USA nach dem Bürgerkrieg von 1861-1865 nahe.

Wer eine historische Analogie benutzt, sollte sofort die Punkte benennen, in denen sie nicht stimmt. Erstens: Die DDR war keine Sklavenhalter-Republik. Zweitens: Die besiegten Südstaaten einschließlich ihrer Führer wurden nicht plattgemacht, sondern, nachdem sich der Norden in der Sache durchgesetzt hatte, mit Respekt behandelt. Die Parallele besteht darin, daß 1865 ebenfalls eine staatliche Sezession rückgängig gemacht wurde und daß – vor allem – danach die Herrschaft der so geeinten USA über den amerikanischen Kontinent begann. Wie man weiß, bestand diese nicht in formeller Eroberung und Kolonisierung, sondern in wirtschaftlicher Penetration, die aber im Bedarfsfall auch militärisch unterstützt wurde. Es war (und ist) ein »Informal Empire«, und mit diesem Ausdruck lassen sich auch die Perspektiven der deutschen Dominanz in Europa beschreiben. (Wer sagt, dies sei doch immer noch besser als Hitler, spricht eine Binsenweisheit aus und zeigt zugleich, falls er sich über diese Tatsache freut, daß er bescheiden – geworden – ist.)

Sogleich nach der Wiedervereinigung nahm die Bundesrepublik an den Finanzmärkten eine ähnliche Stellung ein wie Reagans USA Anfang der achtziger Jahre. Die Mittel für den West-Ost-Transfer werden in großem Umfang durch Anleihen aufgebracht. Dafür müssen hohe Zinsen gezahlt werden, diese ziehen ausländisches Geld nach Deutschland. Um die Inflation zu bekämpfen, setzt die Bundesbank den Diskontsatz hoch, die Zentralbanken der anderen Staaten müssen folgen (oder können von ihnen in Aussicht genommene Senkungen nicht vornehmen). Investitionen in der Produktion werden damit beschnitten, die Arbeitslosigkeit steigt. Kohl berichtete in der »Welt am Sonntag« vom 27. September 1992, schon auf dem ersten EG-Gipfel nach dem Mauerfall sei es eisig zugegangen. Seine Partner befürchteten, die BRD wolle nun, nachdem sie sich mit Hilfe der Westintegration wieder zur Großmacht hochgeschlichen habe, sich sogar aus der Nato davonmachen. Deshalb erzählten er und Genscher immer wieder, sie wollten kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Im Dezember 1991, in Maastricht, sind sie schließlich ihren Worten nachgesprungen, vor allem durch ihre Zustimmung zur Währungs-Union. Allerdings ging es da schon nicht mehr darum, beunruhigte Gemüter zu beschwichtigen und nachträglich die Wiedervereinigung zu bezahlen. Vielmehr sollte deutsche Zukunft gestaltet werden:

Die anderen europäischen Staaten drängten auf eine Minderung des Haushaltsdefizits der BRD und der Hochzins-Politik. Hier waren die Deutschen nur zu unverbindlichen Floskeln bereit und machten deutlich, daß sie in Wirklichkeit nichts ändern könnten. Zugleich steuerten sie einen eigenen Kurs in der Jugoslawienfrage. Um das, was sie wollten: Anerkennung der Teilstaaten, nicht auch formell im Alleingang machen zu müssen, hatten sie ein großes Interesse daran, daß die anderen sich auf ihre Linie ziehen ließen. Als Gegenleistung unterschrieben sie den Vertrag über die Währungs-Union. Sie meinten: Ein deutlicheres Zeichen dafür, daß sie zur Integration auch dann noch bereit seien, wenn sie das gar nicht mehr nötig haben, könne es gar nicht geben. Immerhin opfere Deutschland sogar seine D-Mark und setze sich der Gefahr aus, daß irische, sizilianische und portugiesische Habenichtse aus dem gemeinsamen Topf auf Kosten der BRD viel mehr herausholten, als sie einzahlten.

Das Ganze war ein doppelter Bluff: Erstens wurde suggeriert, die europäische Einheit sei ein Zugeständnis der BRD an die anderen. Dabei war sie eine der Bedingungen für den deutschen Wiederaufstieg und wird auch künftig, wenn auf die Bedürfnisse Deutschlands zugeschnitten, eine gute Voraussetzung seiner Dominanz sein. So erklärt sich die Abneigung in einigen Nachbarstaaten – bei den Völkern und auch bei den politischen Klassen – gegen eine noch weiter gehende Integration. Man nimmt an, dann habe man die Deutschen noch härter auf dem Hals.

Zweitens: Genau dieses Mißtrauen könnte Kohl davor bewahren, die D-Mark aufgeben zu müssen. Hier hat er ein Versprechen gegeben, das ihn zu Hause sehr unpopulär machte. Er darf aber darauf hoffen, daß er es nicht einlösen muß.

Als Enkel Adenauers erinnert er sich vielleicht an ein Beispiel aus dessen Trick-Kiste. Um in die Nato und in die WEU zu kommen, hatte dieser 1954 einer »Europäisierung« des Saargebiets zugestimmt. Im entsprechenden Vertrag war vorgesehen, daß zuvor eine Volksabstimmung stattfinden solle. Von vornherein war klar, daß sie negativ ausgehen werde. Mit eiserner Miene propagierte Adenauer ein »Ja« zum Saarstatut und kassierte den Vorwurf, er gebe deutsches Land den Welschen preis. Die Volksabstimmung an der Saar ergab ein massives Nein, der Bundeskanzler galt weiterhin als der prima Europäer, und das Saarland kehrte am 1. Januar 1957 heim.

Einst die Saar, jetzt die Mark. Vielleicht ist Kohl einfacher gebaut als der Großvater und will tatsächlich halten, was er in Maastricht versprochen hat. Andere werden ihn daran hindern, vor allem sein Volk. Dieses fürchtet im Kollektiv bekanntlich Inflation viel mehr als Arbeitslosigkeit. Keinen Job zu haben: das gilt als Krankheit, die man, solange sie nicht eingetreten ist, verdrängt und die, hat man sie dann doch, als individuelles (vielleicht sogar selbstverschuldetes) Schicksal zu werten ist, gegen welches allenfalls Ausländerfeindlichkeit hilft. Inflation aber trifft, dem Sauren Regen gleich, alle: Arme und Reiche, Beschäftigte und Arbeitslose, ihre Bekämpfung ist volksgemeinschaftliche Aufgabe. Europäische Verflüchtigung des deutschen Geldes vollends: das ist wie Enteignung. Wer einen Teil seiner Altersversorgung oder das Studium von Sohn und Tochter durch den Abschluß von Lebensversicherungen und langfristige Anlagen finanzieren will,

möchte am Ende die um Zinsen vermehrte D-Mark wiederhaben, welche er eingezahlt hat, und nicht einen Ecu, von dem er fürchtet, daß er weniger wert sein wird.

Wenn es um Maastricht geht, fühlt sich das Volk nicht vom gewählten Bundeskanzler vertreten, sondern von der Bundesbank. Deren Leitung ließ keinen Zweifel daran, daß sie den Vertrag mißbillige. Ihr Gegensteuern ließ sogar den Verdacht aufkommen, hier werde doppeltes Spiel getrieben: Während Kohl sich europäisch gebe, lasse er sich – gewollt oder ungewollt – von der unabhängigen Bundesbank Lügen strafen. Die Senkung des Diskontsatzes eine Woche vor dem französischen Referendum sollte wohl die Optik verbessern, mehr aber nicht: Die Reduzierung nahm lediglich die Erhöhung vom Juli zurück. Zugleich redete der Bundesbankpräsident Schlesinger in knappen Worten über ein etwa notwendiges »Realignment«: Lira und Pfund aus der Währungsschlange und die Peseta in den Keller. Eine negative Auswirkung auf das Referen-dum war sicher, überwog wahrscheinlichden politischen Effekt der Diskontsatz-Senkung und trug gewiß dazu bei, daß das »Oui« so knapp ausfiel. Noch viel stärker aber hatte in den vorangegangenen Monaten die deutsche Hochzins-Politik in diese Richtung gewirkt.

Am Morgen nach dem Referendum war das große Deutschland noch ein bißchen freier als vorher. Denn jetzt sagten auch die anderen, welche ihm einst hatten europäische Fesseln anlegen wollen, daß Maastricht nicht länger mehr so eng gesehen werden dürfe.

Im September 1992 zeigte sich, daß der Kernpunkt des Septemberprogramms von 1914 verwirklicht ist: der europäische Wirtschaftsverband »unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung«. Es hatten aber auch Abstriche gemacht werden müssen: Dem Reich ging im Osten einiges verloren, an eine Annexion des Erzbeckens von Briey, von Lüttich und Luxemburg ist einerseits nicht zu denken, andererseits ist sie unnötig geworden. Auch die militärische Komponente ist noch vergleichsweise wenig entwickelt. Gerade jetzt wird der Versuch unternommen, dies unter anderem dadurch zu korrigieren, daß Frankreich zu einer Art Juniorpartnerschaft – die von seinen Politikern vielleicht wieder als eine Form der Bändigung des Nachbarn verkauft wird – genötigt ist. Die Gründung eines gemeinsamen Korps wurde bereits beschlossen.

In der Woche nach dem französischen Referendum verteidigten die Banque Nationale und die Bundesbank gemeinsam den Franc. Die Wirtschaftsblätter schrieben darüber im Stil der Kriegsberichterstattung. (»Financial Times«, 24.9.: »France and Germany unite to defend franc ... The Franco-German attempt to crush the speculation started at dawn yesterday ... By last night, the battle between the markets and the central banks seemed evenly matched.«) Das französische Institut hatte allerdings wenig einzubringen: Seine Devisen-Reserven waren erschöpft, bei der Stützung der französischen Währung trat die Bundesbank in denVordergrund. Sie präsentierte sich als Helferin aus einer Situation, die sie selbst erzeugt hatte. »Le Monde« äußerte am 25. September die Befürchtung, wenn die Bundesbank an ih-rem Kurs festhalte, sei die Fortexistenz eines internationalen Währungssystems unmöglich.

Seit längerem schon macht in Frankreich die offizielle Rechte – diesseits von Le Pen – ihre Witze über den Präsidenten Mitterand, der viel zu lange versucht habe, die Deutschen mit den obsoleten Mitteln des Ost-West-Konflikts zu zähmen. Heute habe man sich dagegen an die Lehre Machiavellis zu halten, daß, wer einen Stärkeren nicht bezwingen kann, sich mit diesem verbünden müsse.

Bethmann Hollweg und Hitler hatten sich 1914 und 1939 vergebliche Mühe gegeben, England aus ihren europäischen Aktionen herauszuhalten. Als dies nicht gelang, wurde es zum perfiden Albion. Heute, da alles friedlicher zugeht, ist auch dieses Problem anders gelöst: Die Entente cordiale ist gesprengt, der Kontinent insoweit geeint, als es dem deutschen Interesse dienlich ist.

Scheitert Maastricht, wird Deutschlands Enthemmung beschleunigt. Durch seine Verwirklichung wird sie nicht verhindert. Es sieht so aus, als gebe es nur noch die Wahl zwischen einer deutschnationalen Variante des Imperialismus oder einer eher »internationalistischen«, europäisch oder atlantisch geprägten.

Doch diese Zeitschrift hat viele kritische und kreative Leserinnen und Leser. Sie werden mir, so hoffe ich, zeigen, daß es noch wunderbare Dritte und Vierte Wege gibt, welche ich in meiner rückwärts gewendeten Verblendung nicht wahrzunehmen imstande bin.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 9/92 über den geplanten Prozeß gegen Erich Honecker

Konkret 11/92, S. 40

Christian Eggers

»Infantiler Extremismus«

Die 1971 gegründete peruanische Guerilla Sendero Luminoso, deren Chef Guzman in Lima verhaftet und zu ›Lebenslänglich‹ verurteilt worden ist, geht auch gegen die Zivilbevölkerung und andere linke Organisationen gewalttätig vor. Dennoch verfügt sie über eine Massenbasis und kontrolliert mittlerweile ein Drittel des Landes

Mitte September wurden in der peruanischen Hauptstadt Lima der Sendero Luminoso-Chef Abimael Guzman sowie sieben weitere Männer und Frauen aus der Führung der Organisation gefangengenommen. »Presidente Gonzalo«, wie Guzman von seinen Anhängerinnen und Anhängern genannt wird, leistete bei der Festnahme keine Gegenwehr. Wichtige Dokumente und Computerdisketten, die ebenfalls in die Hände der Antiterror-Polizei Dincote gerieten, führten darüberhinaus in den folgenden Wochen angeblich zur Verhaftung einiger hundert weiterer Kader des Leuchtenden Pfads. Sicherlich ist der peruanischen Regierung mit der Festnahme Guzmans ein wichtiger Schlag gegen die maoistische Guerilla gelungen, die immer wieder durch spektakuläre Anschläge und äußerst brutalen Terror gegen tatsächliche oder vermeintliche »Feinde der Revolution« auf sich aufmerksam gemacht hat. Doch tatsächlich kontrolliert Sendero Luminoso mittlerweile über ein Drittel Perus und findet insbesondere in der andinen Bevölkerung des Landes Unterstützung.

Dabei begann die Organisation wie unzählige andere maoistische Splittergruppen in den sechziger Jahren. Die traditionelle KP Perus spaltete sich unter dem Einfluß des chinesisch-sowjetischen Konfliktes. Guzman, seit 1958 Mitglied der Partei, beteiligte sich an der Gründung des Partido Comunista-Bandera Roja und unternahm in der Folgezeit mehrere Reisen in die VR China. Die Organisation – typisch für viele maoistische Gruppen – zerfiel im Laufe der sechziger Jahre in verschiedene Fraktionen, die allesamt ohne nennenswerten Einfluß blieben. »Es wäre müßig«, so Régis Debray in seiner Untersuchung über den bewaffneten und politischen Kampf in Lateinamerika, »das Scheitern der Organisationen und Parteien, die sich lediglich als ›prochinesisch‹ bezeichnen, zu untersuchen. Sie können im Augenblick ihres Entstehens Gruppen von aufrichtigen und entschlossenen Kämpfern anziehen, aufgrund ihres Programms und ihrer Versprechungen. Aber sehr schnell drängen ihre Arbeitsmethode, der hörbare Opportunismus ihrer politischen Linie, die heuchlerische Sabotage ihrer eigenen offiziellen Richtung gegenüber dem bewaffneten Kampf die revolutionären Schichten und vor allem die Jugend dieser Organisationen dazu, sie zu verlassen.«

So auch damals in Peru. Die Führung der Maoisten beteiligte sich nicht an dem Versuch des Aufbaus einer Guerilla im Jahr 1965 durch die Bewegung der Revolutionären Linken MIR, einer pro-kubanischen Organisation, obwohl sie, wie alle Maoisten, gerade die Ablehnung des bewaffneten Kampfes durch die traditionellen kommunistischen Parteien in den Mittelpunkt ihrer Kritik am »Revisionismus« gestellt hatte. 1967 wirkte Guzman aktiv daran mit, eine Gruppe, die innerhalb des Partido Comunista-Bandera Roja für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes eintrat, aus der Partei auszuschließen. Im gleichen Jahr stimmte er in den internationalen Chor aus moskau-orientierten KPs, Maoisten und Reaktionären ein und verurteilte den Versuch des Aufbaus einer Guerilla in Bolivien durch Che Guevara als »Revolutionsexport«. Seine Partei importierte unterdessen lieber Spaltungen.

1971 gründet Guzman eine weitere prochinesische Partei, den Partido Comunista de Peru PCP, der von Beginn an außerhalb der eigenen Reihen – in Anlehnung an den Namen der Studentenfront Bandera Roja, die sich Guzman anschloß – Sendero Luminoso genannt wird. Die neue Partei will den bewaffneten Kampf vorbereiten, und obwohl es bis zu seinem tatsächlichen Beginn noch einige Jahre dauern sollte, verhält sie sich dabei taktisch und strategisch sehr klug.

Die Kader der Organisation waren bereits in den sechziger Jahren an der Universität von Ayacucho, in der südlichen, äußerst armen Andenregion Perus, aktiv. Guzman war dort Professor für Philosophie und seit 1969 außerdem Personaldirektor der Lehrkräfte gewesen. Die Posten des Direktors für soziale Angelegenheiten, des Leiters der Fakultät für Ingenieure sowie der des Vorsitzenden der Studentenföderation waren mit Anhängern Guzmans besetzt.

Der Einfluß der neuen Organisation ist an der Universität sowohl unter der Studentenschaft als auch innerhalb des Lehrpersonals ziemlich groß. Die meisten Studentinnen und Studenten kommen aus den Dörfern in den Anden, und dahin kehren sie auch, nun als Kader des Sendero Luminoso, im Laufe der siebziger Jahre zurück.

Sie lernen, soweit sie es nicht von Haus aus können, Quechua, die Sprache der Bevölkerung in den Anden, und viele verheiraten sich mit Angehörigen der dortigen Familien. Guzman hatte Fragmente der Theorien Carlos Mariteguis, des Gründers der ersten Kommunistischen Partei Perus, aufgegriffen und seinen Anhängern die Bedeutung der andinen Bevölkerung für die peruanische Revolution vermittelt. Die jungen Senderistas genießen schnell deren Anerkennung, weil sie sich ihrer Lebensweise anpassen, als Lehrerinnen und Lehrer arbeiten und ihre Bildung nicht als Chance benutzen, der Armut zu entfliehen. Gleichzeitig aber machen sie schon bald scharf Front gegen die Autoritäten der Dörfer. Durch diese Forcierung der Dialektik von Fortsetzung und Bruch andiner Traditionen gelingt es Sendero, insbesondere unter den Jugendlichen der Provinz Ayacucho, eine starke Anhängerschaft zu gewinnen. Die Arbeit nimmt fast zehn Jahre in Anspruch.

Das zweite Plenum des Zentralkomitees der Organisation beschließt im Frühling 1980 die Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Die erste Aktion der Senderistas ist allerdings recht harmlos: Eine kleine Gruppe von Militanten überfällt ein Dorf und verbrennt Wahlurnen. In einer Standortbestimmung des Zentralkomitees aus dem Jahr 1986 wird diese Attacke zum »Beginn des Volkskrieges in Peru« erklärt. Der »Krieg« geht weiter mit einer Aktion gegen die Führung der Volksrepublik China, die ja in den Augen der Sendero-Führung mittlerweile ebenfalls zum »Revisionismus« übergelaufen ist: Senderistas erhängen Hunde an Laternenpfählen in Lima. Die toten Tiere symbolisieren den »revisionistischen Verräter« Deng Xiaoping. Es folgen eine Reihe von weiteren Aktionen, aber den ersten Toten in diesem »Volkskrieg« gibt es erst im Dezember 1980, als ein Grundbesitzer von den Senderistas getötet wird. Von nun an eskaliert der Krieg tatsächlich. Zahlreiche Polizisten werden getötet, und die Kaufleute von Ayacucho müssen eine »Kriegssteuer« an die Organisation zahlen. Wenn sie sich weigern, werden ihre Geschäfte zerstört.

In einer spektakulären Anschlagsserie zeigt Sendero Luminoso im Laufe nur eines Tages, wen die Partei für die wahren (ausländischen) Feinde der peruanischen Revolution hält: Auf die Botschaften der Sowjetunion, Kubas, Chinas und der USA werden Bombenanschläge verübt. Später folgen Besetzungen der Vertretungen des sandinistischen Nicaraguas, Indiens und Nordkoreas. Das Zentralkomitee nennt diese Aktionen in der bereits zitierten Standortbestimmung »Botschaftssabotage, wie kürzlich gegen die des sowjetischen Sozialimperialismus, der bis heute größte einer ausländischen Vertretung versetzte Schlag«.

Sendero lebt in einer Welt von Feinden, zu der alle gehören, die nicht bedingungslose Anhängerinnen und Anhänger der Organisation und insbesondere ihres Chefs Abimael Guzman sind. Der wird bald nur noch »Presidente Gonzalo« genannt und läßt sich mit einem in Lateinamerika beispiellosen Personenkult feiern. In den Gebieten, die im Zuge der Ausweitung des Krieges unter die Kontrolle Sendero Luminosos geraten, müssen die Einwohner Bilder Guzmans an die Wände ihrer Wohnungen hängen und den »Presidente« jedesmal, wenn sie den Raum betreten, rituell grüßen.

Der Staat intensiviert seit Beginn des »Volkskrieges« die Repression. Die Armee tötet Tausende von Bauern, die der Unterstützung Senderos verdächtigt werden. Sondergesetze, Ausnahmezustand und unumschränkte Militärgewalt insbesondere in der Region Ayacucho bestimmen die Situation. Massaker an politischen Gefangenen fordern Hunderte von Opfern. Senderos Antwort auf den staatlichen Terror ist nicht minder gewalttätig. Bauern, die sich weigern, den Kampf zu unterstützen, werden umgebracht, ganze Dorfgemeinschaften liquidiert. Der Sprecher der Organisation, Luis Arce Borja, kommentierte das gegenüber dem »Spiegel« zynisch: »Wir wissen, daß viele Unschuldige sterben. Aber Geschichte wird nun mal mit Blut geschrieben. Wir werden nie an die Macht kommen, wenn uns die Toten stören.« Und je größer der Einfluß Senderos wird, desto mehr verschärft die Organisation auch ihren Kampf gegen die übrige Linke. Alle, die öffentlich gegen Sendero Luminoso auftreten, sind bedroht.

In einem Interview mit der Zeitschrift »Cuba Libre« kennzeichnet Hugo Avellanedas, Mitglied der Nationalen Leitung der peruanischen Guerillaorganisation Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru (MRTA) die Politik Sendero Luminosos folgendermaßen: »Die Organisation wandte eine Strategie des Krieges ›Land gegen Stadt‹ an. Sie begannen in Ayacucho und wollten die Städte einkreisen. Sie haben selbst festgestellt, daß diese Taktik sie wachsen ließ, aber irgendwann nicht weiter führte. Was sie jetzt versuchen, ist, sich vor allem in Lima zu verstärken. Sie bringen viele kampferfahrene Gruppen in die Zone um Lima. Die Methoden, die sie anwenden, kann man nicht revolutionär nennen. Sie pflegen z.B. einen Kultdes Todes um des Todes willen und mißachten das Leben. Nicht nur das des Feindes, sondern auch das der Zivilbevölkerung. Die Basis ihrer Praktiken, die sehr autoritär und willkürlich sind, ist der Terrorismus. In den letzten Monaten hat Sendero Luminoso Priester, Nonnen und Ausländer umgebracht. Auffällig ist in jüngster Zeit, daß Sendero Anschläge auf alles macht, was von einer zum Überleben notwendigen Selbstorganisation der Bevölkerung zeugt. Sie haben Mütter umgebracht, die die Triebkraft dieser Organisationsformen sind. In den letzten Monaten wurden über 100 Kader der Volksbewegung getötet. Linke, keine Rechten. Wir sehen Sendero Luminoso nicht als hinderlich für die Revolution, sondern als konterrevolutionäre Kraft an. Seine blutigen Methoden ähneln sehr dem rechten Terror. Sein infantiler Extremismus hat schon vor einiger Zeit dazu geführt, daß die Organisation mehr eine konterrevolutionäre als eine revolutionäre Kraft geworden ist.«

Dennoch: Sendero Luminoso wächst und rekrutiert vor allem Jugendliche aus den ärmsten und zurückgebliebensten Sektoren des Landes. Die Organisation besitzt eine starke Anziehungskraft, weil sie in vielen ländlichen Gebieten die einzige Macht ist, die dem Terror des Staates gegen die Bauern Militanz entgegensetzt. Wo das nicht ausreicht, werden die Menschen gezwungen, die Partei zu unterstützen, und noch in diesem äußerst brutalen Zwang knüpfen die Senderistas an tradierte Kampfformen der andinen Bevölkerung an. Ein Anhänger Senderos erklärt das so: »Die Gegner werden nicht erschossen, sondern gesteinigt oder mit der Machete getötet. Wir kennen seit Jahrhunderten keine anderen Waffen.« Außerdem gelingt es der Organisation, durch simple Bestechung Anhänger zu gewinnen. In den von ihr kontrollierten Gebieten Perus, wo Coca angebaut wird, verfügt die Partei über enorm viel Geld, weil sie mit der Kokain-Mafia Geschäfte macht. Mit dieser Finanzkraft ist Sendero in der Lage, einige grundlegende materielle Probleme der Bevölkerung zu lösen.

In vielem ähnelt die militaristische Politik Sendero Luminosos dem Terror Pol Pots in Kambodscha. Was die Linke in den Metropolen während der siebziger Jahre in Bezug auf die Roten Khmer als »imperialistische Propaganda« abgetan hat, stellt sie in Bezug auf Sendero Luminoso vor einige Rätsel. Da werden Theorien über eine »Indio-Bewegung« genauso verbreitet wie bloßes Entsetzen über die Gewalt der Senderistas, aber auch die immer gleichen »Sieg im Volkskrieg«-Sprüche der Maoisten und einiger Autonomer, denen allein die Tatsache, daß Sendero Luminoso über eine massenhafte Unterstützung verfügt, ausreicht, der Organisation zuzujubeln. In einem in Hamburg verteilten Flugblatt wird die Festnahme Guzmans gleich zu einem »Schock« für »alle Menschen auf der Welt, die gegen Unterdrückung kämpfen« erklärt. Das Flugblatt ist, ob bezeichnender- oder zufälligerweise, u.a. von einer »Internationalismusgruppe Hamburg« unterzeichnet, die während des Golf-Krieges ein antisemitisches Pamphlet mit dem Titel »›Israel‹ – ein Problem für die ganze Welt« verbreitete.

Auch Abimael Guzman reklamiert gerne das ganze Universum für seine »Gonzalo-Ideen«: »Der Maoismus schreitet unaufhaltsam auf der Welt voran«, sagte er in einer Rede vor der Presse nach seiner Gefangennahme. Dann sang er die Nationalhymne des Landes.

Für die peruanische Linke und die Volksbewegung ist die Festnahme Guzmans trotz allem eher negativ. Der Staat hat einen Sieg davongetragen, und der Putschist Fujimori konnte seine Stellung stärken. Erst Anfang April hatte er mit Hilfe des Militärs das Parlament aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt, um, wie er sagte, »Peru in eine wirkliche Demokratie zu verwandeln«. Das Land ist durch seine neoliberale Wirtschaftspolitik in eine Krise geraten, in der die ärmsten Bevölkerungsschichten weiter verelenden. Der sich dagegen entwickelnde Widerstand und die Guerilla sollten nach dem Putsch liquidiert werden, um Peru wieder attraktiv für Investitionen ausländischen Kapitals zu machen. Tatsächlich wird Peru heute vom Militär und dem Geheimdienst regiert, deren Repressionsmaßnahmen keinerlei ziviler Kontrolle mehr unterliegen. Doch die Macht Fujimoris kann leicht ins Wanken geraten. Er braucht Erfolge wie den gegen die maoistische Guerilla, um einen neuerlichen Militärputsch – der sich dann gegen ihn richten würde – zu verhindern und bei den für November angekündigten Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung einen Sieg erringen zu können. Seine Amtszeit als Präsident endet erst 1995, und bis dahin ist er weiter auf das Wohlwollen der Streitkräfte angewiesen. Die von ihm anläßlich des Prozesses gegen Guzmann – der in erster Instanz am 7. Oktober mit ›Lebenslänglich‹ endete – in Aussicht gestellte Volksabstimmung über eine Wiedereinführung der Todesstrafe ist daher wohl vor allem ein Signal an die Militärs. Sendero aber wird durch die Verhaftung des »Presidente Gonzalo« nicht entscheidend geschwächt. Laut Berichten in der bürgerlichen Presse wurden in den vergangenen Wochen neben zahlreichen Senderistas auch Militante der MRTA festgenommen.

Außerhalb Perus findet Sendero Luminoso in Lateinamerika wenig Anklang. Die Linke des Kontinents hat andere Sorgen. Zum Beispiel, Strategien für eine kontinentale Perspektive und die Solidarität mit der kubanischen Revolution zu entwickeln. Sendero Luminoso hat da nicht viel beizutragen. Weil es die Sowjetunion nicht mehr gibt und Kuba also nicht länger als »Bastion des Sozialimperialismus« denunziert werden kann, ist Fidel Castro nach Ansicht des Senderista Adolfo Olaechea jetzt »nichts weiter als ein Papagei der Nordamerikaner«.

Christian Eggers ist Mitarbeiter der Zeitschrift »Cuba Libre« und lebt in Hamburg

Konkret 11/92, S. 46

Gerhard Zwerenz

»Penetrant+ primitiv«

Ein Stück aus dem gesamtdeutschen Tollhaus: Der Kommandierende General und Befehlshaber des Bundeswehr-Territorialkommandos Ost, Generalleutnant von Scheven, hat den Bürgermeister der Stadt Rheinsberg schriftlich aufgefordert, die im Schloß Rheinsberg eingerichtete Kurt Tucholsky-Ausstellung »auf dem Müllhaufen der Geschichte verschwinden zu lassen«. KONKRET dokumentiert das Schreiben, dazu einen Offenen Brief des Tucholsky-Spezialisten und Verantwortlichen für die Ausstellung, Richard von Soldenhoff, sowie die Antwort des Bürgermeisters von Rheinsberg, Manfred Richter, an von Scheven. Gerhard Zwerenz kommentiert den Vorgang

Offener Brief Richard von Soldenhoffs an Generalleutnant von Scheven

»Du glaubst nicht, wie das Land von außen aussieht: ein Haufen neurasthenischer Irrer, die samt und sonders, jeder für sich, unrecht haben. So etwas von Mißverständnissen, von Nebeneinanderher, von Aneinandervorbeireden...«
Tucholsky an den Bruder aus Schweden am 18.1.1931

»Wir leben in einem Irrenhaus.«
Walter Kempowski in der »Zeit vom 4.9.1992

Sehr geehrter Herr von Scheven,

Sie also kennen Kurt Tucholsky, den ehrenwerten Pazifisten? Und Sie wollen uns unehrenwerte Pazifisten an Ihrem Literaturverständnis teilhaben lassen, was von Tucholsky gelte und was vielleicht auch auf dem »Müllhaufen der Geschichte« zu landen habe? Als Tucholsky-Kenner ist Ihnen gewiß dieser Satz besonders in guter Erinnerung geblieben: »Da es keinen Staat gibt, für den es zu sterben lohnt, und erst recht keine Prestigefrage dieser größenwahnsinnigen Zweckverbände, so muß Symbol für Symbol, Äußerlichkeit für Äußerlichkeit, Denkmal für Denkmal umkämpft, erobert, niedergelegt werden. Es steht kein pazifistisches Kriegerdenkmal, die einzige Art, der für einen Dreck hingemordeten Opfer zu gedenken – es gibt nur trübe Anreißereien.«

Und Tucholsky, der »große Deutsche, der auch ein Jude war«, schreibt in seinem Artikel »Über wirkungsvollen Pazifismus« weiter: »Ich glaube, daß man weiterkommt, wenn man die Wahrheit sagt: Daß niemand von uns Lust hat, zu sterben – und bestimmt keiner, für eine solche Sache zu sterben. Daß Soldaten, diese professionellen Mörder, nach vorn fliehen. Daß niemand gezwungen werden kann, einer Einberufungsorder zu folgen – daß also zunächst einmal die seelische Zwangsvorstellung auszurotten ist, die den Menschen glauben macht, er müsse, müsse, müsse traben, wenn es bläst. Man muß gar nicht. Denn dies ist eine simple, eine primitive, eine einfach-große Wahrheit: Man kann nämlich auch zu Hause bleiben.«

Eckt man als Generalleutnant und Tucholsky-Kenner, als den Sie sich mit Ihrem Schreiben unsterblich ausgewiesen haben, nicht manchmal an, oder haben Sie Ihre Soldatenkarriere gemacht, ohne sich zu erkennen zu geben?

Nun ist es doch jammerschade, daß Sie an mir altem SED-Agitator so messerscharf vorbeizielen. Ich bin, Sie werden es nicht für möglich halten, Westdeutscher. Aber es ist bezeichnend, daß Sie als »Kommandierender General und Befehlshaber« auf dem Gebiet der früheren DDR wie selbstverständlich davon ausgehen, daß als Verursacher eines solchen riesengroßen Bockmistes nur ein Ossi in Frage kommt. So sieht ein Kolonialherr seine Sklaven an. Das freut die Ostdeutschen, sie werden es Ihnen danken.

Ich habe viele Tucholsky-Ausstellungen gemacht. Diese scheint vielleicht nicht meine erfolgreichste, aber doch die wirksamste zu werden. Denn noch nie, noch niemals habe ich es erreicht, daß ein General Ihres Schlages sich selbst so desavouiert. Und ich kenne, sehr geehrter Herr von Scheven, kein besseres Beispiel aus letzter Zeit, das gerade jenen Typus eines deutschen Offiziers so lebensecht verkörpert, den Tucholsky gemeint, gehaßt, bekämpft hat. Man sollte Ihren Brief neben die anderen Tafeln dort in die Ausstellung hängen und dort hintun, wohin Sie die ganze Ausstellung wünschen.

Uns unehrenwerten Pazifisten wäre es eine kleine Freude, wenn Sie, sehr geehrter Herr von Scheven, nächstens auf die Anrede »Lieber Herr Generalleutnant...!« leise sagten: »Ach bitte, lassen Sie den General doch weg...«

Dann hätte sich Ihr Brief gelohnt.

Antwort des Bürgermeisters der Stadt Rheinsberg, Manfred Richter, an von Scheven

Sehr geehrter Herr von Scheven,

ich bedaure, daß Sie es nicht für notwendig hielten, sich nach den sachlichen Details der Tucholsky-Ausstellung in Rheinsberg zu erkundigen, bevor Sie mit so drastischen Worten deren Schließung verlangten. Es wäre Ihnen dann sicher erspart geblieben, in so vielen Punkten korrigiert zu werden.

Es ist absurd, den Autor der Ausstellung, Herrn Richard von Soldenhoff, mit SED-Propaganda in Verbindung zu bringen, Herr von Soldenhoff ist Bürger unserer Partnerstadt Ascheberg im Münsterland und hat in der »ehemaligen DDR überhaupt keine Rolle« gespielt.

Die Stadt Rheinsberg ist deshalb auch in keiner Weise »verpflichtet«, die Ausstellung in Rheinsberg zu zeigen. Wenn schon von Verpflichtungen die Rede ist, dann fühlen wir uns dem Werk Tucholskys verpflichtet, und wir freuen uns, daß wir mit der Hilfe Herrn von Soldenhoffs und der Unterstützung unserer Partnerstadt und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg eine solche Ausstellung in Rheinsberg zeigen können.

Im übrigen ist diese Ausstellung von offiziellen Stellen der Bundesrepublik als besonders wertvoll eingeschätzt und zur Weiterverbreitung empfohlen worden.

Diese hohen politischen Organe, wie z. B. das Auswärtige Amt, sind offensichtlich anderer Meinung als Sie, Herr Generalleutnant.

Von einem Abbau der Ausstellung kann also überhaupt nicht die Rede sein. Das zu den sachlichen Richtigstellungen.

Viel mehr berührt mich der politische Aspekt Ihres Briefes. Seit nunmehr 2 Jahren sind die demokratisch gewählten Kommunalvertretungen politischer Bestandteil des geeinten Deutschlands. Seit 2 Jahren können nun auch wir in den neuen Bundesländern die Grundrechte wahrnehmen. Gerade die Menschen in den neuen Bundesländern reagieren sehr sensibel auf den Versuch, diese Grundrechte einzuschränken.

Wie steht es mit Artikel 5 des Grundgesetzes, dem Recht auf freie Meinungsäußerung? Der Freiheit von Kunst und Wissenschaft?

Ist es richtig, daß ein Kommandierender General und Befehlshaber eine demokratisch gewählte Kommunalvertretung dringend auffordert, einen bestimmten Beschluß zu fassen?

Ist es richtig, daß die Bundeswehr, die Sie, Herr Generalleutnant, repräsentieren, sich in die inneren Angelegenheiten einer Kommune einmischt?

Ich kann diese Fragen trotz meiner zugegeben noch jungen Erfahrung in der Wahrnehmung und Durchsetzung der Grundrechte nur eindeutig mit NEIN beantworten.

Es wäre, glaube ich, durchaus im Sinne von Tucholsky, wenn wir diese unterschiedlichen Standpunkte im Rahmen einer öffentlichen Diskussion hier in Rheinsberg diskutieren würden.

Gerhard Zwerenz

Tucholsky, General und Bürgermeister

Der Kommandierende General und Befehlshaber vom Territorialkommando Ost, Generalleutnant von Scheven, schrieb am 8. 9. 1992 dem Bürgermeister von Rheinsberg einen Brief, der von Ignoranz, Frechheit und Infamie nur so strotzt. Der Herr verlangt schlicht, die in Rheinsberg vorhandene Tucholsky-Ausstellung per Zensur und Verbot abzuschaffen und durch eine andere zu ersetzen.

Der Herr General hält die vorhandene Ausstellung für eine »Agitation des SED-Staates gegen die Bundesrepublik Deutschland« und bescheinigt ihr »penetrante« und »primitive Machart«, sie sei eben ein »Machwerk«.

Indessen war eben genau diese Ausstellung in völlig identischer Fassung 1985 im Wiener Künstlerhaus gezeigt worden, Veranstalter: die Bundesrepublik Deutschland. Von Wien aus wurde die Ausstellung durch das Bonner Auswärtige Amt als »besonders wertvoll« an die Botschaften in Frankreich und Belgien empfohlen. Offenbar bediente der »SED-Staat« sich bei seiner Propaganda gegen die BRD eben dieser BRD und insbesondere des BRD-Außenministeriums.

Der Herr General schreibt: »Ich frage mich, welche Rolle der Hersteller und Stifter dieser Ausstellung in der DDR gehabt hat und welche Legitimation er heute noch besitzt, die die Stadt Rheinsberg verpflichten könnte, das Machwerk nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte verschwinden zu lassen.«

Nun, dem Kommandierenden General und Müllhaufenliebhaber kann geholfen werden: Der Autor und Tucholsky-Spezialist Richard von Soldenhoff spielte in der DDR gar keine Rolle (womit das köstliche Generalsdeutsch indirekt mit korrigiert sein soll), sondern lebte frohgemut in der alten Bundesrepublik, wo er u. a. an wertvollen Büchern vorlegte: *Kurt*

Tucholsky 1890 – 1935, Quadriga Verlag 1987; *Carl von Ossietzky – Ein Lebensbild*, Quadriga Verlag 1988; *Siegfried Jacobsohn – Briefe an Kurt Tucholsky*, Knaus Verlag 1989.

Wie der General dem Rheinsber-ger Bürgermeister schrieb, war er bei Besichtigung der Tucholsky-Ausstellung »schockiert«. Wie schockiert wäre er erst, läse er die hier angeführten Bücher? Etwa:

»Man muß von vorn anfangen – nicht auf diesen lächerlichen Stalin hören, der seine Leute verrät, so schön, wie es sonst nur der Papst vermag...« (15.12.1935)

»Mit genau derselben Unerbittlichkeit ... lehne ich es ab, mit irgendeinem Deutschen am Tisch zu sitzen, der mir nicht ganz hasenrein ist.« (20.4.1933)

»Ich bin Antifaschist...« (15.4.1935)

»Ich bin auch nicht verbittert ... ich hatte von Deutschland nie etwas anderes erwartet...« (3.12.1935)

Natürlich kann der Kommandierende General diese Tucholsky-Sätze auch direkt bei Tucholsky nachlesen. Inbegriffen den schönen Satz »Soldaten sind Mörder«, für den Carl von Ossietzky als Verantwortlicher der »Weltbühne« 1932 vor dem Reichsgericht angeklagt und in zwei Instanzen freigesprochen worden ist.

Von Soldaten als Rufmördern schrieb Tucholsky noch nicht. Keine antifaschistisch-pazifistische Schriftstellerphantasie reicht aus, sich den Generalsbrief an einen Bürgermeister vorzustellen. Das blieb der deutschen Realität von 1992 vorbehalten.

Bis zum Erweis des Gegenteils aber weigere ich mich, den Brief für echt zu halten. Offenbar fingierte ein Satiriker das Schreiben. Denn, offen gesagt: So blöde kann ein Kommandierender General unserer freiheitlichen Bundeswehr gar nicht sein. Ich rate dem Herrn von Scheven, Anzeige zu erstatten gegen den unbekannten Verfasser, der das deutsche Militär derart der Lächerlichkeit preisgibt, daß es selbst einen in der Wolle gefärbten Pazifisten erbarmt.

Gerhard Zwerenz, Schriftsteller und Tucholsky-Biograph, lebt in Schmitten/Taunus

Konkret 11/92, S. 50

Michael Scharang

Barbarei, 3. Auflage

□ sterreich und Deutschland, von den Therapeuten, den Siegerm□ chten, vor□ eitig entlassen, greifen □ ur Selbsttherapie. Nicht mehr Handauflegen steht auf dem Programm, sondern Handanlegen

Karl Kraus schätzte an den Kommunisten, von denen er wenig wußte, daß das Bürgertum, vom dem er alles wußte, sich vor ihnen fürchtete. Kein Bürgertum freilich fürchtete sich so sehr wie das deutsche und österreichische (das schon deshalb zusammengehört, weil die deutsche Sprache – und sie wird wissen, warum – eine Mehrzahl von »Bürgertum« nicht zuläßt).

Schrecklicher empfindet es nur noch den Schock, nun, nach dem Ende der Sowjetunion, ohne jene Furcht leben zu müssen, an der es jahrzehntelang Halt gefunden hat. Ohne ihn fällt, wie sich zeigt, die bürgerliche Gesellschaft in Raserei.

Wirft man heute der Linken – exakter: wirft heute der eine Linke dem anderen – Orientierungslosigkeit vor, möge bedacht werden, daß die bürgerliche Gesellschaft, die sich bislang wichtig tat mit ihrer Rationalität, selbst darüber erstaunt ist, daß sie zur Zeit nur mit ihrer Unberechenbarkeit rechnen kann.

Die Rechte überflutete die Gesellschaft schneller, als sie das für möglich hielt, da alle sich ihr anpaßten; sie wollte klein, als Sturzbach, beginnen, nun bedeckt sie als Hochwasser die Länder und weiß nicht recht, wohin mit sich. Sie steht und stinkt. Sie möchte heroisch sein und ist niederträchtig. Und in ihrem Feuilleton wirft sie der Linken Ratlosigkeit vor. Sich zu einer solchen Debatte überreden zu lassen, hieße den vorgesehenen Platz im Konzept der Rechten einnehmen.

Wer wie die Linke die Gesellschaft anders haben möchte, ist mit Fragen beschäftigt, die niemals in zureichenden Antworten enden. Eine Linke, die nicht auch ratlos ist und zerstritten, wäre keine. Wie ratlos und zerstritten sie ist, hängt ab von der Gesellschaft, in der sie sich befindet. Österreich und Westdeutschland sind jedenfalls kein guter Boden für sie, denn diese Nachkriegsgesellschaft war nicht nur bürgerlich, sondern auch schizophren.

Den faschistischen Kriegsverlierern wurde von den westlichen Siegermächten eine bürgerlich-demokratische Ordnung aufgenötigt, um deren Einhaltung sich vor allem die östliche Siegermacht kümmern sollte. Da die Sieger sich nach dem Krieg selbst zerkriegten, kamen die Therapeuten, Amerikaner und Sowjets, zerstritten wie sie waren, nicht an den Patienten, der vom Faschismus kuriert werden sollte, heran. Wo notwendig, wahrte der Patient die neue Form, sonst aber setzte er freudig und schadenfroh sein altes Leben als sein eigentliches fort.

Es ist die wichtigste Leistung der Linken, die ungebrochene, nur notdürftig verdeckte Präsenz des Faschismus nach 45 aufgezeigt und attackiert zu haben; die Linke sollte über den jetzigen Rechtsextremismus am wenigsten erstaunt sein. Wenn sie dennoch konsterniert ist, dann wohl deshalb, weil sie des politischen Effekts wegen dazu neigte, sich auf einzelne Personen und Fakten zu fixieren: wieder ein alter Nazi in einer Spitzenposition, wieder ein junger Nazi im Kampfanzug. So wurde der Untergrundfaschismus, der die gesamte Gesellschaft durchdrungen hatte, sich aber nicht so wirkungsvoll anprangern ließ wie das Einzelphänomen, von der Linken zunehmend verschont, mit dem Erfolg, daß die Kultur des Untergrundfaschismus als Sangeslust und Welterlösertum in der Linken selbst Fuß faßte.

Immer ungestörter betrieb die Gesellschaft ihr Doppelspiel, immer ungenierter zwinkerten ihre Mitglieder sich zu, wenn die Rede auf die aufgezwungene Demokratie kam, und immer belustigter brüsteten sie sich damit, der Welt ein Vorbild zu sein an Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. So hatte ihr Leben stets eine heitere Seite, und es darf einen nicht wundernehmen, daß die Österreicher und Westdeutschen in den vergangenen Jahrzehnten die anderen Erdbewohner an Fröhlichkeit und Gemütlichkeit spielend übertrumpften.

Im ernsten Teil des Lebens wurde der vertraute Faschismus in Wirtschaft und Politik und erst recht im Kultur- und Geistesleben fortgesetzt. Die Linke aber, da sie, wenn sie Gesellschaft sagt, immer auch an eine mögliche Klientel denkt, wollte und konnte von der Wirklichkeit nicht so schlecht denken, wie diese wirklich war.

Anders auch als in anderen Ländern stellt sich für die Linke in Österreich und Deutschland die Frage nach dem bürgerlichen Rechtsstaat. Der sei, sagt man anderswo nicht zu Unrecht, zu verteidigen, wenn er von rechts angegriffen wird. In Österreich und Deutschland läßt sich das nicht so ohne weiteres behaupten. Hier hat es nie ein Bürgertum gegeben, das sich aus Eigenem eine seinen materiellen Verhältnissen entsprechende Verfassung schuf. Es hat diesbezüglich auch nichts zu verteidigen. Deshalb laufen der Linken, macht sie sich für den Rechtsstaat stark, auch keine Bürger als Verbündete zu. Sie bleibt allein und angeschmiert.

Das Bürgertum in Österreich und Deutschland hat eine tragikomische Tradition. Von den Fürsten, die es haßte, so lange geprügelt, bis es sie liebte und sich selbst verachtete, von den Fürsten also ließ es sich auch noch politisch entmündigen. 1918 schließlich ging alles verloren: Krieg und Vormundschaft.

Für immer verloren schien auch das Bedürfnis nach politischer Eigenständigkeit zu sein; zu tief hatte sich bereits eingefleischt, im eigenen Land unterwürfig zu sein und dafür die übrige Welt sich unterwerfen zu dürfen.

Es dauerte nur fünfzehn Jahre, in Österreich zwanzig, bis das Bürgertum wieder jemanden gefunden hatte, der es hart anpackte und ihm dafür die Welt versprach. Er mußte sich allerdings, damit man ihm glaubte, auf die Vorsehung berufen – so stand es in diesen bürgerlichen Ländern um die Aufklärung, um dieses an sich urbürgerliche Phänomen.

Nachdem auch der zweite Weltkrieg samt Führer verlorengegangen war, übernahmen die Siegermächte die Vormundschaft. Daß man ihnen eine Ordnung aufzwang, empfanden die Bürger als normal, daß man ausgerechnet ihnen eine bürgerliche Demokratie zumutete, als infam. Aus Rache erfüllten sie die Republik mit demokratiefeindlichem Leben, so daß die beiden Staaten, als die Siegermächte wegen des Ausfalls der Sowjetunion die Vormundschaft zurücklegten, bereits über eine hochentwickelte autoritäre Struktur verfügten.

Dennoch brach, als man sich ohne Aufsicht sah, Panik aus. Die Österreicher scharten sich um den nächstbesten Führer, wenn der auch nur ein Haider ist, und die Deutschen forderten in ihrer psychischen Not, daß dieser Haider bei ihnen einmarschiere. Der kam auch, aber nur zu Besuch. Waren die Deutschen seiner noch nicht würdig? Um diese Möglichkeit auszuschließen, tun sie alles, um bis zu seinem nächsten Besuch an Prestige zu gewinnen. Und da er schon lange verlangt, das Ausländerproblem zu lösen, lösen sie es.

Die schlimmsten Untaten gegen Ausländer können aber nicht ersetzen, was die Furcht vor den Kommunisten einst bedeutet hat. Ohne Feind im Ausland gibt es keinen inneren Halt. Zum Glück gelang es den Österreichern und Deutschen mit publizistischen Kriegserklärungen und diplomatischen Offensiven, Leben in den Balkankonflikt zu bringen und für den Tod, der daraus resultierte, die Serben verantwortlich zu machen. Ein Feind war also gefunden. Leider kann man noch nicht gegen ihn marschieren, da die anderen westlichen Staaten sich nicht dafür begeistern lassen.

Das ist immerhin ein Grund, den Haßhaushalt aufzubessern, indem man die befreundeten Nachbarstaaten der Komplizenschaft mit dem serbischen Feind bezichtigt. Außerdem tröstet der Gedanke, daß diese suspekten Nachbarn, die faul in einer Wirtschaftsgemeinschaft mit den Deutschen dahindösen, sehr bald in einem Militärbündnis unter Führung der Deutschen erwachen werden.

Sehr bald. Wenn nur erst Österreich in der EG ist, Schulter an Schulter mit Deutschland, werde, so spekulieren die beiden, das restliche Europa froh sein, wenn es nur reichsdeutsch herumkommandiert und nicht gleich überfallen wird.

Zu Recht setzt Deutschland nicht nur auf Haider, sondern auch auf Österreich große Hoffnungen. Dieser Staat hat ein gewaltiges militärisches Nachholbedürfnis, ihm wurde ja nicht nur von den Westmächten Demokratie, sondern auch noch von der Sowjetunion Neutralität oktroyiert. Die gilt es rasch zu begraben, nach Möglichkeit mit Hilfe der Habsburger, Österreichs versiertesten Totengräbern.

Nicht von ungefähr haben in Österreich die Habsburger zur Zeit Konjunktur wie in Deutschland die Skinheads. Und wie diese leiden auch jene tagsüber an Arbeitslosigkeit.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 9/92 über das Geschwätz von der Identität

Konkret 11/92, S. 52

Kurt Pätzold

Antifaschismus und NS-Geschichte

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur ›Aufarbeitung‹ der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zu wenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« vor. Nach seinen Kollegen Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler (»Material fürs Sieger-Tribunal?«, KONKRET 8/92) antwortet nun der Historiker Kurt Pätzold auf diese Vorwürfe

An den Verfasser des Vortrags an der Evangelischen Akademie in Arnoldshain* mögen mancherlei Versuchungen herangetreten sein. Ein Versucher hat ihn verschont (oder hat er sich seiner erwehrt?), jener, der ihn zu der Überlegung hätte drängen können, ob in der Geschichtsschreibung der DDR, soweit sie sich mit der Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmords in den Jahren der faschistischen Herrschaft befaßte, irgendetwas Eigenes hervorgebracht wurde. Wer danach sucht und es womöglich findet, sieht sich vor einer Anschlußfrage: Entstand zu DDR-Zeiten etwas Bewahrenswertes und, wenn es denn (inzwischen wäre einzufügen: noch) vorhanden ist, welchen Platz soll es künftig einnehmen? Das Objekt, der Vortrag, barg für das Subjekt, den Redner, eine Tücke ...

Wer freilich geschichtswissenschaftliches Forschen und Nachdenken in der DDR, soweit dies die Jahre 1933 bis 1945 betraf, an die Dimitroff zugeschriebene, zuerst in eine 1933 verfaßte Komintern-Resolution aufgenommene Faschismus-Definition gefesselt sieht, für den erledigen sich die eingangs formulierten Fragen von vornherein. Wahr ist, daß die Geschichtsforscher in der DDR an den Akademie-Instituten wie an denen der Universitäten, obwohl sie intern über Erkenntniswert und Mängel des definitorischen Zugriffs aus dem ersten Jahr der Naziherrschaft in Deutschland (der selbstredend wie jeder andere ärmer war als die jeweilige Basis der Abstraktion) diskutierten, sich doch nie entschlossen, ihr Faschismus-Verhältnis auf einen reiferen, auch ihre eigenen Forschungen angemessen widerspiegelnden Begriff zu bringen, der die ideologischen Charakteristika des Systems und dessen Massenbasis hätte einbegreifen müssen.

Damit ist festgestellt, daß die Faschismus-Forschung in der DDR nicht auf dem Niveau verharrte, das 1933/35 in der internationalen kommunistischen Bewegung erreicht war. Einzelforschungen ermöglichten ein komplexeres Bild, fremde und eben auch eigene. Das galt auch und gerade von den Forschungen über den Antisemitismus und die sich bis zum millionenfachen Mord steigernde Verfolgung zuerst der deutschen, dann aller Juden im Zugriffsbereich des imperialistischen Eroberers. Kaum ein zweiter Gegenstand zwang stärker dazu, sich zum einen mit dem verwickelten Prozeß des Umschlagens von (extrem reaktionärer) Ideologie in (geschichtlich beispiellose, verbrecherische) Gewalt auseinanderzusetzen und zum anderen das nicht weniger komplizierte Beziehungsgeflecht zu sezieren, das die deutsche Gesellschaft als ganze und den Nazistaat verbanden.

Zunächst aber scheint es notwendig, ein Mißverständnis zu korrigieren, das durch den diese Diskussion einleitenden Beitrag nicht verursacht, durch ihn möglicherweise aber belebt worden ist. Die Geschichtswissenschaft in der DDR war bei weitem nicht die einzige, zeitlich nicht die erste und niemals die erstrangige Quelle, aus welcher der Bürgerschaft in Ostdeutschland Wissen über das Leben, Leiden und Sterben der Juden unter der Naziherrschaft zufloß. Die Auseinandersetzung mit der Rassenideologie und ihrer grauenvollen Ausprägung in der Praxis des Antisemitismus begann, lange bevor sich Geschichtsforscher daran machten, zu leisten, was von ihnen im geistigen Kampf gegen den Faschismus, seine Vorläufer und Verwandten erwartet werden konnte. Deshalb kann von Leistungen, Fehlleistungen und Unterlassungen der Historiker rechtens nicht auf den gesellschaftlichen Gesamtbefund zurückgeschlossen werden.

Die ersten Nachkriegsaufführungen auf deutschen Bühnen (z. B. dem Deutschen Theater in Berlin, dem Nationaltheater in Weimar) boten noch 1945 mit Lessings »Nathan der Weise« eine der eindringlichsten antinazistischen Botschaften der Weltliteratur. Kurt Maetzigs DEFA-Film »Ehe im Schatten« führte Hunderttausenden von Deutschen auf der Leinwand vor Augen, was mitten unter ihnen geschehen war, als die meisten von ihnen weggesehen hatten. Kein Buch, das von jüngster deutscher Geschichte berichtete, machte in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre insbesondere auf die nach einer neuen Orientierung suchende Jugend einen solchen Eindruck wie des Juden Viktor Klemperer Bericht über sein und seiner Leidensgenossen Leben, der unter dem Titel »LTI (für Lingua Tertii Imperii). Aus dem Notizbuch eines Philologen« erschien und später wiederholt als Taschenbuch aufgelegt wurde. (Die Frage, warum sich über Jahrzehnte kein Verlag in Westdeutschland fand, der sich zu einer Lizenznahme entschlossen hätte, kann hier nicht beantwortet werden.)

Intendanten und Regisseure von Theatern, Filmemacher und Buchautoren blieben über die gesamte Dauer der DDR-Existenz diesen verpflichtenden Anfängen treu, und es waren eher ihre Leistungen als die vergleichsweise bescheidenen und in ihrem Einfluß begrenzten der Historiker, die jenseits der Staatsgrenzen bezeugten, daß es bei aller Formalisierung, Instrumentalisierung und Ritualisierung von staatsoffiziellem Antifaschismus eine verwurzelte Haltung des »Nie wieder Faschismus« gab, die Betätigung suchte und fand. Es waren auch – dies wäre freilich biographisch im einzelnen aufzuklären – gerade die frühen Leistungen von Kunst und Literatur, gewiß im Verein mit Kindheits- und Jugenderfahrungen, die Absolventen, die ihr Studium zu Beginn der fünfziger Jahre abschlossen, zu der Entscheidung führten, sich mit der Geschichte der Nazijahre forschend zu befassen. Von ihren Hochschullehrern kam ihnen die Anregung

nicht zu, denn die hatten den Gegenstand – im Osten nicht anders als im Westen – zunächst ausgelassen, sofern unter ihnen nicht ein Antifaschist war, der aus einem KZ oder Zuchthaus wieder in die Freiheit gelangte oder aus der Emigration früh nach Deutschland zurückkehren konnte. Die in dieser Debatte schon erwähnten Publikationen des Dietz Verlags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die 1948 erschienenen Broschüren von Siegbert Kahn und Stefan Heymann, besaßen für jene, die sich anschickten, Geschichtslehrer oder -schreiber zu werden, den Charakter von erstrangigen Studienheften, in denen nach Alternativen zur Überfülle des historisch-idealistischen Studienangebots in Vorlesungen und Institutsbibliotheken gesucht, ja geradezu gefahndet wurde. Diese heute kaum vorstellbare Bedeutung jener schmalbrüstigen Drucke macht es lohnend, noch einmal zu fragen, was Kahn und Heymann an materialistischem Geschichtsdenken in ihren Analysen von Antisemitismus und Judenverfolgung im unmittelbaren Nachkrieg, als noch zu keiner Teilfrage irgendwelche Detailforschungen vorlagen (freilich: die wichtigen Einsichten aus dem Hauptkriegsverbrecher-Prozeß in Nürnberg!), zur Geltung brachten.

Heymann und Kahn legten in ihren Arbeiten vor allem die Beziehungen von Rassismus und Antisemitismus zu Expansionsdrang, Kriegsvorbereitung und Krieg, also zu dem Vorsatz bloß, Europa und die Europäer zu versklaven und den Kontinent nach den Bedürfnissen des deutschen Imperialismus »neuzuordnen«. Sie verwiesen mithin auf den historischen Platz und die konkreten sozialen Funktionen der absichts- und zweckvoll erfolgten Aufputschung von Millionen gegen die Juden. Zugleich bezeichneten sie die zentrale Stellung des Rassismus im Gebäude der Nazi-Ideologie (eine Erkenntnis, die später vielfach aufgegeben wurde zugunsten der Hervorhebung des nazistischen Antikommunismus). Sie zeigten, daß die Verbreitung des Antisemitismus den Machthabern in Deutschland dazu diente, den Rassismus insgesamt »zu begründen« und zu rechtfertigen. Tatsächlich stellte die Verhetzung gegen die Juden so etwas wie die Verabreichung einer Einstiegsdroge dar, die den deutschen Rassekrieger formen und befähigen sollte, sich auf jede ihm bezeichnete Menschengruppe zu stürzen, sie zu verfolgen, zu vertreiben und zu ermorden. Manches, was Heymann und Kahn über den Zusammenhang von materiellem Expansionsinteresse und dessen ideologischer Verkleidung schrieben, mußte holzschnittartig ausfallen. Indessen war es beider Sache nicht, die komplizierten Fragen ins Vulgärmaterialistische zu vereinfachen. Sie wußten um die Macht, die eine reaktionäre Ideologie, wenn sie denn Millionen ergriffen hatte, gewinnen konnte; sie fragten nach den Urhebern dieser Ideologie, nach den Prozessen, die ihre Verbreitung beförderten, nach den Nutznießern.

Was die Haltung der deutschen Bevölkerungsmehrheit zu Rassismus und Antisemitismus während der Jahre der Nazidiktatur anlangte, so äußerten sich Heymann, der zwischen dem Januar 1933 und dem April 1945 sich nur wenige Tage auf freiem Fuß befunden, Zuchthaus, KZ Buchenwald und Vernichtungslager Auschwitz überlebt hatte, und Kahn, der im Exil den Mördern entgangen war, ganz zurückhaltend. Dennoch ließen sie keinen Zweifel an Ausbreitungsgrad der antihumanistischen Ideologie im Volke. Der Antisemitismus sei schon vor Hitler »Massenerscheinung« gewesen, so daß die NSDAP daran anknüpfen und die antijüdische Denk- und Gefühlshaltung von Millionen zur »Gewinnung des deutschen Spießbürgers, der Bauern und auch der Arbeiter« ausbeuten und zugleich vertiefen konnte. Die Deutschen seien schließlich den »rassistischen Rattenfängern« nachgelaufen und auf deren »Schwindel« hereingefallen.

Wesentliche Gedankenlinien aus den Schriften von Heymann und Kahn sind hier deshalb in Erinnerung gebracht worden, weil sie spätere Forschungen zur Judenverfolgung in der DDR stärker beeinflußten als Beschlüsse und Direktiven des Politischen Büros an der Spitze der Sozialistischen Einheitspartei. Was die beiden deutschen Kommunisten jüdischer Abkunft schrieben, klärte den Lesern eigene, bis dahin vielfach unverstandene Erfahrungen, die sie im Schulunterricht, während Kursen in der Hitlerjugend oder in der Wehrmacht gemacht hatten, als ihnen die Theorie der Herrenrasse eingebleut worden war.

Heymann/Kahn schlossen jeweils mit der eindringlichen Forderung, Rassismus und Antisemitismus mit den Wurzeln auszuroden. Damit fanden sie die Zustimmung gerade vieler Jüngerer, die erkennen wollten und zu begreifen begannen, welcher Sache sie gedient hatten und wie sie dahin gebracht worden waren. Kahn verlangte zudem – wie wir wissen: folgenlos – , »im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Wiedergutmachung für die an den Juden begangenen Verbrechen zu leisten«, soweit solche Wiedergutmachung überhaupt denkbar war. (In diesem Punkte erscheint mir Kurt Gossweilers Argumentation nicht stichhaltig.)

Es war auch Kahn, der die unversöhnliche Kampfstellung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung in der deutschen Arbeiterbewegung hervorhob und dennoch feststellte, daß sie es versäumte hatte, »einen direkten Kampf gegen den Antisemitismus« zu führen und »eine breite Aufklärungsarbeit unter den Volksmassen« zu leisten. Sein Hinweis, daß sich diese Feststellung auf Zeiten bezog, da die Erfahrung des faschistischen Massenmords noch nicht gemacht war, sprach für ein um Historizität bemühtes Urteil, schwächte die Herausforderung, die in dieser Selbstkritik lag, aber nicht ab. Heymann/Kahn waren beide überzeugt, daß ohne tiefgreifende sozial-ökonomische Veränderungen der deutschen Gesellschaft Rassismus und Antisemitismus nicht dauernd überwunden werden könnten. Keiner von beiden sah jedoch eine einfache Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen der Ökonomie der kapitalistischen Gesellschaft und der Geistes- und Moralverfassung der Massen. Nichts weist in den Schriften des Jahres 1948 darauf hin, daß sich deren Autoren die zu lösende Aufgabe leicht vorstellten und geglaubt hätten, dafür bräuchte es nur eine kurze Frist. Dennoch erlebten sie, daß

zwölf Jahre später, es war exakt die Zeitspanne vergangen, welche die Geschichte des »Dritten Reiches« umfaßt hatte, Eichmann war in Argentinien gefangengenommen worden und wartete in Israel auf den Prozeß, in einer Vielzahl offizieller und nichtoffizieller Publikationen festgestellt wurde, die Aufgabe sei gleichsam schon restlos gelöst worden. Folgte man der Logik dieses Befunds, dann war die eigentliche »volkspädagogische« Problematik an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren, von der die Entstehung einer eigenen Geschichtswissenschaft in der DDR etwa datiert, bereits erledigt.

Indessen wurden die Beginner von solcher Ruhmredigkeit nicht beeinflußt, zumal sie sich offenbar mit den an die Historiker gerichteten Appellen gut vertrug, die Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins zu fördern, als deren unverzichtbarer Bestandteil der Antirassismus galt. Die Geschichtsschreibung zur Judenverfolgung blieb in der DDR in Fragestellung und Forschungsrichtung in den von deutschen Antifaschisten gewiesenen Bahnen. Das erklärt sich erstens daraus, daß die Vorgänger wie die Nachfolger auf die gleichen Quellen zurückgingen, auf Marx und Engels, Kautsky und Mehring, aber auch auf die Schriften demokratischer und liberaler Gegner von Rassismus und Antisemitismus. Es rührte zweitens daher, daß die im unmittelbaren Nachkrieg geschriebenen Pamphlete – Gossweilers Bemerkung, daß von der bedruckten Papiermenge nicht auf deren Bedeutsamkeit geschlossen werden darf, erscheint gerade in dieser Hinsicht als völlig berechtigt – auf Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse hinwiesen, die Forschergruppen in einer Zahl beschäftigen konnten, wie sie für diesen Gegenstand in der DDR jedoch später nie formiert wurden. Weder an einem Institut der Akademie der Wissenschaften noch an einem solchen an einer der Universitäten wurde auch nur eine Abteilung geschaffen, die sich speziell mit der Geschichte der Juden und der Judenverfolgung in Deutschland befaßt hätte, und – wiederum – die Historiker sind dafür nicht eingetreten, nicht einmal im zeitlichen Vorfeld des Gedenkens anläßlich des 50. Jahrestages des November-Progroms, als 1988 die Aussichten dafür günstig waren.

Die Geschichtsschreibung in der DDR richtete ihre Studien vor allem auf zwei Komplexe des in Wahrheit unendlichen Themas von Judenverfolgung und Judenmord im Zeichen des Hakenkreuzes. Der eine betraf die Funktionen des Antisemitismus der dreißiger und vierziger Jahre. In einer Reihe von Untersuchungen wurde nachgewiesen, welche Bedürfnisse seine Verbreitung vor und nach der Errichtung der Nazidiktatur befriedigte: Der Antisemitismus sollte – ganz in den jahrhundertealten Traditionsbahnen – sozialen Protest gegen die Juden lenken und damit von wahren Urhebern der Mißstände ableiten; er diente in einem in der deutschen Geschichte bis dahin unbekannten Ausmaß der Sammlung von Menschenmassen um eine extrem reaktionäre Führungsgruppe, die im Innern wie nach außen die menschenfeindlichste Programmatik vertrat; er spielte im Etablierungs- und Konsolidierungsprozeß der Nazidiktatur eine Ersatzrolle für die ausbleibenden grundstürzenden Veränderungen der Gesamtgesellschaft, die als »nationaler Sozialismus« angekündigt worden waren; er lieferte während der anfänglich schleichenden, dann galoppierenden »Arisierung« eine Begründung für die Bereicherung von Angehörigen aller Schichten der nichtjüdischen Bevölkerung, wobei das staatlich geregelte und kontrollierte Prinzip galt, daß, wo schon viel war, auch viel hinzukommen hatte; er half den Herrschenden, einen schwer zu quantifizierenden Teil ihrer Gefolgsleute – keineswegs nur aktive Nazis – zu korrumpieren, materiell durch Arbeitsstellen, die als Folge des Hinauswurfs und der Vertreibung der Juden aus Deutschland freigeworden waren, durch Wohnraum, den Juden zwangsweise hatten verlassen müssen, durch Beförderungsmöglichkeiten und auf viele weitere Weise sowie ideell dadurch, daß die in Wahrheit erniedrigte Anhängerschaft als »Herrenrasse« umschmeichelt wurde; er diente lange vor Kriegsbeginn zur rassenchauvinistischen Aufpulverung der Bevölkerung gegen die UdSSR, den »jüdischen Bolschewismus«, und gegen die westlichen bürgerlichen Demokraten, den »jüdischen Plutokratismus«; er wurde – auch keine Erfindung der Goebbels-Propaganda – benutzt, um den Krieg als Verbrechen dieses zwiegestaltigen »internationalen Judentums« auszugeben, das Deutschland angeblich vernichten wolle. Die Historiker der DDR haben diese – hier summarisch aufgezählten – Funktionen nicht »entdeckt«, aber ihre Rolle im System bestimmen geholfen.

Der zweite, hier eben nur zu erwähnende Komplex, dem die Historiographie der DDR sich im Rahmen des größeren Gegenstands zuwandte, betraf die verbrecherischen Folgen des Antisemitismus. Sie wurden vor allem für die Kriegsjahre nachgewiesen und gezeigt, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die westdeutsche Geschichtsschreibung sich in diesem Punkte, gelinde gesagt, zurückhielt, daß die Mörder nicht nur schwarze und braune Uniformen trugen, sondern in großer Zahl in Feldgrau und Zivil, vor Ort und an Schreibtischen an der »Endlösung der Judenfrage« beteiligt waren. Diese Forschungs- und Publikationslinie läßt sich bis in die mehrbändige, von dem verstorbenen Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler herausgegebene Dokumenten-Publikation »Europa unterm Hakenkreuz« verfolgen, deren Teile jeweils zum 50. Jahrestag der Okkupation europäischer Länder durch die Naziwehrmacht erschienen. Das Unternehmen ist nicht abgeschlossen. Es gehört zu jener Forschungsarbeit, die weder ausließ noch schönte, die den Beteiligten als Personen, aber auch der Historiographie der DDR Anerkennung einbrachte, zu Einladungen auf nationale und internationale Konferenzen ins Ausland führte und – nebenbei bemerkt – zu deren »Fernwirkungen« heute ein gewisses Interesse nichtdeutscher Forscher für das Ergehen ihrer Kollegen nach Evaluation und Abwicklung zählt.

Gegenüber diesen beiden Komplexen des Gegenstands traten andere und manche ungerechtfertigt in den Hintergrund. Mit der Struktur, Geschichte und Vorgeschichte der Nazi-Ideologie und ihres antisemitischen Wesenskerns befaßten sich –

einzelne – Philosophen und auch Literaturwissenschaftler in gründlichen Studien mehr als Historiker, von deren Arbeiten jene von Joachim Petzold aus den siebziger und achtziger Jahren herauszuheben sind. Die gründlichste frühe Analyse aber ist dem Philosophen Wolfgang Heise zu danken, der in seinem Buch »Aufbruch in die Illusion«, das 1964 erschien und nie wieder aufgelegt wurde, die Beziehung des Antisemitismus und der Rassentheorie zu den anderen Bestandteilen der Nazi-Ideologie untersuchte und – ganz im Sinne von Heymann/Kahn – schrieb: Die »Proklamierung der germanisch-arischen Rassenherrschaft im Verein mit der Praxis des Antisemitismus war – auf der Grundlage des Terrors gegen alle antifaschistischen Kräfte – das entscheidende ideologisch-politische Einschüchterungs-, Korrumpierungs- und Bestialisierungsmittel.«

Als am folgenreichsten dürfte sich aber die Tatsache erweisen, daß es die Historiker in der DDR nicht zu einer Studie brachten, die gezeigt hätte, wie Millionen von Menschen gegen die Juden eingenommen wurden, sich gegen sie aufhetzen ließen oder sich – was für die Volksmehrheit gilt – deren Schicksal gegenüber gleichgültig und teilnahmslos verhielten, aus Gedanken- und/oder Seelenträgheit oder weil sie es »mindestens« zu einem Teil für gerechtfertigt ansahen. Dies hing jedenfalls indirekt mit einer Haltung innerhalb der Partei- und Staatsführung der eben gegründeten DDR zusammen, die sich mit den beginnenden sozial-ökonomischen Veränderungen herausbildete und sich durch den Kalten Krieg verfestigte. Es galt ihr nämlich die Beteiligung am Aufbau einer alternativen Gesellschaft als die beste und bald als die einzige Form praktischer Wiedergutmachung für die den Nazis geleistete Gefolgschaft und die daraus erwachsenen Folgen und eben als Beweis dafür, daß die jeweilige eigene Biographie aus Nazizeiten bewältigt war. Das Wachhalten der Erinnerung daran, welche Rolle die ältere Generation mit seltenen, rühmenswerten Ausnahmen in einem Regime gespielt hatte, dessen Verbrechen Schritt um Schritt weiter aufgedeckt wurden, wurde als Störfaktor gegen den Zusammenschluß um neue Programme und Ziele angesehen – und war es wohl eher vermeintlich als wirklich, was indessen durch kein Experiment entschieden werden kann.

Es setzte sich ein »schonender« Umgang mit den einstigen »Reichsbürgern« durch, deren Lebensläufe sich ohne eigenes Zutun 1945 abrupt gewandelt hatten, und diese Veränderung kann zureichend kaum erklärt werden, wenn nicht der »schonende« Umfang und mehr noch die massenhafte Wiederverwendung von einflußreichen und mitunter auch führenden Nazis (Richtern, Ideologen u.a.) mitgedacht wird, die sich in der Bundesrepublik zutrugen. So entstand im Osten Deutschlands eine merkwürdige Ungleichzeitigkeit: Als in den allerersten Nachkriegsjahren offensiv über Mitverantwortung und Mitschuld von Massen für das Naziregime und dessen Verbrechen geredet werden mußte – vor dem Hintergrund der hart in das Leben der Menschen eingreifenden Reparationsforderungen, die doch einen Teil der Rechnung für die vieljährige Gefolgschaft darstellten – gab es eine Geschichtsschreibung über den deutschen Faschismus in der sowjetischen Besatzungszone und der noch jungen DDR nicht; als Historiker sich zur Darstellung jener Jahre befähigt hatten, galt das Thema schon als »unaktuell«. Es wuchs das Gras des sozialistischen Aufbaus ...

Wer den hier angedeuteten Zusammenhang weiter erklären will, wird auch fragen müssen, welche Wirkung von dem Bestreben gerade der deutschen Antifaschistischen ausging, mit den Massen der einstigen Nazigefolgschaft im Zeichen der neuen Ziele einen Schulterschluß zu gewinnen. Diese Herangehensweise läßt sich auch bei Heymann/Kahn erkennen, die jeden Eindruck der Hervorhebung eigener Verdienste vermieden, ja die ihren Lesern nicht mit einem einzigen Wort zu erkennen gaben, was ihnen und ihren Familien geschehen war. Nichts hätte als Ausdruck einer Haltung des »Wir-und-Ihr« gedeutet werden können. Diese Feststellung wird hier auch eingefügt, weil aus den viel späteren Jahren der DDR sich dem Gedächtnis ganz andere Bilder einprägten, als der schon verwirkte diktatorische Führungsanspruch einer kleinen Gruppe, die mit der Mehrheit der deutschen Antifaschisten nicht gleichgesetzt werden sollte, immer aufs neue aus alten und unbestreitbaren antinazistischen Leistungen abgeleitet wurde.

Zu den zentralen Themen, denen sich die DDR-Geschichtsschreibung im hier erörterten Zusammenhang zuwandte, gehörte das Geflecht der Beziehungen von Theorie und Praxis des Antisemitismus mit den Interessen der großen Kapitalgesellschaften und der Rolle der großen Bourgeoisie auf den verschiedenen Stufen der Judenverfolgung, angefangen bei der »Arisierung« von Aufsichtsräten und Direktionen bis zur »Arisierung« des jüdischen Eigentums an Bank- und industriellen Unternehmungen, und schließlich selbst im Prozeß der Massenvernichtung. Schon Kahn bot eine knappe Liste meist namhafter Konzerne und Firmen, die sich bereichert hatten. Doch ließ er die Frage offen, ob die hauptsächlichen Nutznießer zugleich die Initiatoren oder mindestens die mittreibenden Kräfte des Angriffs auf das Bank-, Industrie- und Bodeneigentum zuerst der deutschen, dann der österreichischen und vieler anderer Juden waren, ob sie nach Plan handelnde und wohlorganisierte Räuber oder »nur« Gelegenheitsdiebe dargestellt hatten.

Je weniger in der Geschichtsschreibung und -publizistik der Bundesrepublik die Ergebnisse der US-amerikanischen Fahndungs- und Ermittlungsgruppen, die der Rolle nichtjüdischer Kapitalgesellschaften im »Arisierungs«-Geschäft nachgegangen waren, überhaupt noch zur Kenntnis genommen wurden, je stärker sich Ignoranz gegenüber den Feststellungen der Nürnberger Gerichtshöfe ausbreitete, um so mehr sahen sich Historiker in der DDR herausgefordert, neue Tatsachen ans Licht und altbekannte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Das geschah aus einer Lage, da die Masse einschlägiger Quellen den Forschern nicht zugänglich war und – heute nahezu vergessen – es auch auf diesem Feld

Embargo-Maßnahmen gab. Während jeder ehemalige SS-General sich auf dem Markt nach Angebotsliste verfilmte Nazi-Akten kaufen konnte, entwickelten Historiker und Archivare in der DDR ein verwickeltes »Bestellsystem«, um für ihre Zwecke an Dokumente zu gelangen.

Das Beziehungsgeflecht von Kapitalinteressen – Staatspolitik – Judenverfolgung und -mord bildete über Jahrzehnte eines der wichtigsten Themen der ideologischen Auseinandersetzungen und des Streits zwischen konträren Auffassungen in der Geschichtsschreibung über den Faschismus. Es handelte sich, wie offenkundig ist, nicht um eine Teilfrage allein, und die jeweiligen Antworten betrafen die Sicht auf das ganze System und seine Charakterisierung. Nun, nach der Zäsur des Jahres 1989, soll das Thema gleichsam vom Tisch. Helmut Eschwege, dem die Historiker und mehr noch die interessierten Leser in der DDR den in Anlage und Aussage auf dem deutschen Büchermarkt wohl noch immer unübertroffenen Bild-Text-Band »Kennzeichen J« verdanken, der 1966 zuerst erschien und dann nur einmal und erst wieder 1981 neuaufgelegt wurde, konstatierte in öffentlicher Debatte in Dresden etwa vor Jahresfrist, daß es nach der Rückkehr der Dresdner Bank in die Elbestadt schon schwer sei, weiter über deren Rolle bei der »Arisierung« zu sprechen. Und dies betrifft eben jenes Institut, von dem mit Bezug auf einen seiner Direktoren und dessen Aktivität in den Jahren 1938/39 das Wort geprägt worden war: »Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank (den Panzerwagen der Wehrmacht – K.P.)? Das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank.«

In geschichtswissenschaftlichen und mehr noch in publizistischen Arbeiten aus DDR-Zeiten gab es bei der Darstellung der Zusammenhänge von ökonomischen Interessen einerseits und Gesetzen, Maßnahmen und Aktionen der Politiker und ihrer Werkzeuge nicht selten Vereinfachungen. Ihre Wurzel lag nicht in der »Faschismusformel«, ein Ausdruck, der von den Gegnern materialistischer Faschismus-Analyse vorzugsweise gebraucht wird, um sich die Beschäftigung mit der Theorie als ganzer zu ersparen. Es waren mehr die Unfähigkeit von Autoren, in hochkomplizierte Prozesse sich hineinzudenken oder sie darzustellen und mitunter das gegen die eigenen Absichten schlagende Prinzip »Hauptsache: den Imperialismus anklagen«, die Verflachungen gebahren. Dennoch: Sie waren nicht so zahlreich und zumeist in ihrem Inhalt nicht einmal so platt wie die in »westlichen«, vorzugsweise bundesrepublikanischen Veröffentlichungen unausgesetzt wiederkehrende Behauptung, besagter Zusammenhang sei eine dogmatische, wirklichkeitsfremde Konstruktion. »Dogmatismus« steht auf dem selbstklebenden Etikett, dessen Benutzung die Auseinandersetzung mit Erkenntnissen erübrigen soll, die das Zeitbild der erfolgreichen Gesellschaft und der sie prägenden Kräfte trüben könnten. Die Verfahrensweise ist jener eng verwandt, die sich mit Etiketten wie »Kosmopolitismus«, »Opportunismus«, »Sozialdemokratismus«, »Objektivismus« – die Aufzählung ist unvollständig – zeitweilige Hilfsmittel zur Befestigung geistiger Herrschaft schuf.

Was in der DDR-Historiographie an Einsichten über den Zusammenhang von ökonomischen Motiven, Initiativen und Zielen mit den Praktiken der Judenverfolgung und des Judenmords, namentlich der Vernichtung durch Arbeit, zutage gefördert wurde, hat eine Gesamtdarstellung nicht gefunden, die am ehesten wohl von Mitarbeitern des Instituts für Wirtschaftsgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften hätte vorgelegt werden können. Das unterblieb aus Gründen, die eine Aufhellung auch noch erfahren könnten. Doch gehört keine prophetische Gabe dazu, vorherzusehen, daß im vergrößerten Deutschland das Gedränge nicht groß sein wird, das sich auf die Schließung dieser Lücke richten könnte. Es gibt erste Anzeichen der Übertragung der in der Bundesrepublik üblichen Praktiken der Darstellung gerade dieses Themas in das »Beitrittsgebiet«: In einer lokalgeschichtlichen Studie werden statt der Personennamen der »Ariseure« deren (wirkliche oder erfundene) Initialen angegeben, wodurch man an eine Bemerkung von Brechts Herrn Puntila erinnert wird: So lange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert.

Historiker der DDR nahmen auch an der Debatte über die in der internationalen Geschichtsschreibung nach wie vor vielumstrittenen Frage teil, welchen Platz der Mord an den europäischen Juden im Gesamtkonzept des deutschen Imperialismus einnahm. Sie traten dabei der Auffassung entgegen, daß dieses Verbrechen von den übrigen der auf die Weltvorherrschaft zielenden Eroberer separiert werden könne, weil es ein eigenes Ziel dargestellt habe, ja schließlich zum Ersatzziel geworden sei, das an die Stelle des unerreichbaren militärischen »Endsiegs« getreten wäre. Demgegenüber verwiesen namentlich die Spezialisten auf dem Gebiet der Weltkriegsgeschichte darauf, daß das neugeordnete »Europa unterm Hakenkreuz« ein Kontinent ohne einen einzigen Juden sein sollte, daß in diesem Großgermanischen Reich aber ebenso für andere deutsche und nichtdeutsche Menschengruppen kein Raum bleiben sollte. Die geplanten Deportationen aus dem »deutschen« Kernland, in erster Linie der Tschechen und der Polen, sind nicht ohne das Massensterben jener Opfer vorstellbar, die in die Weiten Rußlands und Gebiete jenseits des Urals getrieben werden sollten. Und: Welche Garantie existierte, daß das Leben von Millionen von Westslawen nach dem »Vorbild« des Verfahrens mit den Juden nicht in Auschwitz endete, dessen Anlagen nach den grausigen Plänen ihrer Betreiber eines nicht fernen Tages für die Judenvernichtung nicht mehr gebraucht werden würde, weil im eigenen Zugriffsbereich keine mehr lebten? Es bedarf, da die Prinzipien des nazistischen Okkupationsregimes, wenn auch in einer durch Kriegsnotwendigkeiten umgeprägten, aber eher reduzierten Form, seit 1938/39 praktisch angewendet wurden, keiner besonderen Anstrengung, sich vorzustellen, daß die Verfolgung großer Menschengruppen bis zu ihrer systematischen Ausrottung nach dem Kriegssieg zu einer Dauererscheinung des barbarischen Systems geworden wäre.

Die Feststellung dieses Zusammenhangs nimmt dem Massenmord an den Juden nichts von seinem spezifischen, ihn mit den anderen Verbrechen ebenso verbindenden wie von ihnen unterscheidenden Charakter. Die Juden besetzten in der Hierarchie der zu verfolgenden Menschengruppen nach dem Maßstab ihrer Peiniger den ersten Platz. Sie wurden bis in die Maitage 1945 in einem Grade verfolgt und vernichtet, der das Ausmaß der an anderen Gruppen begangenen Untaten – mit Ausnahme der Zigeuner – noch weit übertraf. Die Juden waren dem Tierreich zugeordnet, galten als »unbrauchbar« und obendrein als die gefährlichsten unter allen Gegnern. Diese Kategorisierung schloß nicht aus, daß sich die Mörder zeitweilig der Arbeitskraft der in ihre Fänge geratenen Juden bedienten. Dienststellen der Wehrmacht, Arbeitsämter, Betriebe und auch Kommandos der SS erwirkten Zurückstellung von Deportation und Mord. In Riga beschäftigte die SS beispielsweise Juden vor ihrer Ermordung mit der Pflege von Tennisplätzen für Offiziere ...

In der Historiographie zu Judenverfolgung und -mord existiert eine Argumentationslinie, die in beidem den unumstößlichen Beweis dafür erblickt, daß sich der Nazistaat von jenen Interessen, die er ursprünglich vertrat, ganz entfernte, so daß seine relative Selbständigkeit gegenüber denen, die Hitler und seine Führungsgruppe einst hochpäppelten, an die Macht schoben und deren Etablierung förderten, in die absolute umgeschlagen sei. Der Massenmord an den europäischen Juden erscheint derart als der Schlußteil der Beweiskette für ein Geschichtsbild, das die Naziherrschaft zunehmend und schließlich total als ideologie- und hitlerbestimmt darstellt. Von seiner kapitalistischen Grundlage, sofern diese überhaupt für die Anfangsphase des Regimes als prägend anerkannt wird, wäre es gleichsam in astronautische Höhen abgehoben. Der Judenmord soll dafür stehen, daß Kapitalinteresse und Naziherrschaft sich wie Feuer und Wasser zueinander verhielten, denn jenes erfordere die Erhaltung der Arbeitskraft, diese aber habe sie millionenweise vernichtet.

Die Historiker der DDR haben dieser Beweisführung zugunsten der These vom »antikapitalistischen Faschismus« kaum genügend Aufmerksamkeit geschenkt, und mitunter wurden die theoretischen Implikationen, die in dieser Ausdeutung der Vernichtung der Juden enthalten waren, nicht einmal wahrgenommen. Dabei ist die Behauptung, daß der Judenmord ein schlechthin das Profit- und Expansionsstreben ignorierendes und verletzendes Verbrechen gewesen sei, unbeweisbar. Sie geht von der – falschen – Prämisse aus, Kapital sei immer und überall am Vorhandensein eines absoluten Überflusses an Arbeitskräften interessiert. Die gesamte Geschichte des Kolonialismus zeigt hingegen, daß dies nicht der Fall ist. Und was das Naziregime 1940/41 anbetrifft, das die Judenverfolgung zum Massenmord steigerte, so geboten die deutschen Machthaber zu diesem Zeitpunkt über ein schier unerschöpfliches Potential an Arbeitskräften. Mehr noch: Arbeitslose Massen drohten in den eroberten Gebieten eine zusätzliche Gefahr für die Sicherung des geraubten Raumes und seiner Reichtümer zu werden. Die »jüdische Arbeitskraft«, von Ausnahmen abgesehen, galt als ebenso leicht und beliebig ersetzbar wie auch die Arbeitskraft all der Zivilpersonen und Kriegsgefangenen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland gelockt oder verschleppt wurden.

Als der Massenmord an den Juden ins Werk gesetzt wurde, das ist für den Entschluß und seine anfängliche Verwirklichung von grundlegender Bedeutung, war der Glaube an den Endsieg und die Unerschöpflichkeit der eigenen Potenzen und Ressourcen ganz ungetrübt. Während die Juden zu Zehn- und Hunderttausenden ermordet wurden, belieferten die Eroberer die Kriegsindustrie mit Arbeitssklaven. Produktions- und Profitinteressen befanden sich fest im Kalkül und schienen auf Dauer gesichert. Nach dem Scheitern der Kriegspläne für 1941 und 1942 begannen sich die Bilanzen anders darzustellen. Doch führt es nur in den Sumpf der Spekulation, würde gefragt, ob der vor dem 22. Juni 1941 getroffene Entscheid, der die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ostwärts zu den Stätten der Judenmassaker in Marsch setzte und sie die »Endlösung der Judenfrage« einleiten ließ, auch gefällt worden wäre, nachdem die Siegeszuversicht infolge der militärischen Rückschläge dahinzuschwinden begann.

Keine Frage: Die Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord bildete, je weiter die Detailuntersuchungen vorankamen, ein Forschungsfeld, auf dem Faschismustheorien sich bewähren beziehungsweise ihre Unzulänglichkeit oder Haltlosigkeit erweisen konnten. Gemessen an dieser Tatsache beteiligten sich die Faschismusforscher in der DDR insgesamt zu wenig an den zahlreichen internationalen Debatten, die – eben keineswegs zufällig – geführt wurden und mitunter hell entbrannten. Das galt insbesondere für jene Auseinandersetzung, die als »Historikerstreit« weit über die Zunft hinaus Aufmerksamkeit und Aufsehen erregte. Darin wird man auch einen Traditionsverlust sehen müssen, wurde doch in der theoretischen Arbeit, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen mitcharakterisiert, polemischen Formen der Darstellung eigener Standpunkte häufig der Vorzug gegeben.

Was die Spezialisten der Faschismusforschung in der DDR veröffentlichten, ist in allererster Linie von ihnen selbst zu verantworten. Direkte Eingriffe von politischer Seite waren auf ihrem Gebiet – im Unterschied zu Teildisziplinen wie Geschichte der DDR oder Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – viel seltener, als mancher Zeitzeuge sich nach dem November 1989 zu erinnern glaubt. Noch weniger waren »ältere« Epochen und Perioden von Interventionen der Politiker betroffen. Daß beispielsweise die Geschichte von Emanzipation und Assimilation der Juden in der auf 12 Bände konzipierten »Deutschen Geschichte«, die 1981 unter der Verantwortung des Zentralinstituts für deutsche Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften zu erscheinen begann, im vierten Band, der die bürgerliche Umwälzung der Jahre 1789 bis 1871 behandelt, nicht vorkommt, geht allein zu Lasten von Herausgebern und Autoren.

Auch daß die bedeutenden, zum Teil international herausragenden Verdienste deutscher Juden in Wissenschaft und Kunst keine zusammenfassende, allgemeinverständliche Darstellung fanden, gehört zu den Versäumnissen der Geschichtsschreiber. Gewiß: In Abhandlungen zur Geschichte der Literatur und der Kunst, der Wissenschaften und ihrer Institutionen, namentlich in Werken zur Geschichte der Universitäten, wurde der Anteil der jüdischen Intelligenz gewürdigt, der die Entwicklung und vor allem den Fortschritt des geistig-kulturellen Lebens mitprägte und ihm auf vielerlei Weise internationalen Rang verlieh. Doch davon und vom leidvollen Leben der Mehrheit der seit 1933 ins Ausland getriebenen Wissenschaftler und Künstler drang wenig in das allgemeine Bewußtsein, und dies, obwohl sich die Historiker der DDR etwas darauf zugute hielten, daß sie nicht zu gegenseitiger Belehrung und Erbauung publizierten.

Das spezielle Thema, das womöglich nicht nur verflossene ostdeutsche Zustände betrifft, macht übrigens eine für eine gewisse Zeit verständliche und mehr noch auch notwendige Verschiebung in der Darstellung der Geschichte der Juden deutlich. Von den Untaten ihrer Peiniger und den Leiden und dem Sterben der Opfer wurde ungleich mehr berichtet als von den Verdiensten der Frauen und Männer, die als »undeutsch«, »deutschfeindlich«, »materiell und geistig schmarotzend« diffamiert, verjagt oder umgebracht wurden, sowie von deren Vorfahren. Je länger je mehr erwies sich dies auch als ein Mangel in der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus. Der Aufbau-Verlag Berlin entschloß sich nie, obwohl er das literarische Werk Arnold Zweigs betreute, zur Herausgabe von dessen 1934 bei Querido in Amsterdam erschienenem Buch »Bilanz der deutschen Judenheit«, das eine Streitschrift gegen die ungeheuerlichen Lügen darstellte, die in Deutschland verbreitet wurden, seit die Judenfeindschaft durch die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung zur Staatsdoktrin erhoben worden war. Zweigs Buch blieb die bis heute unübertroffene Darstellung von Verdiensten jüdischer Wissenschaftler und Künstler, die blindwütiger Neid und Haß aus der deutschen Geschichte herauszuschneiden versuchte. Schließlich erwarb der Reclam-Verlag in Leipzig die Lizenz und machte das Werk, erst in der Agonie der DDR, seinen Lesern wieder zugänglich.

Die Episode wird hier mitgeteilt, weil sie auch auf aufzuklärende Widersprüche hinweist und Gelegenheit bietet, darauf aufmerksam zu machen, daß die Geschichte der DDR in vieler Hinsicht zu einem Forschungsgegenstand erst noch werden muß. Besagter Aufbau-Verlag, der in einem Falle offenkundig versagte, ermöglichte auch durch das ausdauernde Engagement seiner Lektoren, daß Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch, ein Schriftsteller-Ehepaar, dessen Partner sich bis dahin ganz unterschiedlichen Gegenständen und Genres zugewandt hatten und die jeder für sich eine große Leser- und auch Verehrergemeinde besaßen, ihr gemeinsames Buch »Der gelbe Fleck« 1987 erscheinen lassen konnten. In einer eng verzahnten Reihe von Essays gaben die Autoren eine Geschichte von Judenhaß und Judenverfolgung in Deutschland, die im Zeichen des Antijudaismus begonnen und sich im 19./20. Jahrhundert zum mörderischen Rassenantisemitismus gesteigert hatten. Die erste Vorstellung des Buches in Berlin wurde ein Ereignis. Mehr als 90 Lesungen in Ost- und Westdeutschland bezeugten das breite Interesse. Auf Antisemitismus, berichteten Hirsch/Schuder, seien sie bei ihren Begegnungen mit Lesern in den späten achtziger Jahren nicht gestoßen.

Wenn die Verantwortung von Historikern sowie jene von Verlegern und Lektoren betont – und womöglich ein wenig überbetont wird im gewollten Gegensatz zum Versuch, deren Fremdbestimmung zu übertreiben – so geschieht das zu niemandes Entlastung. Die Geschichtswissenschaft in der DDR unterlag außerwissenschaftlichen Einflüssen, was übrigens kein Spezifikum darstellt. Die indirekten Einflüsse waren zumeist stärker und daher wirkungsvoller als die direkten. Über Jahrzehnte regierte die absolute Bevorzugung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, obendrein verengt auf die der revolutionären und namentlich der kommunistischen Strömung. Angesichts der nicht beliebig zu erweiternden Forscherzahl ging dies zu Lasten anderer Disziplinen des Fachs. Diese Ausrichtung bestimmte auch die Verteilung von Mitteln. Die Zunft hat sich insgesamt gegen ungerechtfertigte Bevorteilungen und Hintansetzungen nicht gewandt, obwohl es kein Geheimnis war, daß gerade in den privilegierten Einrichtungen Aufwand und Resultat häufig weit auseinanderfielen. Wie auf anderen Gebieten auch richteten es sich die Benachteiligten in ihren bescheideneren Verhältnissen ein und versuchten, in ihnen das Beste zu machen.

Die Historikerschaft der DDR hat ihre eigenen Belange in den Gremien, die sich dafür anboten (sie existierten innerhalb der Historikergesellschaft, aber auch im Rat für Geschichtswissenschaft) nicht oder schlecht vertreten. Sie hat sich auf die bürokratischen Schliche eingelassen, die am Ende in das Büro Hager führten, und sich etwas darauf zugute gehalten, wenn ihre Sprecher mit ihren Vorschlägen zu einem (meist überbewerteten) Teilerfolg gelangten, sich andernfalls aber auch mit ablehnenden Bescheiden abgefunden. Kurzum, und um es noch einmal ausdrücklich zu betonen: Auch, was der Autor dieses Beitrags über Juden und Judenverfolgung in der DDR und im Ausland, zumeist im kapitalistischen, publizierte, war Resultat seiner Arbeit, in deren Darstellung niemand ungerufen hineinredete. Wenn politisch motivierte Eingriffe versucht wurden – wie in das gemeinsam mit Manfred Weißbecker verfaßte Manuskript »Geschichte der NSDAP« – , blieb doch folgenlos die Möglichkeit (und zwar nicht erst vom »Range« eines Universitätsprofessors an), entweder von einer Veröffentlichung ganz zurückzutreten oder zu entscheiden, welche Konzessionen im Interesse der »Rettung« des Gesamttextes für akzeptabel gehalten wurden und welche nicht.

Anders war die Situation, handelte es sich um Veröffentlichungen in der weitverbreiteten Tagespresse. Ging es im Fall einer Monographie oder eines wissenschaftlichen Fachaufsatzes darum, was Historiker einem relativ kleinen Leserkreis

mitteilen wollten, so handelte es sich bei Zeitungsartikeln um die Kommunikation der Geschichtsschreiber mit einem ungleich größeren Publikum. Da hatte sich ein Beitrag, betraf er Friedrich II. von Preußen oder den 30. Januar 1933, in das »nationale« Geschichtsbild einzufügen. Und es waren Vereinfachungen von der Art verlangt, daß alle Probleme ausgespart blieben, die unerwünschte Assoziationen zur Gegenwart der DDR hervorrufen konnten. Manche Einsprüche von Redaktionen waren noch mitzudenken, manche Tabus ganz unverstehbar. Daher erscheint es zu einfach, jeden Eingriff, versuchten oder mißlungenen, einem ideologischen Konzept oder einem machtpolitischen Kalkül zuzuordnen. In nicht wenigen Fällen, aber nicht weniger wirksam, war pure Gedankenträgheit am Werke, die sich jedem neuen Aspekt verschloß, in anderen wieder – und womöglich damit verbunden – wirkte die Angst, sich die Kritik eines Vorgesetzten einzuhandeln, in dritten mochte das Hindernis einfach aus Dummheit gebaut sein.

Was Antisemitismus und Judenverfolgung anlangt, so kam sie in der Presse der siebziger und achtziger Jahre einmal jährlich obligatorisch zur Sprache, am Jahrestag des Pogroms von 1938. Die Bezugnahme kannte ein Gebot und ein Verbot. Jenes verlangte, die gegen die Untat protestierende Erklärung des Zentralkomitees der KPD zu erwähnen. Dieses betraf die – unter anderem Gesichtspunkt bereits erörterte – Frage, wie sich die Volksmassen gegenüber den Weisungen der Machthaber verhalten hatten. Die Beweggründe für Gebot und Verbot scheinen leicht zu entschlüsseln. Im einen Fall handelte es sich um die Idealisierung der eigenen Tradition. Und im anderen? Die Antwort, daß Antidemokraten, die sich als Demokraten ausgeben, sich nicht gern in eine gedankliche Parallele zu anderen Antidemokraten setzen lassen mögen, die nun wirklich niemand mehr als Demokraten mißverstehen kann, erscheint plausibel und logisch. Aber: War das Logische auch das Historische? War es das instinktsichere Machtbewußtsein von versagenden Politikern, denen längst das »Geht mit Gott, aber geht« zuzurufen war, die das Verhältnis von Herrschern und Beherrschten in Nazideutschland nicht mehr erörtert wissen wollten? Noch und wohl für längere Zeit besitzen wir mehr Fragen und inzwischen auch schon eilfertig gegebene Antworten, als daß wir uns schon auf dem Boden unabweisbar rekonstruierter Zusammenhänge bewegen könnten.

Was sich an Umgang mit dem Gedenktag des November-Pogroms erkennen läßt, ist dies: Das Ereignis wurde nicht mehr in allen seinen Dimensionen wahrgenommen, es galt nicht als Warnung für alle Zeit. So verstand es eine Minderheit von DDR-Bürgern dennoch, wie sich beispielsweise 1988 während einer Veranstaltung in der Französischen Kirche zu Berlin zeigte, während der – übrigens unter der Leitung von Heinrich Fink – auf die offiziell nie eingestandenen Erscheinungen von Ausländerfeindlichkeit Bezug genommen und gefragt wurde, wie in Erinnerung an die Judenfeindschaft und ihre Opfer nun dagegen gehandelt werden müsse. Der Vorfall erscheint über seine unmittelbare Aussagekraft hinaus als ein Indiz dafür, daß in der Beschäftigung mit wesentlichen Seiten deutscher Geschichte der ihnen innewohnende herausfordernde gedankliche Bezug zur Gegenwart der DDR mehr und mehr und mitunter ganz verloren ging oder aber – und dies wohl häufiger – nur in einer völlig sterilen Weise hergestellt worden ist. Die unausgesetzt erhobene Forderung, aus der Geschichte zu lernen, galt nicht der deutschen Vergangenheit in ihrer Totalität.

Die Historiker besaßen gute Argumente genug, diese Art von »Geschichtspropaganda«, an der die einen noch teilnahmen, der sich andere verweigerten, als systemschädigend zu qualifizieren. Das haben wir nicht getan. Wir haben auf der Freisetzung der Potenzen unserer Wissenschaft für unsere – richtig oder falsch wahrgenommenen – Interessen nicht bestanden. Und wie weit wir von dem Gedanken daran entfernt waren, zeigte sich, als die politische Szene in der Sowjetunion, bis dahin die »Führungsmacht«, sich zu wandeln begann. Das Bewußtsein, daß eine Wende im Sozialismus notwendig sei und versucht werden mußte, war nur in Ausnahmefällen mit der Vorahnung verbunden: bei Strafe des Untergangs, und ging einher mit Ratlosigkeit. Entsprechend unangemessen gerieten alle Bestrebungen.

Was bleibt? Die Frage allein führt, wie erwiesen, zu wütenden und hirnlosen Attacken gegen jene, die sie stellen. Die Liquidatoren zielen aufs Ganze, wie jene, die mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor im Verlauf eines Anschlusses aus Österreich die Ostmark machten, aus Niederösterreich Niederdonau usw., und bestrebt waren, alle Erinnerungen an die eigene, besondere Vergangenheit auszutilgen, ausgenommen die ablehnenden, verurteilenden, haßgeleiteten. Auf dem Felde der Wissenschaft hat es damit seine Schwierigkeiten. Die Vokabel von der »Wissenschaftswüste DDR«, die eine Zeitlang die Zerschlagung auch renommierter Forschergruppen rechtfertigte, scheint inzwischen schon aus dem Verkehr gezogen. Das Werk ist auch getan. Inzwischen wurden Urteile auch über Leistungen in Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft geschrieben und gedruckt, die Verdienste anerkennen. Die Herablassung der Formulierungen fiel häufig majestätisch aus und deutet auf das nichtaufgegebene Gesamtziel.

Für das hier erörterte Thema, aber nicht nur für dieses allein, muß indessen gefragt werden, ob sich die Deutschen des Jahres 1992 den Umgang mit Ergebnissen zweifelsfrei antinazistischer Anstrengungen leisten können, der derzeit in politische Mode gekommen ist.

* Gemeint ist Olaf Groehler. Vgl. seinen Beitrag »Aber sie haben nicht gekämpft!« in KONKRET 5/92. Anm. d. Red.

Kurt Pätzold ist zum 31.12.92 gekündigter Professor für Deutsche Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin

Konkret 11/92, S. 59

Brigitte Kronauer

Neue Poesien

Das Werk Eckhard Henscheids ist durchzogen von Faktum, Motiv und Thema des Todes. In seinem neuen Buch setzt er gegen das Fragmentarische der Existenz die Poesie

Daß »man das Trauerspiel, so gut es ginge, dem Lustspiel näherbrächte, durch eingestreute Possen, Fratzen und dergleichen«, schlägt Jean Pauls Dr. Katzenberger in dessen »Badereise« vor und präzisiert seinen Wunsch: »eine Reinigung der Tragödie durch die Komödie«.

Das Werk Eckhard Henscheids ist durchzogen von Faktum, Motiv und Thema des Todes. Begonnen wurde es mit dem langen Sterben Alfred Leobolds in *Geht in Ordnung ...*, fortgesetzt in der Sterbeszene Stefanias und den Grabreden der *Mätresse des Bischofs,* wieder aufgenommen in den Todesgedanken zu Beginn von *Dolce Madonna Bionda* sowie in den Geschichten »Frau Killermann greift ein« und »Der kleine Elefant«, sporadisch in den *Sudelblättern*, in der *Musikplaudertasche* usw. Es gibt wohl keinen tragischeren Gegenstand in der Literatur und kaum einen, der in ihr mehr Tradition hat. Er hat das auch in der Prosa Eckhard Henscheids, und das sei nur deshalb erwähnt, weil selbst dieser Umstand eine unbekümmerte Teilrezeption des Autors als eines vorzugsweise amüsant zynischen offenbar nicht verhindern konnte, obwohl der Tod in allen hier genannten Werken durchaus als herz- und auch verstandeszerreißender auftritt.

Jene einäugige, oft kumpelhafte Lesart verkennt aber, daß Komik, komische Pointierung, die dem Tod allerdings bei Henscheid immer, wenn auch in unterschiedlicher Dosierung, beigegeben ist, daß Umformung nicht-komischer Realität in (auch) komische Kunstrealität nicht die Schauerlichkeit des Tatbestandes bagatellisiert, sondern nur ihre Tragik zu humanisieren sucht, nicht die Schauer der Betroffenen übergeht, sondern Pomp und Pathos üblicher Vortragsweisen durch Diskretion korrigiert, und übrigens so erst recht die Indiskretion des nackten Todesereignisses verdeutlicht. Und: Wirklichkeit wie Wahrheit genauer trifft.

Oder, das führt die »Kleine Todesprosa«, Hauptstück der Sammlung, in dreißig Variationen zum Thema vor, es wird umgekehrt durch Zutagefördern verstohlener, aber sofort einleuchtender, wohl noch nie in der Literatur aufgetauchter Reaktionen auf Todesfälle, also mittels überraschender Wahrheitsenthüllung, eine Art melancholisch-ergreifender, sehr fragiler Komik erzeugt. Ein Mann plant z. B. aus Sehnsucht nach seiner verstorbenen Frau, »wofern schon an einen regulären Postverkehr übers Amt nicht oder jedenfalls kaum zu denken war, Karteikärtchen mit allerlei Botschaften und Grüßen ins Grab, in die feucht begossene Graberde zu stecken und aus Gram und Trotz immer tiefer zu versenken, mit einem speziellen Versenk- oder Apparatgewicht vielleicht«, oder sie gar auszugraben, um sich »über das vermutlich gräßliche und sehr abstoßende Skelett von seiner Sehnsucht immerhin und einigermaßen zu kurieren« und »in Verbindung mit der teuren Toten auch zu treten«.

Es ist die merkwürdige, in ihrer Verdrehtheit bezwingende Logik des Schmerzes, das kindliche Bemühen, sich zu trösten, wo es kaum Trost gibt, das die in der Konfrontation mit dem Tod hilflos verwirrten Helden dieses Anekdoten-Zyklus zu grotesken, ja infantilen Handlungen und Gedankenspielen treibt, in eine Skala von Gemütsverfassungen, die nicht nur plötzlich plausibel, sondern als die einzig angemessenen derer erscheinen, die, verkehrt ausgerüstet, da sie Lebende sind und Personen, einen Zustand begreifen wollen, der ihnen vermutlich in allem entgegengesetzt ist. Eine kleine Ente, die »kraft falscher Prägung« eine Coladose »für ihre Frau Mutter erachtet« und hinter dieser herschwimmt, ist gewissermaßen Inbild jenes sanft waltenden, zuversichtlichen Wahnsinns, mit dem sich die letzte Episode schließlich in die erste zurückschraubt.

Bis auf diesen berichten alle Zyklus-Texte von nie namentlich genannten Menschen, von jedermann also – mit seinem jeweils aber sehr individuellen Schicksal. Zugleich wird mit dem ritualisierten »Ein Mann hatte«, »Einem Manne war«, »Eine schon recht alte Frau« der stets neue und nie aussterbende Kummer in mildernde Ferne gerückt und unter den mäßigenden Verschluß einer alten Erzählweise gebracht, die aber eben auch dezent dem Leser bedeutet: So war es, so bleibt es mit dem allgemeinen Sonderfall Tod und den Menschen, diesen da und Ihnen! So wie das spezifische Geschick des »Verlassenen Mägdleins« von Mörike zugleich ein monotones, gleichmütig liedhaftes ist. »So kam der Tag heran, so ging er wieder«, zitiert die 18. Strophe leicht verändert den Gedichtschluß.

Angespielt wird grundsätzlich auf Hebels »Schatzkästlein«. Das gilt sowohl für die Tonlage, eine Verbindung von Innigkeit und Sarkasmus, wie für das Material der kompletten Sammlung: Inszeniertes >Vermischtes<, dem »ein nettes und lustiges Röcklein« (Hebel) umgehängt, weniger untertreibend: das in Kunstform transponiert wurde unter Verwendung sehr alten wie, je nach Nuance, sehr neuen Vokabulars. Prolog und Epilog bilden zwei fast unmerkliche lakonische Poetisierungsexempel der räumlichen (»Altenhundem«) und zeitlichen (»Wallenstein«) Dimension.

Kleine Poesien: Das klingt bescheiden, aber unüberhörbar programmatisch. Zurückgreifend auf die Anfänge des 19. Jahrhunderts und gegen die erschöpfte Konvention der Moderne setzt Henscheid, ausdrücklich und keineswegs nur ironisch, nicht ungeachtet, sondern angesichts der verzwickten Lage, in die uns sich auftuende mikro- und makrokosmische

Abgründe und Absurditäten gebracht haben, die kleine, ihre Künstlichkeit vielfältig betonende Form, die bewegende, unterhaltsame, tröstende Gestalt. Man lese vor allem auf S. 119 »Das Schönste, was es gibt«! Dem Fragmentarischen der Existenz (das ja evtl. schon den Zeitgenossen des 30jährigen Krieges nicht unbekannt war, und das inzwischen jeder Video-Clip ausschlachtet) wird nicht mit gleicher Münze zurückgezahlt. Ihm wird das fixsternhaft Andere – sein Sujet, das Leben, jedoch um so genauer observierend – gegenüberpostiert als neue, alte Utopie: Poesie. Das begreift man ohne weiteres als Provokation.

Eckhard Henscheid: Kleine Poesien. Haffmanns 1992, 122 Seiten, 28 Mark

Brigitte Kronauer rezensierte für LITERATUR KONKRET 16/1991 Bücher von Ror Wolf und Jacques Roubaud

Konkret 11/92, S. 60

Klaus Bittermann

Brüllen, rülpsen, muhen

Der amerikanische Politologe und Musikwissenschaftler Greil Marcus hat eine »Geheimgeschichte des 20. Jahrhunderts« geschrieben. Darin verfolgt er die Spuren jener kulturellen Bewegungen, deren Programm in der vollständigen Negation des etablierten Kunstverständnisses und der Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestand

Was hat Adorno mit den Sex Pistols zu tun? Als Antwort könnte man einen Kalauer erwarten und das nicht zu unrecht. Aber man kann die Frage auch ernsthaft beantworten. Ein Versuch: Hat Adorno in seinen *Minima Moralia* nicht in jedem einzelnen Aphorismus, in jeder Reflexion selbst die kleinste Spur der Hoffnung zerstört, in der Gesellschaft unschuldig leben zu können? Und haben die Sex Pistols in ihren Songs nicht das gleiche zum Ausdruck gebracht, nämlich daß man sich so was wie Zukunft abschminken könne? Vermutlich hätte Adorno, der schon Jazz als eine ziemlich üble Angelegenheit betrachtete, die Sex Pistols für eine Art neue Reichskristallnacht gehalten, aber daß es weder für ihn noch für Johnny Rotten eine Verständigung mit dieser Welt geben konnte – zumindest von ihrem Anspruch her, denn natürlich haben auch sie sich mit ihr arrangiert – , ist immerhin eine Übereinstimmung, wenn auch auf einem ziemlich hohen Abstraktionsniveau, weshalb der Vergleich natürlich auch etwas rein Formales und Zufälliges an sich hat. Und tatsächlich wäre die Analogie beliebig, hätte da nicht ein Rendezvous mit der Geschichte stattgefunden. Oder, um mit Marx zu sprechen, hätte da nicht eine Theorie – ein Song, ein Slogan – die Massen ergriffen und somit aus Adorno mehr als einen Privatgelehrten gemacht und aus den Sex Pistols mehr als irgendeine Eintagsfliege auf dem Popmarkt.

In den letzten Jahren jagte ein historischer Augenblick den anderen, so daß auch die gutwilligsten Leute nach dem dritten oder vierten jedes Interesse daran verloren, wie bei den live aus allen großen Städten übertragenen Jubelfeierlichkeiten zur offiziellen Wiedervereinigung, als die Journalisten die Moderation gar nicht schnell genug wieder abgeben konnten, weil es außer ein bißchen Gegröle nichts zu berichten gab. Die Beschwörung des historischen Augenblicks als Selbstfeier der Gesellschaft hinterläßt deshalb nicht mehr als einen faden Geschmack. Historisch können deshalb genausogut Ereignisse sein, die zunächst nur wie eine Episode aussehen, dann aber ziemlichen Wirbel verursachen. Zum Beispiel jener Moment, als eine Handvoll Studenten im Dezember 1964, im Kopf die *Negative Dialektik* Adornos, den kongolesischen Ministerpräsidenten Tschombé bei seinem offiziellen Staatsbesuch in der Frontstadt Berlin mit Tomaten bewarf und damit die Protestform der außerparlamentarischen Opposition vorwegnahm, die erst einige Jahre später zur vollen Blüte reifen sollte, oder als die Sex Pistols mit der ersten Zeile ihres ersten Songs »I am an antichrist« einen wilden Streik der Kids in Großbritannien inszenierten. In solchen Momenten infizieren sich gesellschaftliche Gruppen mit einer Idee, die instinktiv als etwas begriffen wird, das nicht spurlos am eigenen Leben und an der Welt vorübergeht, und die sich gewalttätig verbreitet, mit meist völlig unerwarteten und von keinem vorhergesehenen Folgen.

Der amerikanische Politologe und Musikwissenschaftler Greil Marcus hat die Ausbrüche solcher Revolten zurückverfolgt und eine »Geheimgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts« entdeckt, die er in seinem Buch *Lipstick Traces* zu entschlüsseln versucht, eine Geschichte kultureller Bewegungen, die weder nachhaltige Veränderungen im Herrschaftsgefüge bewirkt noch ein System gestürzt haben, deren Einfluß jedoch weitverzweigt und verästelt ist, in Gesten, Sprache, Handlungen zum Ausdruck kommt. Diese Geschichte ist flüchtig, verwischt und undeutlich, dann wieder grell und auffällig.

Sie beginnt am 5. Februar 1916 mit einer lumpigen Varieté-Show in Zürich, die heute keinen Hund, höchstens ein paar Kunstinteressierte hinter dem Ofen hervorlocken würde. Kaum zu glauben jedenfalls, daß einmal Leute berühmt wurden, weil sie Gedichte vortrugen, die keinerlei Sinn ergaben, weil sie brüllten, rülpsten und muhten wie mittelalterliche Bruitisten. Ziemlich pubertäre Angelegenheit, aber wie erklärt man, daß sich Dada in Windeseile nach New York, Berlin und Paris ausbreitet und dort ebenfalls für ziemliche Aufregung sorgt? Daß Dada als Kunstrichtung, zu der das Gelärme später wurde, obwohl Dada keine Meisterwerke geschaffen hat, so ziemlich jedem ein Begriff ist? Über das Geheimnis dieses Erfolgs ist viel geschrieben worden, nicht zuletzt von den Dadaisten selbst. Hans Arp wollte den »Schlächtereien des Weltkriegs 1914« das l'art pour l'art entgegensetzen, aber das ist ziemlich naiv und romantisch und hört sich nach saturierter Bohème an. Richard Huelsenbeck war sich über die Situation schon sehr viel klarer: »Ball war Refraktär, und ich selbst hatte mich nur mit genauer Not vor den Nachstellungen der Henkersknechte retten können, die für ihre sogenannten patriotischen Zwecke die Menschen in den Schützengräben Nordfrankreichs massierten und ihnen Granaten zu fressen gaben. Wir hatten alle keinen Sinn für den Mut, der dazu gehört, sich für die Idee einer Nation totschießen zu lassen, die im besten Fall eine Interessengemeinschaft von Fellhändlern und Lederschiebern, im schlechtesten eine kulturelle Vereinigung von Psychopathen ist, die, wie im deutschen ›Vaterlande‹, mit dem Goetheband im Tornister auszogen, um Franzosen und Russen auf Bajonette zu spießen.«

Hugo Ball hielt in seinem Tagebuch fest: »Ein undefinierbarer Rausch hat sich aller bemächtigt. Das kleine Kabarett droht aus den Fugen zu gehen und wird zum Tummelplatz verrückter Emotionen.« Und später: »Es ist mit den Erwartungen des Publikums ein Wettlauf...« Diesen undefinierbaren Rausch kann sich auch heute noch niemand erklären, am wenigsten die

damaligen Akteure, die zeitlebens an diesem Geheimnis herumrätselten, wie zum Beispiel Marcel Janco, der achtundsechzig Jahre später in Israel versuchte, das Cabaret Voltaire wieder ins Leben zu rufen. Klar mußte der Versuch scheitern, wie eben alle Versuche dieser Art als Imitation einer Entdeckung scheitern müssen. Der damals 21jährige hatte den Hauch der Geschichte verspürt, ein grandioser, nicht zurückholbarer Augenblick. Es war der im Cabaret Voltaire angezettelte Tumult selbst, das Flüchtige des Moments und nicht irgendwelche Aufführungsrequisiten, die später rekonstruiert wurden. Der »undefinierbare Rausch« hatte sich aus dem Papierzylinder Hugo Balls verflüchtigt, zurück blieb eine bedeutungslose Hülle, eine Reliquie.

Der aufständische Geist Dadas saß in seiner vollkommen negativen Haltung, die sehr schnell zu seiner Auflösung führte, doch nicht ohne vorher dem herkömmlichen Verständnis von Kultur den Todesstoß versetzt zu haben. Die Aufführungen der Deserteure im Cabaret Voltaire wurden vermutlich als eine Art Kriegsinszenierung empfunden. Jedenfalls war das, was sich da vor ausverkauftem Haus auf de} Bühne abspielte, genauso sinnlos, verrückt, spektakulär und laut wie die Schlacht von Verdun, die zur gleichen Zeit stattfand. Das Publikum brüllte, johlte, schmiß verfaultes Obst auf die Bühne - ein Protest, der nicht nur erlaubt war und ohne Folgen blieb, sondern auch von den Akteuren erwünscht war. War dieses entfesselte Verhalten nicht eine unmittelbare Reaktion auf die Tatsache, daß Rationalismus und Aufklärung ein Schlachthaus hervorgebracht hatten?

Zur Inszenierung des dadaistischen Spektakels war eine gehörige Portion Größenwahn notwendig, nämlich felsenfest davon überzeugt zu sein, die Kunst kurz und schmerzlos abschaffen, das Leben neu entdecken und natürlich die Revolution machen zu können. Aber selbst wenn zu diesem Größenwahn mehr hinzukommt als die bloße Überzeugung von der Kleinigkeit, eine Gesellschaft umstürzen zu können, gibt es keine Garantie, daß es auch klappt, wie viele bestätigen können, die die »Alles oder Nichts«-Gestik nur noch resignativ als Flausen erinnern, als letztes Aufbäumen auf dem unvermeidlichen Weg der Anpassung.

Genauso wie zum subjektiven Faktor mehr kommen muß als die Überzeugung von sich selbst, mehr als Voluntarismus, wie man später abfällig sagte, verlangt auch eine Theorie nach mehr als nach gutwilligen Rezensenten . Wie lange verstaubte die *Dialektik der Aufklärung* in den Bibliotheksregalen, bis ein paar Leute davon einen Gebrauch machten, der schon lange nicht mehr in der Intention der Verfasser lag? Natürlich kann man sich mit Marx behelfen, der in der Diskrepanz von Produktionsmitteln und Produktionsverhältnissen eine revolutionäre Situation heranreifen sah. Womit er auch heute noch recht hat, vorausgesetzt, daß der Zerfall der osteuropäischen Staaten in einander sich bekriegende Stammesverbände die Entwicklung der kapitalistischen Systeme nicht übermäßig beeinträchtigt. Die primitiven Lebensbedingungen, die in den Kategorien des Überlebens eingezwängt sind, haben jedenfalls mit den Möglichkeiten, die das technologische Zeitalter bereithält, nicht mehr allzuviel zu tun, was die nächste Revolte oder was da auch immer kommen mag schon vorprogrammiert erscheinen läßt. Dennoch: »Für den Revolutionär ist die Welt schon immer reif gewesen.« (Horkheimer)

Wann und warum sich eine Kritik der Verhältnisse in irgendwelchen Köpfen festsetzt und von dort aus mit der Gesellschaft kollidiert, und, Alptraum der Herrschenden, sich womöglich zu einem Flächenbrand entwickelt, wird sich wohl nie ganz erklären lassen. Immerhin lassen sich Spuren verfolgen, die bei Dada beginnen, den Surrealismus streifen, sich vorübergehend im zweiten Weltkrieg verlieren, um bereits 1946 in Paris mit den Lettristen, 1957 mit den Situationisten wieder aufzutauchen, sich 1967/68 fast um die ganze Welt zu verbreiten und 1975 auf Umwegen nach London zu den Sex Pistols zu führen. Die Verfolgung dieser Spuren orientiert sich zwangsläufig an Personen, Abenteuern, Episoden und Ereignissen, nicht anders als im unerwähnt gebliebenen Deutschland, wo die Geheimgeschichte der 68er Revolte untrennbar mit dem Namen Kunzelmann und der Subversiven Aktion verbunden ist (die ausführlich im leider vergriffenen Buch Subversive Aktion - Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern dokumentiert ist).

Im Paris der späten vierziger Jahre bestand die Alternative zum Lettrismus darin, »im Deux Margots herumzulungern, um herauszufinden, welche Zigarettensorte Simone de Beauvoir rauchte« (Greil Marcus). Die Chancen standen also nicht schlecht. Auch wenn die Aktivitäten der Lettristen, gemessen am Niveau, das ihnen vorschwebte, höchstens den Tatbestand groben Unfugs erfüllten, so läßt sich an ihren Aktionen bereits ablesen, daß sie die Technik der Provokation und des Skandals gezielt für sich einzusetzen wußten, was immerhin eine ziemlich gute Kenntnis der Funktionsweise der Gesellschaft voraussetzt. Mit dieser Kenntnis machten sie 1950 sogar Schlagzeilen in der internationalen Presse.

»Am 9. April 1950 um elf Uhr zehn betraten vier junge Männer die Kathedrale von Notre-Dame in Paris – einer von ihnen vom Scheitel bis zur Sohle als dominikanischer Mönch verkleidet. Die Ostermesse war in vollem Gang; zehntausend Menschen aus aller Welt hatten sich eingefunden. ›Der falsche Dominikaner‹, wie ihn die Presse nennen sollte – Michel Mourre, zweiundzwanzig – , nutzte eine Pause nach dem Credo und erklomm den Altar. Er begann eine Predigt zu verlesen, die einer seiner Mitverschwörer, Serge Berna, verfaßt hatte.« »Wahrlich, ich sage Euch: Gott ist tot!« hieß es da u.a. Im daraufhin losbrechenden Tumult entgingen drei der Beteiligten nur durch das Einschreiten der Polizei der Lynchjustiz des Mobs. Die Aktion, die heute bloß ein Skandal wäre, wurde damals wie ein Mord behandelt. Michel Mourre wurde inhaftiert und von einem Nervenarzt untersucht, der ihm »fanatischen Idealismus«, »Geringschätzung der äußeren

Wahrnehmung« und die »Fähigkeit, direkt zum Kern einer Doktrin vorzustoßen« sowie »in Sekundenschnelle durch verschiedene Epochen zu reisen« attestierte.

Die Kommandoaktion in Notre Dame war das Gründungsverbrechen einer jugendlichen Gang, die sich Lettristische Internationale nannte. Greil Marcus schreibt, daß ihr größtes Verdienst darin bestand, bis 1957 durchgehalten zu haben, bis zur Gründung der Situationistischen Internationale, der sich renommierte Künstler anschlossen wie Asger Jorn und Constant aus der Gruppe Cobra. Das scheint ziemlich minimalistisch gedacht zu sein, aber wenn man bedenkt, daß die Mitglieder in ihrem Alltagsleben die Revolution vorwegnehmen, die Überwindung der Kunst und das Ende der Arbeit nicht nur fordern, sondern auch praktizieren wollten, dann wird klar, daß eine derart mit absolutistischen Ansprüchen befrachtete Gruppe nur wie durch ein Wunder fünf Jahre überstehen konnte, ohne in genau so viel Einzelteile wie Mitglieder zu verfallen. Revolution bedeutete, alle gesellschaftlichen Konventionen zu verletzen, auf guten Geschmack zu pfeifen, aufzuhören, die »Weingläser in bourgeoiser Manier auf den Tisch zu stellen«. Wer nicht wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses oder wegen Verführung Minderjähriger im Knast landete, der legte sich aus Verzweiflung unter den geöffneten Gashahn oder landete in der Psychiatrie wie Ivan Chtcheglov, der seine Mitstreiter vom Dalai Lama kontrolliert glaubte. Nur wenigen gelang es, die Kurve zu einer bürgerlichen Karriere zu kratzen. Für die meisten galt: »Lebend werden wir da nicht herauskommen«, womit sie ihren Lebensstil auf den Punkt brachten und sich als moderne Vorläufer der Punkbewegung erwiesen. Als trinkfeste personifizierte Provokation mit gefärbten Haaren und Inschriften wie »Arbeitet nie!« und »Internationale Lettriste« auf ihren zerfetzten Klamotten gab es jene schon mehr als zwanzig Jahre vorher. In »Potlatsch«, dem halböffentlichen Mitteilungsbulletin der Gruppe, hieß es: »Viele unserer Genossen sind wegen Einbruchs im Gefängnis. Wir akzeptieren die Strafen nicht, die man gegen jene verhängt, die sich bewußt geworden sind, unter keinen Umständen zu arbeiten. Wir verweigern darüber jede Diskussion.«

In ihrem Versuch, als eine von allem losgelöste kulturelle Avantgarde die totale Negation zu leben, waren Kleinkriminalität, Provokation, Spiel, Kritik, Selbstzerstörung eine seltsame Allianz eingegangen. Eine Verweigerung, die allerdings nach ihrem Bewußtsein suchte und es als vorrangige Aufgabe betrachtete, keine Kunstwerke zu hinterlassen. Während die Surrealisten das »Leben als Kunst« propagierten, aber seit längerem mit der Archivierung ihrer unvergänglichen Werke beschäftigt waren, nahmen die Lettristen die Losung ernst, indem sie ihre Möglichkeiten praktisch auskundschafteten. Als Marcuse in seiner Kritik der repressiven Gesellschaft darauf hinwies, daß nur die Verweigerungshaltung der Jugend Herrschaft in Frage stellte und von ihr nicht assimiliert werden könne, wären die Lettristen ein gutes Beispiel gewesen – hätte er sie gekannt, was nicht anzunehmen ist. Und auch seine begründet pessimistische Schlußfolgerung, daß sie gegen den repressiven Staatsapparat keine Chance habe, hätten die Lettristen unterschreiben können. Die erdrückende Realität war ihnen nur zu gut bekannt, sie hatten sie herausgefordert. Als Experten wußten sie es genau: »Alles, was irgendeine Sache aufrecht erhält, trägt zur Arbeit der Polizei bei.« Und auch ein Diktum Horkheimers hätte genausogut von den Lettristen stammen können: »Die Umwälzung, die der Herrschaft ein Ende macht, reicht so weit wie der Wille der Befreiten.« Den Willen konnte man ihnen nicht absprechen.

Einen ähnlichen Erfolg wie die Dadaisten hatten die Lettristen nicht zu verzeichnen, nicht zuletzt deshalb, weil sie nichts weniger wollten als Anerkennung. Schnell wäre deshalb die Gruppe zerfallen und vergessen worden, wenn nicht einer der Hauptaktivisten, Guy Debord, ihre Isolierung und Wirkungslosigkeit aufzubrechen versucht hätte. Debord war an einer Theoretisierung des wilden Lebens der Negation interessiert. Beeinflußt wurde er dabei durch das Konzept der Situationen von Sartre, Lukács' Theorie der Verdinglichung und die Kritik des Alltagslebens des aus der KP desertierten Philosophen Henri Lefèbvre, der die Franzosen mit Marx' Frühschriften bekannt machte. Für die orthodoxen Marxisten waren sie alle Dissidenten, Verräter an der gemeinsamen Sache. Dabei hatten die Parteikommunisten gerade selbst ein Debakel hinter sich: Die Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956, ein Datum, das den Beginn der Neuen Linken markiert.

Überzeugt von der Notwendigkeit einer straff organisierten und theoretisch kohärenten Avantgarde schlossen sich im Laufe der Zeit siebzig Künstler aus ungefähr fünfzehn verschiedenen Ländern in der Situationistischen Internationale zusammen. Die von Debord eingebrachte zentrale Überlegung befaßte sich mit der »Konstruktion von Situationen«, »d.h. der konkreten Konstruktion kurzfristiger Lebensumgebungen in eine höhere Qualität der Leidenschaft«, was zunächst nichts anderes als eine Aufforderung war, sich keiner gegebenen Situation bloß anzupassen. Dieses Konzept wurde erweitert auf den Städtebau, auf die Gesellschaft. Die Errichtung einer situationistischen Stadt durch den italienischen Millionär Marinotti wurde von Debord an die Bedingung geknüpft, daß die Situationisten sie jederzeit in die Luft sprengen könnten – Sprengkammern waren in der Planung schon enthalten – , um das Experiment vor dem Schicksal eines Kunstwerks oder einer Touristenattraktion zu bewahren. Natürlich war Marinotti nicht damit einverstanden. Weniger zimperlich mit der Vermarktung von Kunstwerken waren die Maler innerhalb der Gruppe, wie z.B. die deutsche Sektion der SI, die Gruppe »Spur«, die deshalb auch ausgeschlossen wurde.

Hatte sich die SI bis 1962 mit allen möglichen Aspekten der Kultur beschäftigt, so begann sie sich nun zu politisieren. Ihre Kritik orientierte sich dabei nicht am Leiden an der Gesellschaft, sondern an ihrem Glücksbegriff, d.h. nicht an der Armut, sondern am potentiellen Reichtum. Man wollte nicht einfach nur moralische Entrüstung hervorrufen, mit der heute an die Spendenbereitschaft appelliert wird, sondern die Erfüllung der Versprechungen, die die Gesellschaft machte, einfordern. Im

Aufstand der schwarzen Bevölkerung in Watts 1965 (Los Angeles) sahen sie ihren Kritikansatz bestätigt, denn die Unruhen waren nicht unmittelbare Folge der Verelendung (es gab weit kritischere Armutszonen), sondern der Versprechungen, die die Gesellschaft den Leuten per Warenüberfluß machte und nicht hielt. Die Plünderungen wurden nicht als Überlebenssicherung interpretiert, sondern als Aneignung vorhandenen Reichtums, als konstruierte Situation im gesellschaftlichen Maßstab.

Im Frühjahr 1966 ergab sich dann eine Gelegenheit, die Konstruktion einer Situation nicht nur aus der Ferne zu begrüßen, sondern selbst zu initiieren. Fünf durch die Apathie ihrer Kommilitonen gewählte Studentenvertreter in Straßburg wandten sich an die Situationisten mit dem Wunsch, ihnen bei der Zerstörung ihrer von der Regierung abgesegneten Posten behilflich zu sein. Mit den Geldern, die ihnen zur Verfügung standen, ließen sie zehntausend Broschüren drucken, mit dem Titel »Über das Elend im Studentenmilieu«, eine Polemik des SI-Mitglieds Mustapha Khayati, die folgendermaßen begann: »Ohne große Gefahr, uns zu irren, können wir behaupten, daß der Student in Frankreich nach dem Polizisten und dem Priester das am meisten verachtete Wesen ist.«

Das war der »Beginn einer neuen Epoche«, wie die Situationisten in der letzten Nummer ihrer Zeitschrift schrieben. Was für Khayati als »kleines Experiment« begann, fand seine Fortsetzung bei den Enrages in Nanterre sowie dem Rat zur Aufrechterhaltung der Besetzungen und endete in einem Generalstreik von bislang nicht gekanntem Ausmaß. Aber das ist bereits wieder eine andere Geschichte, über die mehr als 300 Bücher verfaßt wurden. Das Instrumentarium der Kritik, die solipsistischen Gesten, der das Unmögliche einfordernde Größenwahn, das alles hatten sich die Jugendlichen zunutze gemacht, um in der Gesellschaft Verwirrung zu stiften. Jedenfalls erfreuten sich die situationistischen Sprüche und Slogans bei den Aktivisten größter Beliebtheit.

Charles de Gaulle, der den Mai 68 politisch fast nicht überlebt hätte, schrieb Ende 1966 über die Situationistische Internationale: »Diese Anarchisten geben sich als Revolutionäre aus und wollen die Macht übernehmen, nicht um sie zu erhalten, sondern um Unordnung zu stiften und selbst ihre eigene Autorität zu unterminieren.« Da war er weitsichtiger als die meisten Linken, denn statt eine Massenorganisation zu gründen, lösten sich die Situationisten auf – getreu ihrer Prinzipien, jegliche Karriere, und sei es in Opposition zur Gesellschaft, abzulehnen – , nicht aber ihre mit einem Anticopyright versehenen Ideen, die auf ganz unerwartete Weise im England der siebziger Jahre wieder auftauchten. Wie? Das erfahren Sie von Greil Marcus in seinem Buch *Lipstick Traces*.

Literaturhinweis:

Daß an der Geschichte der Situationisten/Lettristen wieder ein Interesse besteht, darauf weisen verschiedene Publikationen hin:

· Greil Marcus, Lipstick Traces – Von Dada bis Punk – Kulturelle Avantgarden und ihre Wege aus dem zwanzigsten Jahrhundert, München 1992. Unverständlicherweise wurde der Untertitel des Originals geändert (A secret history of the 20th century), der viel präziser die Absicht des Autors beschreibt, die immer wieder auftauchenden Ideen kultureller Avantgarden unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft zu untersuchen.

· Roberto Ohrt, Phantom Avantgarde – Eine Geschichte der Situationistischen Internationale und der modernen Kunst, Hamburg 1990. Dabei legt der Autor den Schwerpunkt auf die künstlerische Seite der Avantgarde und bedauert die seit 1962 zunehmende Politisierung der Situationisten. Das bislang ausführlichste und am besten dokumentierte Buch zu diesem Thema.

· Wolfgang Dreßen, Dieter Kunzelmann, Eckhard Siepmann (Hrg.), Nilpferd des höllischen Urwalds – Spuren in eine unbekannte Stadt – Situationisten, Gruppe Spur, Kommune I, Berlin 1991. Ein Sammelsurium meist schon irgendwo anders veröffentlichter Beiträge. Unverständlich, warum sich der völkische Beobachter Henning Eichberg über den »Nordischen Anarchismus« auslassen darf. Einer der wenigen Originalbeiträge ist ein langes Interview mit Dieter Kunzelmann über die Zeit von 1960 bis 1967/68.

1989/90 fand eine Ausstellung über die Situationistische Internationale in Paris, London und Boston statt, die zwar etwas dürftig war, zu der es jedoch einen Katalog mit ausgezeichneten Beiträgen gab: On the passage of a few people through a rather brief moment in time: The Situationist International 1957-1972.

Klaus Bittermann stellte in KONKRET 7/92 Janet Flanners Reportagen aus Europa vor

Konkret 11/92, S. 64

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

An alle, die schnell mal abgespritzte Betroffenheitsmarken zum Kotzen finden

Wieder einmal spritzen deutsche Verlage ihre gutwilligsüßliche Betroffenheitsmarke sprotzsprotz in die veröffentlichte Gegend.

Wieder einmal ist ihnen wurscht, daß das viele Geld, das dieser obszöne Akt verschlingt, der finanziellen Unterstützung von Opfern des deutschen rassistischen Terrors fehlt.

Wieder einmal sind deutsche Verlage närrisch genug, einen Aufruf an alle Rassismusapplaudöre in Blättern zu placieren, die von Rassismusapplaudören nicht gelesen werden.

Wieder einmal sind deutsche Verlage aber auch so brummkreiseldumm, zu glauben, daß den Rassismusapplaudör die gutwilligsüßliche Betroffenheitsmarke deutscher Verlage nachhaltig verstörete, stiege sie ihm denn zur Nase.

Wieder einmal sind deutsche Verlage um deutsche Sprache verlegen und verwechseln das einfache Verbrennen, beispielsweise das bei überhöhter Geschwindigkeit im Nebel auf der A7 im Auto oder das besoffen über der glimmenden Zigarette eingeschlafen im Bett mit der vorsätzlichen Brandstiftung am Fremdmenschen, die das »wenn in Deutschland wieder Menschen verbrannt WORDEN wären« erheischt.

Wieder sammeln deutsche Verlage nicht einfach Geld für Opfer deutschen rassistischen Terrors, sondern informieren lieber über ihre seelische Befindlichkeit, durch erschreckend genannte sogenannte Ereignisse sowie noch schrecklicher genannte sogenannte Szenen zu sogenannter Stellungnahme GEZWUNGEN worden zu sein.

Wieder einmal sagen deutsche Verlage nicht: Deutsche toben ihren Rassismus an wehrlosen Ausländern aus, sondern setzen vor das vollendete Toben eine *Bereitschaft zu...* Und wieder verharmlosen sie Rassismus zu Wut und die Opfer zu Unschuldigen.

Wieder einmal stehen deutsche Verlage wie kein Mann hinterm Artikel 16.

Wieder einmal sagen deutsche Verlage keinen Ton zum Zusammenspiel von deutscher rassistischer Elite, deutschem rassistischen Mittelstand und deutschem rassistischen Mob.

Wieder einmal entschuldigen deutsche Verlage deutsche Rassisten und deren Applaudöre mit deren innerer Leere und intellektueller Zerstreutheit, die eigentlichen Gründe ihrer sozialen Not und beruflichen Perspektivlosigkeit nicht erkennen zu können, und wieder merken deutsche Verlage nicht, daß in der gutwilligsüßlichen Stilisierung des Fremdländischen, Andersfarbigen zum »auch« Menschen, der keiner zwoten Klasse sei und mit dem man nicht nur zusammenleben *müsse* sondern auch *wolle*, Rassismus angelegt ist.

Anzeige

Wieder einmal glauben deutsche Verlage mit der Denunziation der den Asylsuchenden eignen Unkundigkeit komplizierter Rechtslagen im reichen Deutschland und des Schlepperbandenwesens sich in Verständnis und Einsicht deutscher Rassisten schmusen zu können, wie nicht bei Trost.

Wieder einmal ist schließlich am ABC-Verstand deutscher Verlage zu zweifeln, wenn sie sich eingangs j’accusetätärä an die Applaudöre von Ausländerabfacklern wenden und sich ausklangs appellativ an Bürger und Innen schmieren, sich doch der Kette aus Ressentiment, Verleumdung, Gewalt entgegenzustellen. Der Kette. Entgegenstellen.

Ihre Lieblingsheldinnen in der Wirklichkeit?

Die Trümmerfrauen nach dem letzten Krieg

Ihre Lieblingsblume?*Duftende Rose***Ihr Lieblingsvogel?***Fasan***Ihre Heldinnen in der Geschichte?** *Soldatenmütter***Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?***Stalin und Hitler***Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten?***Die von Rommel*

Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen?

Tennis in der Vollendung zu spielen

Fragebogen Hans Günter Winkler aus der »FAZ«

Springreiter Winkler
Du Witwer Hallas
Warum liebst Du die duftende Rose überallas?
Die Rose sie riecht doch
Nach nix mehr schon lange
Kriss gleich was vors Schienbein
Mit der Barrenstange

Springreiter Winkler
Du Dopingfilou
Wie kommst zum Fasan
Als Lieblingsvogel du?
Der Fasan der singt doch
Nur gerupft und im Topf
Kriss gleich was mit der Gerte
An deinen saudummen Kopf

Springreiter Winkler
warum tust du schaun
So verzückt auf Soldatenmütter
Und Trümmerfraun?
Die möchten ob deiner Anbetung
Wohl sich traun
Dir ein Feldkreuz odern Ziegel
Ins Kreuz zu haun

Springreiter Winkler
Da ist kein Gedrucks
Dein Lieblingsmilitär
Ist der Naziwüstenfuchs
Daß du die befreiende Rote
Armee vergißt
Kann nur heißen daß du auffer Stelle
Deine Reitstiefel frißt

Daß man, Springreiter Winkler, die Rose nennt, die nicht duftet
Und den Vogel besingt, der lediglich zu Ananasscheiben brät
Und daß man auf Soldatenmütter
Und auf Trümmerfrauen steht
Und daß man Auschwitzhitler als Verachtung an Position zwei hinter Stalin stellt

Das ist so Usus in deutschen Springreiterkreisen, gelt!

Aber daß du soziokulturell gesehen vorzüglichst verkorkster Warendorfer Pferderückenschinder, statt den Spatzen Pferdeäpfel vorzukaun, dich aufs megalomanischste erdreistest, Tennis nicht etwa in der Halle, sondern in der Vollendung zu spielen, das macht mich dir zurufen:

Laß dich ja nie bei Sportlepp in der Kollau blicken,

Ich schieß dich sonst mit einem Body-smash ab,

Daß du meinst, die Trümmerfrau sei dein Lieblingsvogel

Und Rommel eine duftende Rose.

Konkret 11/92, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In der Illustrierten »Stern« war zwar zu lesen, daß Männer über Fünfzig es nur noch auf fünf Morgenlatten pro Monat bringen, aber ihrem Herausgeber Rolf Schmidt-Holtz bleibt für Tiefschürfendes immer noch die Strategiedebatte:

Seit der politischen und programmatischen Hoch-Zeit der FDP Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre haben sich die Liberalen konsequent zu einer Klientel-Partei zurückentwickelt. Der erotische Reiz, immer Zünglein an der Waage spielen zu können...

Was spielt denn das reizende erotische Zünglein an der Waa-ge statt an der -gina, Schmidt-Holtz? Wie meinen? Freudscher Verschürfer? Verstehe. Aber bitte nicht fünfmal im Monat.

Das Attentat auf einen Atommanager war »ein Anschlag auf uns alle«, die Brandflaschen der Rostocker Glatzen trafen »uns alle«, aber was Weizsäcker und Süßmuth können, kann Pfeife schon lange:

Engholm sagte, der Tod Brandts sei »ein großer und für uns alle noch unermeßlicher Verlust. Willy Brandt wird uns mehr fehlen, als wir heute annehmen.«

Ich weiß ja, daß er mich nicht mitgezählt hat und keiner es wird wissen wollen, aber *for the record of whatsoever* will ich festgehalten haben: Nicht für mich und mir nicht.

Nichts hat die deutsche Aristokratie so beliebt gemacht in der Welt wie die Noblesse und die Delikatesse ihres Sprachcomments. Der Dr. Johannes Prinz zu Löwenstein ist ein überlebendes Beispiel. In einem Brief an seine »Frankfurter Allgemeine« schreibt er über die

große Masse der damaligen Zeitgenossen, denen von Vernichtungslagern à la Auschwitz nichts bekannt war.

Vielleicht noch was von Boeuf à la mode, aber nichts von Vernichtungslagern à la Auschwitz und leider gar nichts von Aristocrates à la lanterne.

»Ich kann nicht leugnen, mein Mißtrauen gegen den Geschmack unserer Zeit ist bei mir vielleicht zu einer tadelnswürdigen Höhe gestiegen. Zu sehen, wie Leute zum Namen Genie kommen, wie die Kellerassel zum Namen Tausendfuß, nicht weil sie so viele Füße haben, sondern weil die meisten nicht bis auf vierzehn zählen wollen, hat gemacht, daß ich keinem mehr ohne Prüfung glaube.« Und Lichtenberg hat die Laudatio des vorjährigen Büchner-Preisträgers auf den diesjährigen überhaupt nicht gekannt, und auch nicht den darin enthaltenen Vorschlag, den Literaturpreis, der das letztemal an einen alten Konjunkturritter und diesmal an einen noch älteren vergeben wurde, das nächstemal gleich dem ältesten Börsenredakteur zu verleihen:

Mein Kandidat für den Büchnerpreis '93 ist ein Homme de lettres, zu alt und zu stolz, zu ausgefuchst und zu scheu, als daß er für sich selbst sprechen könnte.

Aber dafür hat der Redakteur ja seinen Biermann.

Zudem ist er so deutsch, wie es nur ein polnischer Jude sein kann.

Ein Satz wie das Gesamtwerk des Redners: dialeckmisch-dialektisch.

Und obendrein ist er ein furchteinflößendes Medienmonster.

Auch ich bin unbedingt dafür, daß nach Biermann und Tabori der Reich-Ranicki den Büchner-Preis kriegt, ja ich verlange für ihn auch alle die anderen Literaturpreise, die der Betrieb unter Leitung des Furchteinflößenden sonst noch so vergibt: Hölderlin-Preis, Mörike-Preis, Heine-Preis, Schiller-Preis, Goethe-Preis undsoweiter. Einen davon zu bekommen, kann auch einem guten Schriftsteller passieren, bei zweien wird's kritisch, und wer sich drei anhängen läßt, weiß, daß sein Ouevre als Bockmist überführt ist. Biermann hat sie bald alle. Warum sollte, was ihm widerfahren ist, seinem Förderer erspart bleiben? Ist der denn nicht auch ein Genie mit zirka zwei Füßen?

Ein Preis fehlt beiden noch:

Die »Grupo Salon« hat einen Preis für lesbische Literatur in Höhe von 1.000 Mark ausgeschrieben. Der Text sollte dem Genre Lesben-Kurzkrimi zuzuordnen sein.

Na, ihr Medienmonster, wie wär's? Ich geb gratis drei Takte vor:

Kommissarin Grupo war so zipfelsinnig, wie es nur eine frigide Lesbe sein kann...

Nein? Weil die Grupo Salon gegenüber Büchner literarisch zu weit abfällt? Um exakt 59.000 Mark?

Die »Tageszeitung« braucht 5.000 neue Abonnenten, um auch im nächsten Jahr Meldungen wie diese drucken zu können:

Laut einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe haben sich 62 Prozent der SPD-Wähler ausgesprochen. In Westdeutschland hätten sich 57 Prozent, in Ostdeutschland 81 Prozent der SPD-Anhänger in diesem Sinne geäußert.

Wären doch alle demoskopischen Meldungen so lehrreich. Die »Tageszeitung« braucht jetzt nur noch 5.001 neue Abonnenten.

Baudrillard, wo wir schon mal in der Gegend sind, soll über die obszönen Videos von Madonna gesagt haben:

Potentiell sind wir alle nicht anders.

Potentiell bin ich nicht anders als Baudrillard? Wer wagt zu entscheiden, ob das szön ist?

In einem im übrigen ganz vernünftigen Kommentar, in dem er nicht empfiehlt, die Sprache der Wale wiederzuerlernen, sondern den neuen Nazis, die feige und nur in Massen stark seien, gezielt in die Fresse zu schlagen, weil das die einzige Sprache ist, die sie verstehen, schildert der Chefredakteur der Illustrierten »Tempo« eine seltsame Beobachtung:

Der Bundesadler hat an seinem rechten Flügel eine Natter genährt, weil er immer nur nach links starrte.

Die fabelhafte Schlange hat sich bekanntlich *unterm* Flügel, nämlich in der Achselhöhle des Bauern, genährt, und daß Nattern lieber Federn fressen, können dem Michael Jürgs nur seine Wale erzählt haben – doch das nur nebenbei, ich wäre gar nicht darauf zu sprechen gekommen, wenn der zitierte Satz nicht mit seinem konditionalen *weil* die beliebte Lüge verbreitete, die Regierenden seien durch den Blick nach links ganz unwillentlich von der rechten Gefahr abgelenkt worden, die ihre Geheimpolizei ganz erschrocken erst jetzt entdecke. Diesen *lupus in fabula* hat Äsop schon besser gekannt: »Er nahm die Schlange und legte sie unter den Bausch seines Gewandes.« Er: Seiters.

Mein Vorschlag, vor Jahren gemacht, Leute, die aus ihren Problemen mit dem Schreiben und mit dem Kommunismus einen Beruf gemacht haben, zum Dr. dissi. dent. zu promovieren, ist spät erhört worden. Die »Berliner Zeitung« läßt einen der Gemeinten zu Wort kommen:

Er (der IM) geriet zum Teil einer Maschinerie, welches das Ganze nicht kennt, aber durch sein Funktionieren zum Ganzen beiträgt.

Den Verfasser dieser Prosa aber stellt die Redaktion ganz nach meinen Wünschen vor:

Lutz Rathenow ist Stasi-Opfer und Schriftsteller

Im Haupt- und im Nebenberuf.

Letzte Meldung aus der Ostmark:

Brigitte Ederer, Europa-Staatssekretärin, ist ein Empfang im Bundeskanzleramt nicht gut bekommen. Nach einem Seminar des Bruno-Kreisky-Forums über den Hunger in der Dritten Welt delektierten sich die Teilnehmer an einem von der Wiener Nobelkonditorei Demel zubereiteten Büffet. Am Tag danach begann am Ballhausplatz plötzlich ein kräftiges Rumoren. Das Innenleben der Spitzenbeamten, die am Empfang teilgenommen hatten, war in Unordnung geraten. Den Grund dafür brachte eine ärztliche Untersuchung ans Tageslicht. Die leckeren Demel-Häppchen dürften mit Salmonellen gewürzt gewesen sein. Während Brigitte Ederer das Bett hüten mußte, konnte Bundeskanzler Franz Vranitzky die Stellung halten – wenn auch mit Kopfschmerzen und Übelkeit ob der lästigen Keime.

Lästig? Für wen? Eine Stimme aus der Dritten Welt pflegte zu sagen: Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde.